

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA

50.

SITZUNG

9-3-1966

Presidente: BERTORELLE

Vicepresidente: PUPP

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE

INDICE

Disegno di legge n. 42: « Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1966 »

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 42: « Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben der Region Trentino - Tiroler Etschland für das Finanzjahr 1966 »

Seite 3

Ore 9.30.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): *(fa l'appello nominale)*.

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 8.3.1966.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): *(legge il processo verbale)*.

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Nessuna, il verbale è approvato.

Riprende la discussione generale sul disegno di legge n. 42: « **Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1966** ».

Sono iscritti a parlare i cons. Steger e de Carneri.

Ha la parola il cons. Steger.

STEGER (SVP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da ich gestern die Ausführungen von Prof. Molignoni und Dr. Odorizzi genau verfolgt habe, so ist mir auf-

gefallen, daß zwei Thesen vertreten wurden. Prof. Molignoni hat einen Ausweg aus einer Krise vorgeschlagen, während Dr. Odorizzi die Region, wie sie von ihm geleitet wurde, verteidigt und darauf hingewiesen hat, daß die Region auf dem Sektor Landwirtschaft, öffentliche Bauten, usw., sehr viele Initiativen durchgeführt habe; daß es eigentlich ein Versehen gewesen sei, wenn die S.V.P. aus der Regionalregierung ausgetreten ist, und daß wir eigentlich auch ruhig zu Hause bleiben könnten, denn Dr. Raffener würde ja die deutsche Sprachgruppe sehr gut vertreten. Ich möchte nicht lange über die Ausführungen polemisieren, sondern nur den Vorschlag machen, daß man die Ausführungen Prof. Molignonis studieren möge, denn sie enthalten einen Vorschlag. Ob er annehmbar ist oder nicht, das entzieht sich heute meiner Kenntnis, aber ich bitte, ihn ernstlich zu studieren. Was die Vertretung der deutschsprachigen Südtiroler im Regionalausschuß durch Dr. Raffener betrifft, so möchte ich nur darauf hinweisen, daß Dr. Raffener anläßlich der Bilanzdebatte im Landtag Bozen erklärt hat, daß er nicht zufrieden sei mit dem, was er in der Region vorgefunden habe. Ich bitte, aus dem Protokoll den genauen Wortlaut zu entnehmen. Ich habe

daraus entnommen, daß er nicht zufrieden gestellt ist. Dies wollte ich nur vorwegnehmen.

Ich möchte mich hauptsächlich auf die landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Probleme beschränken, die ich auch anläßlich der Bilanzdebatte im vorigen Jahre hier vertreten und wobei ich in erster Linie den Vorschlag gemacht habe, daß man alles versuchen möge, um die Existenzfähigkeit der bäuerlichen Betriebe zu festigen. Ich glaube, daß während der letzten Legislaturperioden die agrarpolitische Entwicklung auf diesem Gebiete nicht genau vorausgesehen wurde. Es wurden zur Bildung von Sennereien Investitionen durchgeführt, wobei logischerweise einige Initiativen fehlgeschlagen haben, wie zum Beispiel in Bezzacca oder in St. Martin i.P., wo man kleine Sennereien unterstützt hat, welche absolut nicht lebensfähig waren. Man hat auch andere Initiativen nach dem « Gießkannensystem » — wie es in Deutschland genannt wurde — durchgeführt und sehr wenig auf eine Existenzfestigung hingearbeitet. Ich gebe gerne zu, daß das Gesetz Nr. 11 über Genossenschaftsbauten und dergleichen hervorragend war und unsere Wirtschaft im Obst- und Weinbau gefestigt hat. Es war meines Erachtens auch eine Pflicht, das zu tun. Ich bin aber der Meinung, daß wir auf gewissen Sektoren, auf denen uns besonders Deutschland und Frankreich voraus sind, in der Region sehr wenig getan haben. Hier möchte ich nun einige Probleme aus diesem Bereich zitieren.

Im Bericht des Herrn Präsidenten des Regionalausschusses sind einige Gesetzentwürfe vorgesehen, die im Laufe des kommenden Jahres 1966 verabschiedet werden sollen. Einige betreffen die gesamte Region und einige nur das Gebiet der Provinz Trient, siehe den « Consiglio agrario », der für uns

nicht von besonderem Interesse ist. Nun finde ich, daß die vorgesehenen Gesetze auch einen gewissen Mangel aufweisen, es sei denn, daß man im Rahmen des Grünen Planes anstelle dieser Gesetze entsprechende Maßnahmen zugunsten einer Existenzsicherung trifft. Eine Ansicht, die ich mit dem Herrn Präsidenten nicht teilen kann, ist auf Seite 34 aufgeführt: « ... azione per il raggiungimento di dimensioni ottime delle imprese agricole ». Das würde bedeuten, daß wir unsere kleinen Betriebe auflassen müssen, um größere zu machen. Ich bin nicht damit einverstanden, daß man darauf hinarbeitet, Besitz aufzulassen, um eine Redimensionierung voranzutreiben. Ich bitte Sie nämlich zu bedenken, daß in Deutschland diese Ansicht meines Wissens schon überholt ist, denn dort hat man festgestellt, daß bei den besten Methoden der Betriebsaufstockung, also der Betriebsvergrößerung, in den letzten zehn, fünfzehn Jahren intensivster Arbeit die durchschnittliche Betriebsfläche kaum um 1 Hektar gestiegen ist. Das würde bei uns bedeuten, daß wir mit dieser Arbeit nie fertig würden, daß wir immer wieder unsere Betriebe redimensionieren müßten, was meines Erachtens undurchführbar ist. Deswegen müssen andere Möglichkeiten erwogen werden und hier, glaube ich, ist der Regionalausschuß verpflichtet, alles zu prüfen, was in anderen Ländern Europas, besonders in Deutschland und Frankreich, durchgeführt wird. Ich habe mir auch erlaubt, dem Herrn Präsidenten einen Artikel zu überreichen. Ich denke da gerade daran, was in Deutschland studiert wird, und zwar nicht eine Verschmelzung und Aufstockung landwirtschaftlicher Betriebe, sondern eine Betriebsverflechtung bei Erhaltung des Eigentums, wobei hinzuzufügen ist, daß gerade unsere Kleinbetriebe,

wenn sie entsprechend erschlossen sind, ihre Arbeit durch Rationalisierung erleichtern können, um im Nebengewerbe eine Aufstockung des Einkommens zu erreichen. Ich wäre also eher für eine Aufstockung des Einkommens, nicht aber der einzelnen Betriebe. Dies setzt nun voraus, meine Herren, daß die Beratung auf landwirtschaftlichem Sektor einheitlich durchgeführt werde. Ich habe da meine Zweifel, ob die verantwortlichen Stellen — in diesem Fall das Assessorat für Landwirtschaft — ihre Beamten auf eine Betriebseinrichtungsart ausgerichtet haben oder hatten. Ich habe fast den Eindruck, daß die Herren Leiter der verschiedenen Stellen und besonders der Außenstellen des Landwirtschaftsinspektorates nicht genau wissen, in welcher Richtung wir unsere Betriebe aufzubauen haben. Ich möchte deshalb vorschlagen, daß die verantwortlichen Herren immer wieder zu bestimmten Tagungen zusammengerufen werden, wie es auch in Deutschland gemacht wird, damit sie auf dem Beratungssektor eine einzige Ausrichtung erhalten und der eine nicht sagt, daß das, was der andere empfiehlt, ein Unsinn sei. Ich bitte, hier zu bedenken, daß die Beratung eine statutarisch verankerte Aufgabe der Region und die billigste Methode ist, um unsere Betriebe so ausrichten zu können, daß sie lebensfähig sind. Ich gebe zu, daß in der Provinz Trient andere Voraussetzungen herrschen, siehe die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und deren durchschnittliche Größe, die meines Wissens noch niedriger ist als jene in Südtirol, wo wir dank des geschlossenen Hofes eine einigermaßen günstige Betriebsgröße haben. Nun stelle ich mir vor, daß die Beratung nicht eine Einzelberatung sein soll, sondern eine Gruppenberatung, bei der wir den einzelnen Betrieb und die umliegenden Betriebe zur gleichen

Zeit organisieren und aufbauen müßten, damit wir diese innerbetriebliche Verflechtung auch bei unseren landwirtschaftlichen Betrieben irgendwie ermöglichen könnten.

Über Flurbereinigung und dergleichen habe ich mir im vorigen Jahr schon erlaubt, etwas zu sagen und ich bin heute noch der Meinung, daß wir auf diesem Sektor — wenn es auch heißt, daß die Sache immer noch geprüft wird — weit davon entfernt sind, unsere Betriebe so ausrichten zu können. Sehen Sie, die Flurbereinigung ist eine Möglichkeit, Arbeitskraft einzusparen, und die Handarbeit ist der Faktor, der im landwirtschaftlichen Betrieb am teuersten ist.

Dann erlaube ich mir, noch einen Punkt herauszugreifen. Die Region hat in den verflossenen Jahren Beiträge für die Mechanisierung gegeben. Wir haben dann auch eine Übermechanisierung feststellen müssen, d.h. daß Betriebe mit 1 oder 2 Hektar Fläche eine Maschineninvestition von über 2 Millionen haben, die absolut nicht tragbar ist. Auch hier glaube ich, daß durch gemeinsame Maschinenhaltung, Lohnunternehmen und dergleichen Auswege geschaffen werden. Bitte, es wird natürlich sehr schwer sein, dem einen Bauern zu raten, den Traktor nicht zu kaufen, und dem anderen, den Traktor schon zu kaufen. Es war immer schon so, daß derjenige, der zwei Pferde hatte, angesehen war als derjenige, der ein einziges Pferd hatte. Also müssen wir hier auch gegen die Mentalität unserer Bauern ankämpfen. Wenn wir es gemeinsam machen, würden wir auch etwas erreichen und die Ausrichtung der landwirtschaftlichen Berater scheint mir dafür die Voraussetzung zu sein.

Aus dem Bericht habe ich noch entnommen, daß sich das Assessorat für Landwirtschaft hauptsächlich für Obst- und Weinbau-

fragen interessiert, das Assessorat für Forstwesen hingegen hauptsächlich für waldwirtschaftliche Fragen. Die Bergbauernwirtschaft, die im Assessorat für Forstwesen eigentlich miteinbezogen sein sollte, scheint mir etwas mehr vernachlässigt, als wir es verantworten können. Ich möchte hier einige Beispiele anführen. Wir haben in Südtirol noch weite Gebiete, die einer Bodenverbesserung zugeführt werden könnten. Ich denke an konkrete Fälle, wie die Entsumpfungen in den Tälern Gsies, Antholz, Wiesen-Pfatsch und dergleichen, wo wir auf ebenem Grund die Möglichkeit hätten, die Produktion aufzunehmen. Hier finde ich noch, daß die Region für Konsortien, die vom Staate anerkannt wurden, Gelder zu Verfügung hatte oder hat. Ich bin nicht genau im Bilde, inwieweit die Aufteilung der Gelder für diese Konsortien im Trentino durchgeführt wurde, es ist mir nur bekannt, daß heuer das erste Mal für die von der Region anerkannten Konsortien Gelder zur Verfügung stehen. Ob sie genügen werden, diese Entsumpfung und Melioration durchzuführen, ist mir auch nicht bekannt. Ich möchte den Herrn Assessor bitten, mir mitzuteilen, wie er gedenkt, diese Gelder zur Verfügung zu stellen.

Dann möchte ich mir eine etwas kritische Stellungnahme zum Verhältnis zwischen der Zahl der landwirtschaftlichen Beamten und der forstwirtschaftlichen Beamten erlauben. Nach den Mitteilungen, die ich in den Sitzungen der Finanzkommission bekommen habe, haben wir im Landwirtschaftsinspektorat Bozen etwa 27 Personen, in der Region insgesamt 53. Die sogenannten «comandati» sind nicht dabei, ich weiß auch nicht genau, wieviele das sind. Das bedeutet, daß bei 25 - 29.000 landwirtschaftlichen Betrieben etwa eine Kraft auf 1.000 Betriebe entfallen

wird, inklusive Schreibkräfte. In der Forstwirtschaft haben wir 36 Forststationen mit 51 Personen, 7 Bezirke mit 13 Akademikern und 30 untergeordneten Kräften, in der Regionalforstdomäne 16 Personen, im «ripartimento» 22 Personen, insgesamt 132 Personen. Wenn ich nun den Rohertrag der Landwirtschaft in Südtirol mit etwa 50 Milliarden mit dem Rohertrag der Forstwirtschaft mit etwa 5 Milliarden vergleiche, so ergibt sich ein Verhältnis von 27 zu 132. Also ist es selbstverständlich, daß die Landwirtschaft auf diesem Sektor zu kurz kommt, wenn man auch zugeben muß, daß die Forstwirtschaft auch andere Aufgaben hat, wie z.B. die Aufgabe des Schutzes des Waldes zugunsten der Allgemeinheit. Wir sind heute soweit gekommen, daß unsere Bauern ihren Wald praktisch nicht mehr als Eigentum betrachten, denn für die Schlägerungen, die der Bauer im Walde machen möchte, benötigt er Genehmigungen und muß 40 Lire pro Kilometer Fahrtspesen zahlen. Ich frage Sie, ob dies eine rentable Angelegenheit darstellt. In Österreich ist die Sache etwas anders. Ich möchte hier einen Vergleich zwischen den Forstdiensten in Nordtirol und Südtirol bringen. Zugegeben, Nordtirol hat 1.290.000 ha und Südtirol 740.000 ha Forst: Nordtirol hat im Forstdienst 35 Inspektoren, Südtirol 16 Akademiker; Südtirol hat 3 Geometer, Nordtirol keinen; Nordtirol hat 42 Unteroffiziere, Südtirol 79. Nordtirol hat insgesamt 77 Personen, Südtirol mit dem Forstdomänen-Personal insgesamt 132. Das bedeutet, daß im Forstdienst Nordtirols bei einer fast doppelten Fläche weniger Personen angestellt sind als in Südtirol. Wahrscheinlich ist das darauf zurückzuführen, daß man in Nordtirol den Waldbesitzer so weit gebracht hat, daß er den Wald als Eigentum betrachtet, so wie unsere Bauern die Obstflächen, in die

sie Geld investieren und aus denen sie versuchen, den größten Nutzen zu ziehen, für die sie sogar bereit sind, pro Flächeneinheit eine Summe für die Beratung zur Verfügung zu stellen, siehe den Beratungsring in Lana.

Ich möchte noch einen Vergleich ziehen. In der Wildbachverbauung arbeiten in Nordtirol 16 Akademiker, in Südtirol 5; in Nordtirol 5 Geometer, bei uns 3; Verwaltungspersonal in Nordtirol 21, und bei uns 9. Das sind in Nordtirol 42 Personen, in Südtirol 17. Nun möchte ich nicht behaupten, daß die Wildbachverbauung bei uns schlechter arbeitet, denn mir ist bekannt, daß von unserem Verwaltungspersonal pro Einheit mengenmäßig mehr getan wird als in Nordtirol. Genügt aber die Wildbachverbauung, so wie sie heute durchgeführt wird? Nun möchte ich aus der Arbeit des Nordtiroler Wildbachverbauungsamtes ein Beispiel bringen. In Nordtirol hat das Amt für Wildbachverbauung jährlich umgerechnet etwa 875 Millionen Lire zur Verfügung. Bei uns ist es nicht immer ganz klar, wieviel wir zur Verfügung haben. Wenn wir die Bilanz durchlesen, so sind es 700 Millionen, wovon 200 Millionen meines Wissens von der Bilanzänderung des vorigen Jahres stammen und zur Wiederinstandsetzung der vom Unwetter beschädigten Anlagen bestimmt sind. Wir können also, glaube ich, mit etwa 250 Millionen rechnen. Nordtirol hat dagegen im Jahre 1966 800 Millionen Lire für Wiederinstandsetzungsarbeiten auf dem Sektor Wildbachverbauung zur Verfügung gestellt. Ich habe mir nicht die Zeit genommen und habe auch nicht die Möglichkeit gehabt, das Schadensausmaß zwischen Südtirol und Nordtirol zu vergleichen. Ich möchte nur bitten, daß man dem Sektor Wildbachverbauung die entsprechende Wichtigkeit beimißt, und zwar nicht nur, weil

man verbauen will, sondern weil man damit schützen will. Schützen will man nicht nur unsere Höfe und Dörfer, sondern auch die Städte Bozen, Trient, und auch die weiter südlich gelegenen Gebiete. Deswegen ist es auch notwendig, daß die staatlichen Stellen sich mehr als bisher mit dem Sektor Wildbachverbauung befassen.

Noch ein Wort zu den Gemeindeförstern. Mir ist bekannt, daß in vielen Gemeinden Südtirols eine gewisse Mißstimmung über die Waldsteuer herrscht, die eingehoben wird, um den Gemeindeförster zu bezahlen. Ich glaube, das ist auch dem Herrn Assessor bekannt. In einigen Gemeinden ist es so weit, daß sich die Bauern weigern, diese Steuer zu zahlen. Ich finde es fast richtig, denn der Besitzer hat von diesem Gemeindeförster sehr wenig. Er steht dem Forstdienst zur Verfügung; wenn der Bürgermeister etwas sagt, so heißt es, er unterstehe dem Forstamt; wenn das Forstamt ihm dann nicht die Erlaubnis gibt, so wird er den Diensten, die man von ihm verlangt, auch nicht nachgehen können. Deshalb glaube ich, daß man sich doch überlegen soll, wie weit diese Forstdienste aufrechterhalten werden sollen und ob man sie nicht der Zuständigkeit der Region übergeben soll. Denn ich sehe nicht ein, daß der Waldbesitzer, der heute mit so hohen Steuern belastet ist, diese Steuer auch noch tragen muß. Wie gesagt, die 40 Lire pro Kilometer und die Schwierigkeiten bei der Schlägerung, sowie die mangelnde Aufklärung in der Waldwirtschaft, das alles bringt den Bauern so weit, daß er froh ist, wenn er einmal 1 m Holz schwarz heraus schlagen kann. Einem, der einige Hundert Meter schwarz schlägt, kann jahrelang nichts passieren; ein kleiner Bauer aber, der einen Baum fällt, muß garantiert die entsprechende

Strafe zahlen. Ich habe einmal mit einem Forstinspektor eine schriftliche Auseinandersetzung gehabt. Und zwar hat der Forstinspektor behauptet, sie wären arbeitsmäßig sehr belastet, sie hätten die Schlägerungen zu überwachen, sie gingen so in ihrer polizeilichen Funktion auf, daß sie keine anderen Arbeiten durchführen könnten. Die Beratung auf waldwirtschaftlichem Sektor sollen die Privaten machen, z.B. der Bauernbund. Ich glaube nicht, daß dies auch die Meinung des Herrn Assessors ist. Denn wenn es so wäre, müßte ich fast verzweifeln. Auch habe ich festgestellt, daß bezüglich der Schlägerungsmethode in Südtirol keine Einhelligkeit unter den Herren Forstbezirksleitern herrscht. Der eine empfiehlt diese, der andere jene Methode. Auch hier möchte ich, wie auf dem Sektor Landwirtschaft vorgeschlagen, den Herrn Assessor ersuchen, daß er die Herren Forstinspektoren zu regelmäßigen gemeinsamen Besprechungen zusammenholt, um ihnen die modernen Ausrichtungen zu erläutern. Im Forstsektor ist außerdem die Angelegenheit etwas schwierig. Wir haben es mit einer langlebigen Kultur zu tun: 70-80 Jahre braucht es, bis das Holz zur Reife kommt, und die Fehler, die man heute macht, die spüren wir selber nicht mehr, die wird ein anderer spüren. In der Landwirtschaft ist dies anders. Wenn ich heute eine Obstkultur anlege und wenn sie in fünf Jahren unter Umständen schon überholt ist, so kann man die aufgetretenen Fehler feststellen und irgendjemand zur Verantwortung ziehen. Also möchte ich den Herrn Assessor dringend ersuchen, auf die laufende Ausbildung seiner Beamten nicht zu verzichten. Auch in anderen Ländern macht man es so, daß man regelmäßige jährliche Arbeitsbesprechungen durchführt, daß man sich Koryphäen aus dem

Sektor, den man besprechen will, herholt und daß man so eine einheitliche Ausrichtung der im Beratungsdienst stehenden Beamten erhält.

Noch etwas zum Problem der Unwetterkatastrophe. Ich habe es vorhin beim Gespräch über die Wildbachverbauung ganz kurz angeschnitten. Aber, meine Herren, die Wildbachverbauung ist im Rahmen der Unwetterkatastrophe nur ein Sektor. Wir haben es hier mit mehreren Ursachen zu tun: z.B. mit einem mangelnden Regulierungsplan der Flüsse. Wir hatten hier eine Anfrage des Kollegen Unterpertinger, der ersuchte, daß man die Kompetenzabtrennung der Flüsse vornehmen solle. Wenn man mit dem Auto von Bozen nach Bruneck fährt und die Rienz und den Eisack ansieht, so kann man nicht mehr sagen, daß dies Flußläufe sind. Das sind Geröllhaufen! Und seit Jahren verfallen die im Jahre 1880 mit großen finanziellen Opfern aufgebauten Schutzmauern. Wenn es so weitergeht, dann müssen wir mit noch größeren Katastrophen rechnen. Ich weiß, daß einzelne Bürger aus verschiedenen Ortschaften Südtirols immer wieder an die kompetenten Stellen mit der Bitte herangetreten sind, die Uferschutzverbauungen wenigstens wieder in jenen Zustand zurückzuführen, der vor der Katastrophe vom 2. September bestanden hat. Während von Innichen nach Lienz die Österreicher während des ganzen Winters gearbeitet haben und heute praktisch die weggetragene Straße und die weggetragene Eisenbahn wieder ganz in Ordnung sind, haben wir nichts getan. Ich gebe zu: Kompetenzschwierigkeiten. Die einen sagen, es wäre Aufgabe des andern. Aber die Schwierigkeiten müssen wir doch aus dem Weg räumen, sonst stehen wir bei der nächsten größeren Niederschlagsmenge vor einer noch weit größeren Katastro-

phe als der vom 2. September. Ich möchte den Regionalausschuß und den Herrn Präsidenten dringend ersuchen, mit den kompetenten Stellen des Staates Fühlung aufzunehmen, um die Kompetenzabtrennung zu klären und ein grundlegendes Flußregulierungsprogramm für mehrere Jahre auszuarbeiten, auch wenn andere Initiativen deshalb geschmälert werden müßten. Es geht auch nicht an, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung zugunsten der Stadtbevölkerung Opfer bringen muß. Es wird behauptet, daß, wenn der Damm in Mezzocorona und in Salurn nicht gebrochen wäre, dann Trient unter Wasser gestanden wäre. Die Katastrophenausmaße wären größer gewesen, aber es geht nicht an, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung zugunsten der Stadtbevölkerung Schaden leiden muß. Ich glaube, daß ich im Interesse aller Flußanrainer spreche.

Nun zur Hilfeleistung, die die öffentliche Hand anläßlich der Unwetterschäden gegeben hat. Es wurden anläßlich der letzten Bilanzänderung Millionen für das Konsortium zur Verfügung gestellt; es wurden die Anmeldungen der Schäden beim Forst- und Landwirtschaftsinspektorat eröffnet. Ich bin heute nicht in der Lage, ein Urteil zu geben, ob diese Interventionen genügen werden, die aufgetretenen Schäden zu beheben, bzw. die Neuanlagen und Wiederinstandsetzungen zu finanzieren. Sollten hier Mängel auftreten, werde ich mir erlauben, die Herren Assessoren darüber zu informieren und sie dann um entsprechende Intervention zu ersuchen. Auf jeden Fall darf ich meine Kritik an den Eingriffen auf öffentlichem Sektor nicht verhehlen.

Nun komme ich wieder auf ein Problem zu sprechen, welches eigentlich mit dem zuerst angeschnittenen Problem der Redimen-

sionierung unserer Höfe zusammenhängt. Ich habe gesagt, wir sollten alles versuchen, um das Einkommen zu vermehren. Wenn dies auf landwirtschaftlichem und forstwirtschaftlichem Sektor einer Beschränkung unterliegt, so haben wir die Möglichkeit des Nebenerwerbes, dessen Voraussetzung die Erschließung darstellt. Die Infrastrukturen sind die Voraussetzung, um jedes Einkommen außerhalb und auch innerhalb der Land- und Forstwirtschaft zu steigern. Eine Nebenerwerbsmöglichkeit bietet sich im Fremdenverkehrssektor, bietet sich im Industriesektor. Nun, im Industriesektor wird behauptet, daß die Talsohle von Bozen bis Salurn und Trient die geeignetste für die Industrialisierung wäre. Ich muß Sie daran erinnern, daß die dortigen intensiven Obst- und Weinanlagen dem Besitzer eine reelle Existenzchance bieten, daß er seine Anlagen amortisieren und verzinsen kann. Ich stelle zur Debatte, ob eine solche Industrialisierung bei einer Gefahr, wie sie in den letzten Jahren aufgetreten ist, auch ähnliche Verzinsungen und Arbeitschancen gibt wie die Landwirtschaft, weshalb meines Erachtens für die Industrialisierung in erster Linie jene Gebiete in Frage kommen, wo unsere landwirtschaftlichen Betriebe gefährdet sind. Das sind die Täler. Nicht, daß man jetzt die Industrie auf ein Bergdorf hinaufbringen müsse, auf 1600-1700 Meter. Aber eine Straße soll hinaufgehen, so daß der in der Landwirtschaft nicht 100% ig ausgenützte Mann mit dem Motorrad oder mit einem Omnibus 5, 10 oder 20 km zu seiner Arbeitsstätte fahren kann. Das Schaffen von Nebenerwerbsmöglichkeiten für unsere kleinen landwirtschaftlichen Betriebe scheint mir die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre zu sein. Voraussetzung sind natürlich die Anstrengungen, die der Bauer selber machen muß, um

existieren zu können, d.h. daß er seinen Betrieb so rationalisiert, daß er das Beste herausholen kann.

Nun ein weiteres Problem: die Rauchfrage. Im Laufe der letzten Debatte hat der Regionalrat eine EntschlieÙung oder mehrere EntschlieÙungen verabschiedet, die das Rauchproblem zum Inhalt hatten. AnlaÙlich einer Diskussion — ich kann mich nicht mehr genau erinnern, ich glaube es war in der Handelskammer Bozen — sagte der zuständige Assessor Dr. Albertini, daß er nichts unternehmen könne, weil er warten wolle, bis das Urteil des Schadenersatzprozesses zwischen den Bauern und den rauchemittierenden Industriebetrieben gefällt sei. Ja, ist es Aufgabe der Region, 10 Jahre zu warten, bis ein solcher ProzeÙ, der sicherlich durch alle Instanzen gehen wird, fertig ist? Ist das der Sinn unserer EntschlieÙung? Ich glaube nicht. Ich muß deshalb an den zuständigen Assessor die Aufforderung richten, sich einzusetzen, damit Rauchverzehranlagen eingebaut werden, damit die Bauern in Zukunft nicht jene Schäden erleiden müssen, die sie bis jetzt erlitten haben. Die Handelskammer Bozen hat lobenswerterweise vor einigen Tagen eine Exkursion in die Schweiz unternommen, wo eine ähnliche rauchemittierende Fabrik existiert und wo die Bauern sich zusammengeschlossen haben, um Entschädigung und Einbau der Filteranlagen zu erreichen. Wenn dort auch nicht alles Gold ist, so müssen wir feststellen, daß der schweizerische Staat alles unternommen hat, um Gerechtigkeit walten zu lassen. Er war bereit, einen Kassationsrichter für ein Schiedsgericht zur Verfügung zu stellen. Warum soll sich die Region nicht auch dafür interessieren, daß zwischen den landwirtschaftlichen und den industriellen Kreisen eine Einigung zustandekommt? Ich

glaube, daß die Fahrt nach Rheinfelden, die die Handelskammer organisiert hat und an welcher auch der technische Leiter des hauptsächlich betroffenen Industriebetriebes teilgenommen hat, sehr lehrreich war und daß sich auch der Herr Assessor genauestens darüber informieren lassen sollte. Ich denke, daß wir diese Sache als dringend betrachten müssen.

Aus dem Bericht des Herrn Präsidenten habe ich etwas entnommen, was mich sehr gefreut hat, und zwar daß man der Gruppe der Südtiroler und Trentiner, die auf sozialem Gebiet am meisten benachteiligt ist, helfen will. Wir haben in Südtirol — in Trient weiß ich nicht wieviele — etwa 700 bis 800 Personen, die zwar eine landwirtschaftliche Pension erhalten — die Höhe der Pension ist ja bekannt —, aber keine Krankenversicherung haben. Es freut mich und ich bin dem Herrn Präsidenten und dem zuständigen Assessor sehr dankbar, daß sie dieses Gesetz zur Krankenversicherung der alten, arbeitsunfähigen kleinen landwirtschaftlichen Besitzer durchführen wollen. Ich glaube, daß die Kosten für die Region sich auf 30 Millionen belaufen werden. Ich habe eine Schätzung gemacht, ganz sicher bin ich nicht. Der Herr Präsident sagt, es sind mehr, aber ich glaube, daß wir diese Ausgabe jederzeit rechtfertigen können. Im Namen dieser Leute möchte ich meinen Dank aussprechen.

Ich möchte mir erlauben, auch die Frage der Wildschäden heute wieder aufzuwerfen, wenn man sie auch anlaÙlich der Debatte der einzelnen Artikel diskutieren wird. Ich möchte den zuständigen Assessor ersuchen, daß er, obwohl versucht wird, zwischen dem Jagdverband und dem Südtiroler Bauernbund eine Einigung zu schaffen, seinen Einfluß dahin ausübt, daß diese Einigung zustande-

kommt. Denn auch hier geht es nicht an, daß Bauern Schaden erleiden — ich spreche nicht von einem kleinen Schaden; 5.000 oder 10.000 Lire würden wir gerne verschmerzen —, daß einzelne Bauern sogar Gefahr laufen, ihre jährliche Produktion zu 100 % zu verlieren. Dies trifft ganz besonders im oberen Vinschgau zu, wo aus dem Nationalpark die Hirsche in andere Gebiete ausweichen. Deshalb, glaube ich, ist es auch Pflicht der Region, sich auf diesem Gebiet einzusetzen. Sollte es also zu einer Einigung zwischen Bauernbund und Jagdverband kommen, so ist es ganz klar, daß hier ein Schiedsgericht einzusetzen ist, welches Schäden untersuchen und feststellen soll. In diesem Schiedsgericht müssen wir unparteiische Leute haben, und ich kann mir vorstellen, daß dies die Beamten der Region sind. Ich möchte den Herrn Assessor ersuchen, daß er, wenn es soweit ist, den Fachleuten des Land- und Forstwirtschaftsinspektorates die Erlaubnis erteilt, bei diesen Schiedsgerichten mitzuarbeiten.

Ich möchte als regelmäßiger Benützer der Eisacktaler Straße dem Regionalausschuß eine Bitte vorlegen, und zwar daß er sich bei der ANAS einsetzen möge, damit dieser « Acker » — ich möchte schon sagen « Acker » und nicht Straße — hergerichtet wird. Denn es wird uns sonst passieren, daß der Osterverkehr aufhören wird, wenn nicht dieses, so nächstes Jahr. Und der Leidtragende ist in erster Linie nicht so sehr das Eisacktal, sondern das Gebiet von Meran und vom Gardasee, denn die Deutschen fahren zu Ostern sehr gerne an den Gardasee und benützen dazu die Brennerstraße. Ich möchte den Herrn Präsidenten ersuchen, sich hier tatkräftigst einzusetzen, damit wir endlich eine befahrbare Straße haben. Die Ursache der Schäden ist auch selbstverständlich: Die Frostaufbrüche sind

auf die meteorologischen Verhältnisse und auf die zu starke Belastung der Straße zurückzuführen. Trotzdem ersuche ich den Herrn Präsidenten, mit der ANAS Fühlung aufzunehmen, damit dies schnell geschieht.

DALVIT (Präsident des Regionalausschusses - DC): E' già fatto.

STEGER (S.V.P.): Danke schön, wenn es gemacht ist! Hie und da sieht man schon Arbeiten, die durchgeführt werden, aber dann sind es Teerungen, die 2 m², 4 m² betreffen, was zu wenig ist. Ich bitte hier also, die Sache nicht zu vergessen.

Ich möchte mir auch erlauben, heute im Regionalrat etwas vorzutragen, was bis jetzt nie besprochen wurde: Wasserschutz. In anderen Gebieten, besonders Deutschlands, ist dieses Problem schon im Studium und man versucht, Abhilfe zu schaffen. Wir haben Industriebetriebe in Bozen, in Trient usw., die ihre Abwässer in die Etsch, in den Eisack und in andere Flüsse leiten. Wenn auch der Gewässerschutz heute bei uns noch nicht so aktuell ist, wie zum Beispiel im Rheingebiet, so möchte ich doch dieses Problem aufwerfen und den Vorschlag machen, daß man sich interessieren möge, was in anderen Gebieten auf diesem Sektor getan wird. Wir haben jetzt die Frage des Schutzes der Luft aufgeworfen und heute erlaube ich mir, auch den Schutz der Gewässer voranzutragen, und zwar nicht in meinem persönlichen Interesse oder im Interesse der Fischerei, sondern in unser aller Interesse. Denn wenn unsere Gewässer verunreinigt werden, so steht sowohl die landwirtschaftliche Produktion als auch, durch Verunreinigung der Trinkwässer, die Gesundheit unserer Bevölkerung

in Frage. Ich glaube, daß dies eine unserer zukünftigen Arbeiten sein muß.

Als Mitglied des Verwaltungsrates der Thermen von Levico wollte ich noch den zuständigen Assessor ersuchen, anläßlich seiner späteren Replik die Bilanz dieser Gesellschaft den Herren Mitgliedern des Regionalrates bekanntzugeben, um ihnen mitzuteilen, welche Arbeit vom Verwaltungsrat geleistet wurde und daß wir versucht haben, das Defizit nach Möglichkeit zu vermindern. Vielleicht ist dann auch Kollege Corsini mit der Arbeit zufrieden, die wir geleistet haben.

Zum Schluß möchte ich noch auf die Frage des Personals der Region zurückkommen, die ich im vorigen Jahr aufgeworfen habe. Ich bin mit dem Herrn Präsidenten absolut einverstanden, daß man versuchen soll, den Personalstand nicht ins Unermeßliche zu steigern, die Angestelltenzahl zu reduzieren, bzw. so zu halten, wie sie heute ist und die Leute besser auszulasten. Ich habe mir z.B. erlaubt, die Reisespesenaufstellung, die wir anläßlich der Diskussion in der Finanzkommission erhalten haben, durchzusehen. Ich habe festgestellt, daß z.B. im Landwirtschaftsinspektorat in Trient die technischen Kräfte Autospesen zur Verrechnung bringen, während in Bozen keine einzige Autospesenverrechnung aufscheint. Ich weiß nicht, ob die Beamten im Büro bleiben oder ob Dienstwagen zur Verfügung stehen, darüber möchte ich um Auskunft bitten. Ich könnte mir vorstellen, daß in Bozen auch Interesse besteht, daß sich die Regionalbeamten auf das Land begeben, wie ich schon anläßlich der Forderung nach der Beratung gesagt habe. Nun möchte ich auf einen zweiten Vorschlag zurückkommen, den ich voriges Jahr gemacht habe, nämlich, ob man nicht bis zur Ausschreibung der

entsprechenden Wettbewerbe Personal provisorisch anstellen könnte, wie dies beim Land möglich ist.

Interruzioni.

STEGER (S.V.P.): Das ist jetzt ein Personalproblem. Logisch spielt das Personalproblem sowohl in den Assessoraten für Forstwirtschaft und Landwirtschaft wie auch im Finanzassessorat eine Rolle. Ich habe aus den Mitteilungen des Finanzassessors entsprechende Schlußfolgerungen über das Forst- und Landwirtschaftsassessorat gezogen. Deshalb komme ich auf meinen Vorschlag vom Vorjahr zurück: Wir sollten Akademiker oder Buchhalter, die ihr Studium eben abgeschlossen haben, durch provisorische Einstellungen in den Regionaldienst aufnehmen, damit sie nicht in die Privatwirtschaft abwandern und auch nicht zurückkommen, wenn die entsprechenden Wettbewerbe ausgeschrieben werden.

Damit habe ich meine Ausführungen beendet. Das Hauptaugenmerk habe ich logischerweise auf den Sektor Land- und Forstwirtschaft gerichtet, denn mir liegt es am Herzen, daß unsere Bauernbetriebe nicht zusperren müssen, was auch, wie ich glaube, unsere gesamte Bevölkerung interessiert.

(Signor Presidente, signore e signori! Poiché ho seguito ieri attentamente le dichiarazioni del prof. Molignoni e del dott. Odorizzi, ho potuto notare che le tesi sostenute erano due. Il prof. Molignoni ha proposto una via d'uscita da un crisi, mentre il dott. Odorizzi ha difeso la Regione com'era sotto la sua guida, accennando al fatto che essa ha attuato moltissime iniziative nel campo

dell'agricoltura, degli edifici pubblici, ecc.; che il ritiro della SVP dal Governo regionale è stato semplicemente una svista e che noi potremmo anche restarcene tranquillamente a casa perché il dott. Raffeiner rappresenta benissimo il gruppo etnico tedesco. Non intendo però entrare in lunghe polemiche ma proporre soltanto di prendere in esame le dichiarazioni del prof. Molignoni poiché esse contengono una proposta. Se questa sia accettabile o meno, è una cosa che attualmente non so; prego comunque di esaminarla seriamente. Per quanto riguarda la rappresentanza dei sudtirolesi di lingua tedesca nella Giunta regionale da parte del dott. Raffeiner, vorrei soltanto accennare al fatto che egli ha dichiarato, nel corso del dibattito sul bilancio nel Consiglio provinciale di Bolzano, di non essere soddisfatto di quanto ha riscontrato in Regione: vi prego di controllare nel verbale le parole precise. Da ciò ho dedotto che non fosse soddisfatto e questa vuole essere soltanto una premessa.

Vorrei limitarmi a trattare soprattutto i problemi riguardanti l'agricoltura e le foreste, problemi che ho affrontati anche l'anno scorso nella discussione sul bilancio. In quell'occasione ho proposto in primo luogo che si facessero tutti i tentativi possibili per consolidare la vitalità delle aziende contadine. Secondo me nel corso dell'ultima legislatura non si è previsto con molta esattezza lo sviluppo politico-agrario in questo campo. Si sono fatti investimenti per fondare delle latterie; logicamente alcune iniziative sono andate a vuoto, come per es. a Bezzecca o a S. Martino in Val Passiria, località in cui si sono appoggiate piccole latterie che assolutamente non erano vitali.

Si sono prese anche altre iniziative secondo il « sistema dell'annaffiatoio », come

lo si è chiamato in Germania, lavorando invece pochissimo ad un consolidamento delle condizioni di vita in generale. Ammetto volentieri che la legge n. 11 sulle costruzioni cooperative e simili era ottima ed ha consolidato l'economia della nostra frutticoltura e viticoltura e secondo me era anche nostro dovere il farlo. Io sono però dell'avviso che in diversi settori, in cui particolarmente la Germania e la Francia ci sono di molto superiori, si è fatto in Regione molto poco. Vorrei citare qui soltanto alcuni problemi di questo settore.

Nella relazione del Presidente del Governo regionale sono previsti alcuni disegni di legge che dovrebbero essere approvati nel corso del prossimo 1966. Alcuni di essi riguardano l'intera regione ed altri soltanto il territorio della provincia di Trento, vedi il Consiglio agrario che per noi non riveste alcun interesse particolare. Io trovo che le leggi previste mostrano qualche difetto, a meno che nell'ambito del Piano Verde non si prendano al posto di queste leggi misure adeguate in favore di un consolidamento delle condizioni di vita. Un parere che mi è impossibile condividere con il Presidente è riportato a pag. 34: « ... azione per il raggiungimento di dimensioni ottime delle imprese agricole ». Ciò significherebbe per noi dover rinunciare alle nostre piccole aziende per costituirne di maggiori. Da parte mia non sono d'accordo con il progetto di rinunciare alla proprietà per procedere verso un ridimensionamento. Vi prego di considerare che, per quanto ne so, questa teoria è in Germania ormai superata: si è constatato infatti che pur adottando i metodi più efficaci per un ampliamento delle aziende agricole, negli ultimi dieci-quindici anni di lavoro intensissimo la superficie aziendale media è aumentata di

1 ettaro appena. Ciò significa che da noi non si finirebbe più, che dovremmo continuamente ridimensionare le nostre aziende agricole, ciò che secondo me è irrealizzabile. Bisognerà perciò ponderare altre possibilità ed in questo caso mi sembra che il Governo regionale sia in dovere di esaminare tutto quanto si fa in altri Paesi d'Europa, specialmente in Francia ed in Germania. Mi sono permesso anche di inoltrare un articolo sull'argomento al signor Presidente. Sto pensando ad una possibilità attualmente allo studio in Germania, cioè non alla fusione o all'ampliamento delle aziende agricole ma ad una loro interdipendenza mantenendo le attuali proprietà. Bisogna aggiungere qui che proprio le nostre piccole imprese agricole, una volta che siano organizzate, potranno facilitarsi il lavoro razionalizzandolo e dedicarsi ad attività secondarie che permettano di aumentare le entrate. Io sarei dunque favorevole ad un aumento del reddito, piuttosto che ad una fusione delle singole aziende. Ciò presuppone, signori miei, che la consulenza nel settore agricolo venga condotta unitariamente. Io ho i miei bravi dubbi che gli uffici responsabili — in questo caso l'Assessorato all'agricoltura — abbiano indirizzato od indirizzino i loro impiegati ad un determinato metodo di organizzazione aziendale. Quasi ho l'impressione che i dirigenti dei diversi uffici e specialmente degli uffici periferici dell'Ispettorato all'agricoltura non sappiano esattamente in quale direzione bisogna indirizzare l'organizzazione delle nostre aziende agricole. Vorrei proporre perciò che i funzionari responsabili si riuniscano di tanto in tanto in convegni, come si fa in Germania, affinché le direttrici organizzative nel settore della consulenza siano uniche e perché un tecnico non definisca assurdità quanto l'altro ha consigliato. Vi prego di considerare che la

consulenza rientra nei compiti statutarî della Regione e contemporaneamente costituisce il sistema meno costoso per organizzare e rendere vitali le nostre aziende. Ammetto che nella provincia di Trento esistono altre premesse; diverso è per esempio il numero delle aziende agricole e la loro estensione media, per quanto ne so ancora minore che in Alto Adige, dove grazie al maso chiuso le dimensioni delle aziende sono abbastanza favorevoli. Mi figuro poi che la consulenza debba essere una consulenza di gruppo e non soltanto di singoli, una consulenza con cui si dovrebbe organizzare e strutturare l'azienda singola unitamente alle aziende confinanti, per rendere possibile anche da noi tale interdipendenza aziendale.

Già l'anno scorso mi sono permesso di parlare di ricomposizione particellare e simili ed ancor oggi sono dell'avviso che in questo settore siamo ancora molto lontani, anche se si dice che la faccenda è ancora in esame, dal poter orientare in tal senso le nostre aziende. Vedete, la commassazione è una possibilità di risparmiare forze lavorative e la mano d'opera è il fattore più costoso di un'azienda agricola.

Mi permetto poi di trattare un altro argomento: negli anni scorsi la Regione ha concesso contributi per la meccanizzazione. Abbiamo dovuto constatare anche una supermeccanizzazione, cioè che aziende con uno o due ettari di superficie hanno investito in mezzi meccanici più di due milioni di lire, ciò che non possono assolutamente permettersi. Anche in questo caso credo che con l'uso collettivo dei mezzi meccanici ed attraverso ditte d'appalto e simili sia possibile trovare una via d'uscita. Naturalmente sarà molto difficile consigliare ad un contadino di rinunciare all'acquisto di un trattore e ad un altro invece

di acquistarlo. Il proprietario di due cavalli ha sempre goduto maggiore rispetto che il proprietario di un cavallo solo. Qui si deve dunque combattere anche contro la mentalità dei nostri contadini: se lo facciamo insieme potremmo raggiungere qualcosa e la necessaria premessa mi sembra essere un adeguato orientamento dei consulenti di agricoltura.

Dalla relazione mi risulta inoltre che l'Assessorato per l'agricoltura si interessa soprattutto di questioni riguardanti la frutticoltura e la viticoltura, mentre l'Assessorato per le foreste si occupa soprattutto di questioni di economia forestale. L'economia montana, che dovrebbe rientrare nell'ambito dell'Assessorato per le foreste, mi sembra invece più trascurata di quanto possiamo permetterci. Vorrei portare alcuni esempi: in Alto Adige abbiamo ancora vasti terreni che potrebbero essere sottoposti ad un miglioramento fondiario. Mi riferisco a casi concreti, quali per es. le bonifiche nelle valli di Casies, di Anterselva, a Prati in Val di Vizze e simili, dove sarebbe possibile piantare colture produttive su terreno pianeggiante. Trovo qui ancora che la Regione aveva od ha a disposizione dei fondi in favore di consorzi riconosciuti dallo Stato. Non sono informato esattamente su fino a che punto nel Trentino si siano ripartiti questi fondi fra i diversi consorzi, so soltanto che quest'anno si dispone per la prima volta di fondi per consorzi riconosciuti dalla Regione. Nemmeno so se i fondi saranno sufficienti a realizzare tali bonifiche e miglioramenti fondiari. Prego l'assessore di volermi informare sul modo in cui egli intende mettere a disposizione tali fondi.

Vorrei ancora fare una dichiarazione piuttosto critica sul rapporto fra il numero dei funzionari che si occupano dell'agricoltura e quello dei funzionari che si occupano

dell'economia forestale. Secondo quanto mi è stato comunicato nel corso delle sedute della commissione finanze, l'Ispettorato all'agricoltura per la provincia di Bolzano impiega circa 27 persone, nella Regione ve ne sono in tutto 53. I cosiddetti « comandati » non sono compresi nel numero, non so neanche quanti siano esattamente. Ciò significa che, essendo le aziende agricole 25-29.000, si dispone di una persona ogni 1000 aziende, compreso il personale esecutivo. Il ramo foreste ha invece 36 stazioni forestali con un totale di 51 addetti, 7 distretti con 13 laureati e 30 subalterni; nelle foreste demaniali sono inoltre occupate 16 persone, nel ripartimento 22 persone: totale 132. Confrontando il reddito lordo dell'agricoltura in Alto Adige, che ammonta a 50 miliardi, con quello dell'economia forestale, che si aggira sui 5 miliardi, si avrà un rapporto di 27 a 132. È perciò chiaro che in questo settore l'agricoltura è in svantaggio, pur ammettendo che l'amministrazione forestale ha anche altri compiti, come quello di tutelare il bosco a vantaggio della comunità. Oggi siamo già arrivati al punto che i nostri contadini non consideriamo più il bosco una proprietà, poichè i tagli che essi vorrebbero fare sono possibili soltanto con permessi e pagando 40 lire per km di spese di trasporto. Vi chiedo se questa è una faccenda redditizia. In Austria le cose vanno diversamente: vorrei qui fare un paragone fra i servizi forestali del Tirolo del Nord e quelli dell'Alto Adige. Premettendo che il Tirolo del Nord ha 1.290.000 ettari di foreste e che l'Alto Adige ne ha 740.000: il Tirolo del Nord ha nel servizio forestale 35 ispettori, l'Alto Adige 16 laureati; l'Alto Adige 3 geometri, il Tirolo del Nord nessuno; il Tirolo del Nord 43 ufficiali subalterni, l'Alto Adige 79. Il Tirolo del nord occupa

complessivamente 77 persone, l'Alto Adige in tutto 132, compreso il personale addetto alle foreste demaniali. Ciò significa che i servizi forestali del Tirolo del Nord, con una superficie di foreste quasi doppia, hanno meno personale di quello dell'Alto Adige. Probabilmente ciò è da attribuire al fatto che nel Tirolo settentrionale si è portato il proprietario a considerare il bosco come una proprietà, analogamente a quanto fanno i nostri contadini con le colture di alberi da frutto, in cui investono denaro per cavarne il maggior utile possibile e per cui sono perfino disposti a mettere a disposizione per la consulenza una certa somma per unità di superficie, vedi per es. l'ufficio di consulenza agricola di Lana.

Vorrei fare ancora un paragone: nel campo delle sistemazioni idraulico-forestali lavorano nel Tirolo del nord 16 laureati, in Alto Adige 5; nel Tirolo del Nord 5 geometri, da noi 3; nel Tirolo del Nord il personale amministrativo ammonta a 21 persone, da noi a 9. In totale 42 persone nel Tirolo del Nord, da noi 17. Ora non vorrei dire che da noi l'Ufficio sistemazioni idraulico-forestali lavora peggio, poiché so che il nostro personale amministrativo ha un rendimento maggiore di quello del Tirolo del Nord. È però sufficiente la sistemazione idraulico-forestale che si attua presentemente? Vorrei portare un esempio dal lavoro dell'Ufficio per le sistemazioni idraulico-forestali del Tirolo del Nord. Tale ufficio ha ogni anno a disposizione, calcolando la somma in lire, circa 875 milioni: da noi non è sempre chiaro di quanto si possa disporre. Scorrendo il bilancio si tratta di 700 milioni, 200 dei quali, per quanto ne so, provengono dalla variazione al bilancio dello scorso anno e sono destinati al riattamento degli impianti danneggiati dal mal-

tempo. Possiamo contare dunque, credo, su circa 250 milioni. Il Tirolo del Nord ha invece stanziato nel 1966 l'equivalente di 800 milioni di lire per i lavori di riattamento nel settore delle sistemazioni idraulico-forestali. Non mi sono preso la fatica, né ne ho avuta la possibilità di confrontare l'ammontare dei danni sofferti dal Tirolo del Nord con quelli avuti dall'Alto Adige. Vorrei pregare soltanto che si dia al settore delle sistemazioni idraulico-forestali l'importanza che gli spetta, e questo non soltanto ai fini di una sistemazione in sé ma soprattutto ai fini di una protezione. Protezione non solo per i nostri masi e i nostri villaggi, ma anche per le città di Bolzano e di Trento come pure per i territori posti ancora più a sud. Sarà perciò necessario che gli uffici statali si occupino più di quanto hanno fatto finora del settore delle sistemazioni idraulico-forestali.

Ancora una parola sulle guardie forestali comunali. So che in molti comuni dell'Alto Adige regna un certo malumore a causa dell'Imposta sulle proprietà forestali che viene riscossa per pagare le guardie forestali comunali. Credo che ciò sia a conoscenza anche del signor assessore. In alcuni comuni siamo al punto che i contadini si rifiutano di pagare tali imposte. Io trovo ciò quasi giusto perché il proprietario di boschi ha molto poco dalla guardia comunale, che è a disposizione del servizio forestale. Se il sindaco ha qualche ordine, allora la guardia forestale dipende dall'Ufficio forestale che dovrà dare il suo benestare, altrimenti la guardia non potrà eseguire i servizi che le si chiedono. Per questo credo che bisognerà pensare fino a che punto mantenere tali servizi forestali e se non sarebbe opportuno passarli alla competenza della Regione. Non trovo infatti giusto che il proprietario di

boschi, che già deve pagare imposte tanto alte, debba sopportare anche queste. Come ho già detto, le 40 lire per chilometro e le difficoltà da superare per il taglio, come pure la mancanza di idee precise nei riguardi della economia forestale, portano il contadino al punto di essere contento se riesce a tagliare di nascosto 1 m. di legname. Se qualcuno abbatte senza permesso alcune centinaia di metri di legname, non gli succede probabilmente nulla per anni; se un piccolo contadino invece taglia un solo albero, è certo che dovrà pagare la sua ammenda. Ho avuto una volta una discussione per iscritto con un ispettore forestale, perché quest'ultimo sosteneva che i servizi forestali erano carichi di lavoro per il controllo dei tagli e che le loro funzioni di controllo li assorbivano in modo tale da non potersi assumere alcun altro lavoro. La consulenza per il settore forestale la facciano i privati, per es. l'Unione agricoltori. Non credo che questo sia anche il parere dell'assessore, perché se così fosse dovrei quasi disperare. Ho constatato inoltre che in Alto Adige i dirigenti dei distretti forestali non sono di parere unanime per quanto riguarda i sistemi di abbattimento. Uno raccomanda un sistema, l'altro un sistema diverso. Anche qui, come ho proposto per l'agricoltura, vorrei chiedere all'Assessore di raccogliere periodicamente gli ispettori forestali in convegni per chiarire loro le moderne tendenze. Oltretutto nel settore forestale le cose non sono tanto semplici, perchè abbiamo a che fare con colture longeve: sono necessari 70-80 anni perché il legno giunga a maturazione e gli errori che si fanno oggi non si ripercuoteranno su di noi bensì su qualcun'altro. In agricoltura è diverso: se oggi impianto un frutteto e se la sua varietà in cinque anni non trova più sbocco sul mercato, si possono

stabilire gli errori e chiederne conto a qualcuno. Vorrei perciò chiedere con insistenza all'assessore di non trascurare la cura del perfezionamento professionale dei suoi funzionari. Anche in altri Paesi si tengono regolari convegni annuali, ci si procura dei luminari nel settore che si intende trattare, ottenendo così un indirizzo unitario dei funzionari addetti al servizio di consulente.

Ancora qualcosa sul problema delle alluvioni, a cui ho accennato brevemente prima parlando delle sistemazioni idraulico-forestali. Ma signori miei, le sistemazioni idraulico-forestali sono soltanto un settore nel problema delle alluvioni. Abbiamo in questo caso a che fare con più cause, per es. anche con la mancanza di un piano di regolazione fluviale. In una interrogazione presentata dal collega Unterpertinger, si chiedeva di regolare la ripartizione delle competenze sui corsi d'acqua. Passando con l'automobile da Bolzano a Brunico ed osservando la Rienza e l'Isarco, non si può più chiamarli corsi d'acqua. Sono semplicemente distese di detriti! Da anni poi stanno rovinando i muri di protezione costruiti nel 1880 con grandi sacrifici finanziari. Se si procede così, dobbiamo aspettarci catastrofi ancora maggiori. So che singoli cittadini di diverse località dell'Alto Adige si sono ripetutamente rivolti agli uffici competenti pregando di riportare le costruzioni di protezione delle rive almeno allo stato in cui erano prima della catastrofe del 2 settembre. Mentre da S. Candido a Lienz gli austriaci hanno lavorato tutto l'inverno rimettendo praticamente in ordine la strada e la ferrovia asportate dall'alluvione, noi non abbiamo fatto nulla. Ammetto che ci sono difficoltà nell'attribuzione delle competenze: gli uni affermano che il compito spetta agli altri. Tali difficoltà vanno però superate una volta

per tutte, altrimenti alle prossime abbondanti precipitazioni ci troveremo di fronte ad una catastrofe ancora maggiore di quella del 2 settembre. Vorrei chiedere urgentemente al Governo regionale ed al signor Presidente di mettersi in contatto con i competenti uffici statali, al fine di chiarire la questione della delimitazione delle competenze ed elaborare un radicale programma pluriennale di regolazione dei fiumi, anche se altre iniziative dovranno perciò vedere ridotti i fondi loro assegnati. E' inoltre inammissibile che la popolazione delle campagne debba sacrificarsi per la popolazione della città. Si afferma che se gli argini non avessero ceduto a Mezzocorona e a Salorno, Trento sarebbe stata allagata e le proporzioni della catastrofe sarebbero state ben maggiori; nonostante ciò non è ammissibile che la popolazione agricola debba soffrire per proteggere quella delle città. Credo di parlare nell'interesse delle popolazioni rivierasche.

Ed ora passiamo agli aiuti concessi dagli uffici pubblici in occasione della catastrofe dovuta al maltempo. Con l'ultima variazione al bilancio sono stati messi a disposizione del consorzio dei milioni; si sono aperte le denunce dei danni presso gli Ispettorati all'agricoltura ed alle foreste. Non sono attualmente in grado di giudicare se tali interventi saranno sufficienti a riparare i danni verificatisi, cioè a finanziare i nuovi impianti ed i lavori di ripristino. Se dovessero darsi delle carenze in questo campo, mi permetterò di informarne gli assessori competenti e di chieder loro di intervenire adeguatamente. In ogni caso non posso nascondere la mia critica agli interventi nel settore pubblico.

Ritorno ora su un problema connesso con il problema, poc'anzi trattato, del ridimensionamento dei masi. Ho detto che do-

vremmo tentare tutto per aumentare il reddito: se ciò nel settore agricolo e forestale è solo limitatamente possibile, esiste ancora la possibilità di un'occupazione secondaria, condizionata però da un'accessibilizzazione della zona. Le infrastrutture sono la premessa ad ogni aumento del reddito, al di fuori e non dell'agricoltura e dell'economia forestale. Una delle possibilità di occupazione secondaria è offerta dal settore del turismo, un'altra dal settore dell'industria. Negli ambienti industriali si ritiene che il fondovalle da Bolzano fino a Salorno e Trento sia il più adatto allo sviluppo nell'industria; devo far presente che proprio là le colture intensive a frutteto e vigneto offrono ai proprietari reali possibilità di esistenza, di ammortizzare i propri impianti e trarne degli interessi. Dati i pericoli rivelatisi negli ultimi anni, io chiedo ora se l'industrializzazione offra le stesse possibilità di lavoro e di guadagno dell'agricoltura; secondo me all'industrializzazione si adattano prima di tutto le zone in cui le aziende agricole sono in pericolo, e cioè le valli. Non che ora si debba portare le industrie nei villaggi di montagna a 1600-1700 metri di altezza; bisognerà però costruire una strada che li raggiunga, in modo che la manodopera non occupata al 100% nell'agricoltura possa fare quei 5,10 o 20 km con la motocicletta o l'autobus fino alla fabbrica. La creazione di possibilità di lavoro complementari per le nostre piccole aziende agricole mi sembra costituire il compito fondamentale per gli anni a venire. La premessa indispensabile è costituita naturalmente dagli sforzi che il contadino stesso deve fare per garantire la propria esistenza, cioè da una razionalizzazione della sua azienda tale da permettergli di sfruttarla il meglio possibile.

Ed ora un altro problema: quello del fumo. Nel corso dell'ultima discussione il Consiglio regionale ha congedato una o più mozioni, il cui contenuto si riferiva appunto al problema dell'abbattimento dei fumi. In una discussione, non ricordo più esattamente se fosse alla Camera di Commercio di Bolzano, l'assessore competente, dott. Albertini, ha detto di non poter intraprendere nulla, avendo intenzione di aspettare la sentenza del processo per risarcimento danni intentato dagli agricoltori alle industrie che sono fonte di fumo. Fa parte forse dei compiti della Regione aspettare 10 anni finché sia concluso un processo del genere, che senz'altro passerà per tutte le istanze? E' questo il significato della nostra mozione? Non lo credo proprio. Per questo devo chiedere all'assessore competente di adoperarsi perché si provveda al montaggio di depuratori; gli agricoltori non soffriranno così i danni che finora hanno sofferti. La Camera di commercio di Bolzano ha intrapreso, con iniziativa degna di lode, alcuni giorni fa un viaggio in Svizzera per visitare una fabbrica il cui caso assomiglia a quello delle nostre fabbriche: lì i contadini dei dintorni si sono coalizzati per ottenere un indennizzo e l'installazione di impianti depuratori. Neanche lì son tutte rose ma purtuttavia dobbiamo constatare che lo Stato svizzero ha fatto il possibile per agire con giustizia, dichiarandosi disposto a mettere a disposizione un giudice di cassazione per istituire un tribunale arbitrale. Perché la Regione non dovrebbe a sua volta interessarsi perché gli ambienti agricoli ed industriali giungano ad un accordo? Io credo che il viaggio organizzato dalla Camera di Commercio a Rheinfelden, ed a cui ha partecipato anche il direttore tecnico della più importante industria in causa, sia stato molto istruttivo e che anche

l'assessore dovrebbe farsi informare dettagliatamente in proposito. Penso che la faccenda debba essere considerata urgente.

Dalla relazione del Presidente della Giunta ho appreso con soddisfazione che si vuole venire incontro a quel gruppo di Sudtirolesi e di Trentini che sono maggiormente negletti dalla previdenza sociale. In Alto Adige esistono 700-800 persone, non so quante siano nel Trentino, che godono di una pensione per agricoltori, — l'ammontare di questa pensione è noto — ma non di un'assicurazione malattia. Sono molto contento e gratissimo al Signor Presidente ed all'assessore competente per la loro intenzione di applicare questa legge, che prevede l'assicurazione malattia anche per i piccoli coltivatori diretti inabili al lavoro. La spesa che la Regione con questa misura si addossa credo si aggiri sui 30 milioni. Ho fatto una stima approssimativa, non sono sicuro che sia esatta. Il signor Presidente afferma che si tratta di una somma maggiore: in ogni modo credo che in qualunque momento possiamo giustificare una spesa del genere. Vorrei ringraziare in nome di questa gente.

Desidero affrontare oggi anche questa questione dei danni causati dalla selvaggina, anche se essa verrà di nuovo sollevata nel corso della discussione articolata. Anche se ormai si cerca di raggiungere un accordo fra la Confederazione della caccia e l'Unione agricoltori sudtirolese, vorrei chiedere all'assessore competente di usare la sua influenza perché si giunga a tale accordo. Anche in questo caso è infatti inammissibile che siano gli agricoltori a subire dei danni.

Non parlo qui però di danni minimi, di danni per 5 o 10.000 lire che potremmo sopportare volentieri, ma di casi in cui i contadini corrono il rischio di perdere al 100% la loro

produzione annua. Ciò si verifica soprattutto nell'alta Val Venosta, verso cui si spostano i cervi provenienti dal parco nazionale. Credo che in questo caso sia dovere della Regione interpersi. Se si dovesse arrivare ad un accordo fra la Confederazione della caccia e l'Unione agricoltori, è chiaro che bisognerà installare un tribunale arbitrale per l'esame e l'accertamento dei danni. Tale tribunale dovrà essere formato da giudici imparziali come posso immaginare che siano funzionari regionali. Vorrei chiedere dunque all'assessore di permettere ai tecnici dell'Ispettorato agricoltura e di quello alle foreste, quando l'accordo sarà in atto, di collaborare a tale tribunale arbitrale.

Poiché percorro periodicamente la strada statale della Val d'Isarco, vorrei pregare la Giunta regionale di adoperarsi presso l'ANAS perchè si rimetta in ordine questo « campo »: intendo proprio dire « campo » e non strada. Altrimenti succederà che il traffico pasquale cesserà, se non quest'anno un altranno, e chi ne soffrirà non sarà tanto la Valle dell'Isarco quanto la zona di Merano e quella del lago di Garda: i tedeschi infatti vanno a Pasqua volentieri al Garda servendosi della nazionale del Brennero. Vorrei chiedere qui al signor Presidente di adoperarsi attivamente perchè si possa finalmente avere una strada carrozzabile. La causa dei danni è logica: le crepe ed i buchi nell'asfalto sono dovuti al gelo e vanno ricondotti alle condizioni meteorologiche ed al sovraccarico della strada stessa. Ciò nonostante chiedo al signor Presidente di mettersi in contatto con l'ANAS perchè i lavori si facciano al più presto).

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): È già fatto.

STEGER: (Se è già fatto, ringrazio molto. Qua e là si vedono dei lavori in corso, ma per la maggior parte si tratta di asfaltatura di 2-4 mq., ciò che è troppo poco. Vorrei pregare qui dunque di non perdere di vista la cosa.

Vorrei portare oggi in Consiglio regionale un argomento che finora non vi è stato mai trattato: la tutela delle acque. In altri paesi, specialmente in Germania, tale problema è già allo studio e si cerca di porvi rimedio. A Bolzano, a Trento ecc. abbiamo fabbriche che versano le loro acque di scarico nell'Adige, nell'Isarco ed in altri fiumi. Anche se la tutela delle acque non è da noi un argomento così attuale come per es. il bacino del Reno, vorrei porre il problema e proporre che ci si interessi di quanto si fa in altri Paesi per questo settore. Abbiamo già impostato il problema della tutela dell'aria ed oggi mi permetto di presentare anche quello della protezione delle acque, non nel mio interesse od in quello della pesca, ma nell'interesse di tutti noi. Se le nostre acque verranno inquinate, sarà in pericolo non soltanto la produzione agricola ma anche la salute della popolazione attraverso l'inquinamento delle acque potabili. Credo che questo debba essere uno dei nostri futuri compiti.

Nella mia qualità di membro del Consiglio di amministrazione delle Terme di Levico, vorrei chiedere all'assessore competente di comunicare ai membri del Consiglio regionale, nel corso della sua risposta, il bilancio di questa società: ciò per render noto il lavoro compiuto dal Consiglio di amministrazione ed i suoi sforzi tesi a limitare per quanto possibile il deficit. Allora forse anche il collega Corsini sarà soddisfatto del lavoro che abbiamo fatto.

Per finire vorrei tornare al problema del personale regionale, problema che ho posto già l'anno scorso. Sono assolutamente d'accordo con il sig. Presidente, che cioè bisogna cercare di non aumentare all'infinito gli organici, di diminuire anzi il numero degli impiegati, o meglio di mantenerlo costante effettuando una migliore distribuzione dei compiti. Mi sono per es. permesso di scorrere le liste delle spese di trasferta che ci sono state sottoposte per la discussione in commissione finanze. Ho riscontrato che per es. nell'Ispettorato all'agricoltura di Trento i tecnici mettono in conto spese le trasferte in auto mentre a Bolzano non compare nessun conto spese per trasferte in auto. Non so se qui gli impiegati restano in ufficio o se hanno a disposizione delle automobili di servizio e vorrei essere informato in proposito. Posso immaginare che anche a Bolzano si abbia interesse a che gli impiegati si rechino in campagna, come ho già detto a proposito delle esigenze di consulenza. Vorrei poi tornare su un'altra proposta che ho già presentata l'anno scorso e cioè se non fosse possibile assumere del personale provvisorio, fino alla indizione dei relativi concorsi, come si fa alla Provincia).

Interruzioni.

STEGER: (Questo è ora un problema che riguarda il personale. Logicamente il problema del personale riveste un ruolo importante tanto per gli assessorati all'agricoltura e alle foreste quanto per quello alle finanze. Dalle comunicazioni dell'assessore alle finanze ho tratto le conclusioni per quanto riguarda l'assessorato all'agricoltura e foreste. Per questo ritorno alla mia proposta dello scorso anno: non dovremmo assumere in via provvisoria nei servizi regionali, ragionieri o lau-

reati che hanno appena concluso i loro studi, affinché essi non si rivolgano all'economia privata e siano ormai persi quando ci si decide a indire i relativi concorsi.

Con ciò ho finito le mie dichiarazioni. Naturalmente ho rivolto la mia attenzione in particolar modo al settore dell'agricoltura e delle foreste, poiché mi preme molto che le nostre aziende agricole non debbano chiudere, ciò che credo interessi a tutta la popolazione).

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Pupp).

PRESIDENTE: La parola al consigliere de Carneri.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, il mio intervento non destinerà la maggior parte alla trattazione della questione altoatesina, come hanno fatto altri consiglieri in questo primo accenno di discussione generale sul bilancio preventivo per il 1966, e questo, sia perchè il mio intervento vuole essere di carattere generale, e quindi toccare più questioni, pur non sottacendo la gravità e l'importanza della questione altoatesina, sia perchè ritengo che in taluni interventi, fino adesso, questa questione abbia troppo polarizzato l'attenzione degli intervenuti, in modo da dare una immagine unilaterale dei problemi che ci stanno davanti, una immagine esasperata, quindi non obiettiva e quindi tale da non corrispondere alla realtà dei problemi che ci stanno davanti. Tuttavia di questa questione è pur necessario parlare, soprattutto dopo le dichiarazioni e l'intervento di ieri del cons. Molignoni, il quale io ritengo ha introdotto dei gravi elementi di crisi nell'ambito della attuale coalizione di maggioranza. Dico subito che il nostro giudizio su questo intervento del cons. Molignoni è negativo, nel

senso che noi non possiamo condividere nè l'analisi della situazione e delle cause che hanno condotto a questa situazione di crisi la Regione, nè le conclusioni alle quali egli vorrebbe pervenire, sia pure gradualmente, come egli dice. Mi sembra anzitutto che la analisi delle cause di crisi, che evidentemente si estendono a un lungo arco di anni, questa analisi resa dal cons. Molignoni sia unilaterale e sia anche impostazione — mi si consenta il termine — provincialistica. Infatti nel suo lungo e dettagliato intervento, egli non ha affrontato quelle che sono le principali responsabilità politiche che riguardano l'attuale situazione della Regione, non ha affrontato le responsabilità governative, le responsabilità del partito di maggioranza su scala nazionale, e ha preferito concentrare il tiro sulla provincia di Trento, avvalendosi ed insistendo su una continua contrapposizione fra trentini e altoatesini, che è stata una specie di leitmotiv che ha percorso tutto il suo intervento. Lungi da noi la volontà di sottovalutare le responsabilità politiche in sede locale della democrazia cristiana, la quale è sempre stata in questi 18 anni il partito dominante, il partito di governo della Regione; ma per correttezza di impostazione e per volontà di identificare le vere cause dell'attuale situazione, io ritengo che un posto prioritario doveva essere dato alla politica della democrazia cristiana e dei vari governi che si sono fin qui succeduti, in campo nazionale, poiché la politica del governo democristiano in questi anni è uno degli aspetti di una concezione più generale dello Stato e dei rapporti fra i cittadini di diverso gruppo etnico, una concezione generale, la quale è sempre stata in urto con lo spirito e con la lettera della Costituzione. Isolare il problema altoatesino e considerarlo come una specie di

cosa avulsa dal contesto della vita nazionale mi sembra una cosa sbagliata. Ed io ritengo che le stesse cause che hanno condotto all'attuale crisi regionale, sono quelle che hanno impedito per 18 anni l'attuazione dell'Ente regione, sono quelle che hanno indotto pervicacemente i governi che, ripeto, hanno retto il paese, a comprimere, limitare e svuotare le autonomie regionali, non solo del Trentino-Alto Adige, ma anche le altre regioni a Statuto speciale; è un tipo di politica, la quale ha sempre rifiutato, in linea di principio e in linea di fatto, quel decentramento dello Stato, quel superamento dei limiti e delle strozzature che erano caratteristiche e sono tuttora, purtroppo, caratteristiche della concezione del vecchio stato unitario accentratore, il quale esiste ancora, funziona ancora e nell'ambito del quale le Regioni sono attualmente delle eccezioni, dei corpi estranei, i quali con il loro funzionamento urtano contro quella che è tutta la logica del sistema nel suo complesso. Quindi se nel Trentino-Alto Adige noi abbiamo lamentato una sistematica opera, ripeto, di spogliazione della nostra Regione, di compressione dell'autonomia regionale, abbiamo visto mettere in frigorifero importanti norme statutarie, abbiamo visto una tenace opera di erosione dello Statuto, altrettanto abbiamo potuto constatare però su scala nazionale, sia in Sicilia, sia in Sardegna, che in Valle d'Aosta, cioè nelle regioni attualmente esistenti, in misura maggiore o minore, a seconda della resistenza che veniva opposta dalle regioni interessate, contro questi attacchi. Quindi questa situazione io ritengo vada collegata innanzitutto con questa linea politica, continuamente e pervicacemente condotta in avanti. Le responsabilità del Governo quindi io direi che vanno messe in ordine prioritario rispetto a qualche altra re-

sponsabilità in ordine alle norme di attuazione, in ordine al favorire, nell'ambito della Regione, la pacifica convivenza delle genti e dei gruppi etnici, è il Governo che appunto questo non ha fatto, il Governo che continuamente, costantemente ha ignorato la questione della nostra Regione, ed ha per di più ignorato la caratteristica della nostra Regione e delle Province, la quale consisteva anche nel dare una base territoriale e una base istituzionale alla convivenza fra queste genti. Le cose sono andate progressivamente deteriorando, ma per un lungo arco di anni io penso che una non lieve responsabilità politica vada anche al gruppo della S.V.P., il quale ha collaborato per lungo tempo per un lungo arco di anni, al governo a Roma, sorreggendo una politica che era contraria agli istituti autonomistici, che era contraria al rispetto delle prerogative che spettavano al gruppo etnico tedesco e al rispetto delle prerogative che riguardavano la Regione Trentino - Alto Adige nel suo complesso, come altrettanta responsabilità va resa sempre alla S.V.P. per avere, sempre per un lungo arco di anni, collaborato con la democrazia cristiana in sede locale, seguendo una linea che, se non era di favoreggiamento alla linea politica nazionale, era tuttavia di acquiescenza, era tuttavia intesa ad accantonare i problemi, ad ignorarli, a non accorgersi che invece la realtà camminava e la situazione si andava aggravando lentamente, fino a giungere a determinati punti di rottura. Il cons. Molignoni però queste considerazioni non le ha fatte e non ha considerato neanche quanto è avvenuto negli ultimi tempi, negli ultimi anni; come l'attacco contro le regioni e contro la nostra regione sia proseguito con particolare violenza, come la legislazione nazionale abbia continuamente sorvolato o svuotato le norme statutarie e le

prerogative statutarie, come attualmente gli stessi disegni di legge che sono stati presentati all'attuazione del Parlamento, anche attualmente, ripeto, non contengano norme di salvaguardia delle competenze della Regione e delle stesse Province. Quindi il limitarsi a dire che i trentini, in linea generale, sono i responsabili di tutto, senza, fra l'altro, distinguere fra trentini e partito politico che domina, sia nel Trentino, sia nella Regione, mi sembra una contrapposizione non politica, mi sembra che si faccia leva, in sostanza, più sul provincialismo, sul campanilismo, su astratte contrapposizioni, che non su una analisi dettagliata, una analisi accurata, politica della situazione come si dovrebbe fare in una assemblea legislativa. Ma anche per quanto riguarda le conclusioni, io ritengo che non ci si possa associare, poichè è troppo facile dire: rompiamo la Regione, creiamo una Regione completamente autonoma, staccata nella provincia di Bolzano; instauriamo e introduciamo il principio delle deleghe ai comuni e quindi facciamo in modo che i rapporti fra il gruppo etnico italiano, in provincia di Bolzano, e il gruppo etnico tedesco, siano regolati direttamente dal governo centrale, il quale sarebbe, evidentemente, giuridicamente il competente a dirimere queste questioni. In realtà noi crediamo di aver dimostrato — ma più che le nostre brevi parole, lo dimostra la realtà, l'esperienza di questi anni —, abbiamo dimostrato che proprio dal Governo è sempre venuto il principale attacco all'autonomia, e che anche negli attuali governi, quello che è morto recentemente e quello che sta per sorgere ora, non c'è alcun elemento che possa affermare che si cambi rotta, che ci sia un indirizzo diverso su questi problemi così vitali e così importanti per la nostra gente, per tutta la nostra gente, sia quella di lingua italiana,

che di lingua tedesca. Quindi quello di invocare come supremo arbitro, come supremo moderatore, come ente il quale dà garanzie di obiettività e di tutela, per le autonomie regionali, invocare il Governo, e invocare il Governo come arbitro anche fra eventuali controversie fra cittadini di lingua italiana e di lingua tedesca, mi sembra una cosa assolutamente errata, poichè ci rivolgiamo proprio a quell'ente, animato da una determinata volontà politica, il quale ha la principale responsabilità di avere condotto la situazione a questo grado. Quindi queste conclusioni, a nostro modo di vedere, non possono essere accolte, non potrebbero altro che produrre ulteriori guasti già nella pericolante struttura della autonomia regionale, nè alcun vantaggio reale potrebbero invece apportare. Ed è evidente ed è anche giusto dire — e qui mi avvio alla conclusione su questo punto — come il ritenere che una soluzione di carattere giuridico formale, lo scrivere nuove norme sulla carta, il ritenere che, ripeto, riformare l'autonomia regionale con delle leggi, con dei regolamenti, con delle norme di attuazione, possa sanare la situazione, è cosa, a nostro vedere, illusoria. L'elemento prevalente, predominante in ogni situazione di questo tipo, è la volontà politica, innanzitutto; è il perseguire con tenacia e con chiarezza politica determinati fini di risanamento della situazione. Quando manca la volontà politica, l'esperienza ormai ce lo insegna, si possono iscrivere tante norme quante se ne vogliono, tanti articoli quanti se ne vogliono, i quali verranno poi regolarmente svuotati o ignorati o distorti dai loro fini originari, seguendo la stessa sorte che ha subito, purtroppo lo Statuto del Trentino-Alto Adige in questi anni; Statuto che in buona parte è ancora inattuato, Statuto che per altra parte è distorto, Statuto che per il

resto, comunque, funziona come funziona, cioè non funziona certo con efficienza, nel senso di corrispondere alle esigenze di fondo della nostra popolazione. Ma da questo accenno io volevo trarre qualche considerazione di carattere politico più generale, poichè io ritengo comunque — prescindendo dal giudizio testè espresso sulle posizioni del cons. Molignoni — io ritengo che comunque, considerando il tipo e la chiarezza, quanto meno, di questo intervento, la posizione politica relativa introduca seri, gravi elementi di crisi nella coalizione di centro-sinistra che regge la Regione; poichè, signori, uno dei punti programmatici e non certo il meno importante, che era stato concordato fra i tre partiti, era quello appunto di una presenza attiva della Regione, in ordine alle questioni della sua esistenza e del suo futuro assetto. E questa presenza attiva, questo ruolo attivo della Regione in ordine al problema, doveva essere concretizzato da un voto, che il Consiglio regionale doveva emettere, esponendo quindi le sue prospettazioni e le sue richieste al Governo centrale, al Parlamento. Ora io pongo questa domanda: è ammissibile, date le posizioni espresse dal cons. Molignoni, un voto del tipo di quello che era stato formulato dalla Giunta regionale ed era stato trasmesso dai capigruppo? Io ritengo di no, e penso che anche il signor Presidente della Giunta regionale se ne sia reso conto, quando, praticamente, ha sospeso l'iter di questo voto. Certo è che quando da una parte si afferma che la Regione deve scomparire, che la Regione deve essere smembrata, che si deve fare una autonomia regionale esclusiva per la provincia di Bolzano, quando si afferma questo, io dico che si mette in forse quello che è l'orientamento, quella che è la linea politica concordata dalla Giunta regionale di centro-sinistra. E poichè la defezione

di uno solo dei consiglieri che fanno parte della maggioranza riduce la Giunta stessa dal punto, di vista politico in minoranza, io ritengo che il discorso di ieri di Molignoni debba costituire o comunque possa costituire un elemento di crisi che dovrebbe indurre la Giunta a rivedere le sue posizioni e, o a cambiare programma, o a rassegnare le dimissioni. E' questa una questione che intendo sottolineare, perché non è certo opportuno lasciarla scivolar via come se fosse una piccola divergenza una questione di dettaglio, quando invece essa investe questioni fondamentali per la nostra Regione. E d'altra parte, anche in tema di volontà politica, io ritengo che sia troppo facile quanto affermato dal cons. Molignoni, quale dice: va be', questa è una soluzione che io propongo per l'avvenire, la quale dovrà essere raggiunta gradualmente: per intanto io mi attengo alla disciplina di gruppo, ecc. Mi pare un po' troppo facile, un po' troppo schematica e un po' troppo nominalistica questa soluzione e questa impostazione. La questione è se alla Regione si crede o se alla Regione non si crede; poichè se alla Regione non si si crede — e due ore sono state destinate dal cons. Molignoni per affermare che egli nella Regione non crede, che la ritiene un istituto superato, che la ritiene un istituto da distruggere — se non si crede a questo, signori, allora io ritengo che scarsa convinzione politica, scarsa attività politica potrà essere espressa nel tempo presente e nell'immediato futuro per raggiungere degli obiettivi e per porre in essere una politica che comunque si fondano sulla Regione, si basano sulla Regione, e si basano su una determinata coalizione di maggioranza, la quale la Regione deve guidare. Io ritengo di avere il diritto, dopo le affermazioni e i discorsi di Molignoni, di avere una risposta chiara al riguardo da parte

della Giunta, circa la sua posizione. E io ritengo che in ogni caso questo fatto nuovo, queste posizioni espresse nella sede più autorevole, nella sede competente che è il Consiglio regionale, in ordine al problema della sopravvivenza della Regione, debba indurre la Giunta regionale ad esprimersi, a dire quale è il suo pensiero, a dire se ritiene ancora che sussista una maggioranza valida che la sorregge o meno. Il tema ripeto, è importante; non lo ritengo affatto nè secondario, nè ritengo quelle parole dette dal cons. Molignoni come una specie di esercitazione verbale. No, c'è un'impostazione politica di fondo, che poi fa capo anche non solo a una posizione personale, ma fa capo a una federazione di partito, fa capo a tutta una campagna di stampa che ogni tanto viene promossa su questo tema, fa parte quindi di una tematica, la quale certo non si riduce solo ad un uomo, ma ha di dietro delle forze politiche, degli schieramenti politici, e questo aggrava ancor di più la situazione della Giunta e dovrebbe indurre la Giunta a tirare determinate conclusioni al riguardo. Comunque non solo questo, dicevo prima, deve essere il tema che dobbiamo trattare in questa relazione, in questa discussione generale sul bilancio preventivo, poichè altri temi urgono, altri temi sono di fronte alla nostra attenzione. Taluni di questi temi sono stati trattati dal signor Presidente della Giunta regionale, ed io non ho difficoltà di dare atto di una abbastanza ampia documentazione che è stata resa ai consiglieri e che illumina la situazione, tutt'altro che rallegrante, nella quale versa la nostra regione. Però vorrei dire che accanto a queste documentazioni, a queste determinate analisi, vorrei dire che non c'è un determinato spirito o forse una determinata volontà politica che si colleghi più direttamente a quanto vive, a quanto si svilup-

pa in mezzo alla popolazione, a quel determinato malessere, e anche alle espressioni di quel determinato malessere; espressioni non solo di carattere individuale, ma soprattutto espressioni di carattere collettivo, soprattutto di carattere sindacale. Non si fa menzione, ad esempio, nelle dichiarazioni del Presidente della Giunta regionale, del vasto movimento popolare, operaio, che si sta sviluppando e che pure è un lato che caratterizza la situazione politica. Noi non possiamo ignorare lo sciopero generale di Bolzano, recentemente avvenuto, che ha coinvolto non solo gli operai ma anche altre categorie. E' un segno vistoso di una protesta che non è solo di carattere sindacale, signori, non è solo rivolta nei confronti dei datori di lavoro ma ha una portata politica più generale e rappresenta, io ritengo, una protesta nei confronti della politica che è in atto verso la nostra regione, e quindi abbraccia temi economici che vanno oltre il campo sindacale. Nè si può ignorare come proprio in questi periodi le principali categorie sindacali del paese, compreso il Trentino, gli edili e i metallurgici, siano impegnati in una dura lotta, e che questa dura lotta non riguarda solo obiettivi aumenti del salario, ma porta con sè rivendicazioni di carattere più generale, sia per quanto riguarda l'edilizia, sia per quanto riguarda il settore dei metallurgici. Come non possiamo ignorare la crescente insofferenza che noi ravvisiamo nei sindacati: non parlo solo della CGIL, signori, parlo di tutti i sindacati nel complesso; chi ha partecipato alle tavole rotonde, chi ha visto le pronuncie delle varie organizzazioni sindacali, constata chiaramente come queste organizzazioni operaie sentano che la situazione si va aggravando, che non ci sono prospettive reali davanti e quindi che queste organizzazioni postulano un tipo di politica economica,

la quale tenda effettivamente a ridare un certo ossigeno alla nostra economia e con questo ossigeno ridare l'occupazione a chi l'ha perduta, a ridare l'orario di lavoro completo a chi lavora a orario ridotto e, più in generale, a normalizzare la situazione del mondo del lavoro e ad aprire una prospettiva, finché questa situazione migliori, sia per quanto riguarda la condizione operaia, sia per quanto riguarda la occupazione. Dunque io direi che non ci troviamo di fronte a una situazione nella quale i cittadini soffrono oppure si lamentano in silenzio, oppure non capiscono; io ritengo che ci siano già elementi abbastanza concreti e abbastanza vasti per dimostrare come dal malessere economico si passi a una maggiore coscienza di carattere politico e quindi alla rivendicazione di iniziative, e più in generale di una linea politica che valga a trarci fuori da questa situazione; da questa situazione sulla quale, signori io non mi dilungo, perchè le cifre stesse, gli allegati che sono stati forniti ai consiglieri in questi mesi, ci dimostrano come le cose vanno male, come si parli ogni tanto di uno spiraglio, di una speranza, ma di concreto, di reale, di sostanziale non ci sia niente per quanto riguarda la ripresa, particolarmente e soprattutto nella nostra regione. Se si esaminano poi le cifre, le statistiche, si vede che per quanto riguarda i consumi principali, per quanto riguarda la disoccupazione, per quanto riguarda l'emigrazione, per quanto riguarda tante altre voci che denotano il tenore di vita e la vitalità di una economia, noi siamo largamente al di sotto della media italiana, e per parecchie voci al di sotto della media delle aree depresse del centro-nord. Quindi sull'analisi di queste cifre non mi soffermo, poiché sono a conoscenza, evidentemente, di tutti i consiglieri. Il discorso, invece, deve concentrarsi, a mio modo di ve-

dere, sulle vie di uscita. E qui il discorso non può non collegarsi con temi di politica nazionale. D'altronde, lo stesso Presidente della Giunta regionale, nella sua relazione, afferma che se una possibilità di rinascita esiste per la Regione, questa possibilità non può certo fondarsi sulle risorse degli enti pubblici collocati in Regione, ma deve contare su qualcosa d'altro, su qualcosa di diverso su qualcosa che non sia limitato alle sole forze interne alla Regione, dico forze finanziarie, dico forze degli enti pubblici, dico anche forze degli stessi enti privati operanti nella Regione, e che sono insufficienti per assicurare una ripresa. E quindi proprio da questa affermazione che è evidente in tutti, è necessario, è logico trarre una considerazione della politica nazionale, del Governo nei confronti della Regione, ed esaminare soprattutto quello che è il piano quinquennale di sviluppo economico, il cosiddetto « piano Pieraccini », cioè quali previsioni, quali linee dà la politica nazionale a lunga scadenza, cioè quinquennale, nei confronti della nostra economia. E qui, signori, io ho fatto un intervento in Consiglio provinciale al riguardo, e non intendo dilungarmi troppo, però mi sembra, ci sembra di poter concludere, di poter fare un'affermazione abbastanza netta: che questo piano Pieraccini, che questo progetto di programma di sviluppo economico per il quinquennio '65 - 69, ora spostato con la nota aggiuntiva, non dà assolutamente una risposta ai nostri problemi. Questa è un'affermazione che ci sentiamo di fare, categoricamente, con molta chiarezza. Lo prendiamo in mano, lo esaminiamo, esaminiamo la nota aggiuntiva, constatiamo alcuni fatti elementari, dai quali poi le conseguenze vengono tratte, vorrei dire, automaticamente. Nessuno stanziamento di industria di stato — lo afferma anche il

Presidente della Giunta regionale —, nessun provvedimento speciale ad hoc, e poi, soprattutto, un dato previsionale che configura per la nostra regione un tipo di sviluppo industriale o di sottosviluppo industriale, il quale è estremamente grave per la nostra gente, per la nostra economia, poichè non molte sono le righe che vengono dedicate in questo piano al Trentino - Alto Adige, ma quelle poche righe hanno un significato per noi nient'affatto rassicurante, anzi hanno un significato negativo, per quanto riguarda la industria. Leggiamo: « In particolare andrà promosso lo sviluppo di attività che permettano una integrazione fra il settore agricolo e quello industriale, quale le industrie del legno e della lavorazione e conservazione dei prodotti locali ». Questa è l'unica specificazione, per quanto riguarda l'industria, che viene fatta dal piano Pieraccini per la regione Trentino - Alto Adige. E questa affermazione, collocata nel contesto della parte dedicata al Trentino - Alto Adige, ci autorizza senz'altro a ritenere come nelle previsioni del Piano Pieraccini, la Regione Trentino - Alto Adige non viene ad essere considerata come regione, per la quale si prevede un ragionevole sviluppo industriale. Cioè si punta, attraverso questa impostazione, a quella industria di trasformazione dei prodotti locali, la quale sappiamo benissimo che portata e che entità può avere nella nostra regione. Noi sappiamo che i principali prodotti agricoli della nostra regione, quelli che effettivamente danno un reddito ed hanno una loro qualificazione sui mercati, sono la frutta e l'uva; questi due sono elementi principali. Io chiedo che senso ha parlare di industria, di trasformazione dei prodotti agricoli nel Trentino - Alto Adige, quando le due ossature, i due pilastri della nostra economia sono appunto il vino e la

frutta: entrambi prodotti pregiati, signori, sia l'uva e il vino, sia la frutta. Io mi rifiuto di credere che possa trovare come base di sviluppo economico, di sviluppo industriale, una industria, non so, di marmellata. Va bene, ci saranno anche gli scarti, c'è qualche industria di marmellate; ma, signori, rendiamoci conto delle proporzioni, rendiamoci conto che questa è una cosa meramente accessoria, è una cosa sulla quale non conviene neanche discutere. Per quanto riguarda il vino, sappiamo benissimo che il Trentino - Alto Adige è attrezzato dal punto di vista delle cantine e certo non pensiamo che il vino vada destinato invece alla distillazione. Quindi che base esiste qui? Che base obiettiva c'è per affermare che lo sviluppo industriale, in sostanza, il tipo prevalente di sviluppo industriale della nostra regione, dovrebbe essere fondato su questa trasformazione dei prodotti agricoli, quando proprio viviamo in una regione, la quale combatte e si fonda sulla qualità e quando la qualità diventa un postulato fondamentale negli stessi orientamenti degli assessorati all'agricoltura, ecc.? Ecco, questa è una domanda. Per il resto, accanto a questa considerazione, negativa per conto nostro, c'è l'assenza degli investimenti dell'industria di Stato e quindi io chiedo con quale prospettiva, con quale ragionevole ottimismo si possa fare affidamento al piano Pieraccini. Io intendo affermare questo, semmai: il piano Pieraccini, per quanto riguarda la nostra regione, convalida in via giuridica — chiamiamola così — una situazione di fatto che si protrae da parecchi anni. Quanto accadeva di fatto, ed è accaduto di fatto in questi venti anni, dalla liberazione in poi, cioè emarginazione del Trentino - Alto Adige, blocco della sola industrializzazione o comunque sua scarsa, scarsissima industrializzazione, tutti i

fenomeni negativi che ne derivano in tutti i campi della vita sociale ed economica, questo è accaduto di fatto per la prevalenza delle leggi di mercato, per la prevalenza dei grandi gruppi monopolistici. Ora il piano Pieraccini, per nostra affermazione, convalida legislativamente, convalida giuridicamente questo orientamento e dà ad esso una specie di crisma legale. Questa è in sostanza la natura di questo piano per quanto riguarda la Regione Trentino - Alto Adige, se questi postulati, questi punti programmatici non vengono cambiati nel dibattito al Parlamento. Io me lo auguro, ma *rebus sic stantibus*, la realtà, a mio modo di vedere, a nostro modo di vedere, è questa. E questa è una realtà, ripeto, piuttosto dura, è una realtà che ci blocca le prospettive di sviluppo, poichè sappiamo tutti, nella conferenza regionale e nei nostri discorsi e nei nostri interventi, sappiamo tutti che è stato affermato — e siamo d'accordo su questo — che l'asse strategico, il punto strategico, l'elemento strategico per risolvere la situazione economica del Trentino - Alto Adige, è l'industria; solo l'industria può attenuare le tensioni e la tendenza all'elefantiasi nel settore terziario; solo l'industria può consentirci di assorbire la manodopera che esula dalla terra; solo l'industria, in un futuro, soprattutto l'industria, in un futuro, potrà consentire di riassorbire l'emigrazione. E' quindi un punto nettamente negativo. Io affermo che le linee politiche, programmatiche del Governo, quali sono enunciate e da questo progetto di programma e dalla legislazione nel suo complesso, urtano frontalmente con gli interessi del Trentino - Alto Adige. Questo intendo affermare con molta chiarezza, poichè su queste posizioni di fondo la chiarezza è necessaria. Non mi intrattengo nel giudizio sulla legge per le aree depresse

del centro nord, ma è a tutti chiaro che non è un elemento sufficiente e neanche valido per risollevare la situazione. C'è poi un altro elemento pericoloso, accanto a queste previsioni di carattere economico; e il pericolo sta che la programmazione nazionale passi al di sopra delle competenze della Regione, e cioè prosegua, cioè si sviluppi ancora quel processo di erosione delle competenze statutarie, che si è verificato in questi anni, e che è tuttora in atto. Se la programmazione economica nazionale, oltre a fare queste previsioni economiche, praticamente sorpassa, elude, svuota le competenze regionali, allora, accanto a gravi elementi di carattere economico, si introdurrebbe un ulteriore elemento di crisi della regione Trentino - Alto Adige, di crisi nell'autonomia, la quale non colpirà solo, signori, la Regione, ma colpirà anche le Province per le potestà legislative che le Province stesse hanno. E' quindi una questione che va esaminata anche al di sopra del provincialismo, anche nel suo contesto politico, rendendoci conto che se non si fa una certa unione nel fronteggiare queste offensive, se le due Province si contrappongono l'una all'altra, se non si raggiunge un determinato grado di coesione, le due Province, e l'una e l'altra, verranno colpite e dovranno retrocedere. Questo è un altro elemento di fatto. Quindi una volontà autonomistica, politica innanzi tutto, non troppo legata a formule, ma che comprenda il valore dell'autonomia e comprenda che anche su base regionale si può andare avanti, una volontà politica di questo tipo, sarebbe necessaria nell'interesse della Regione, nell'interesse delle popolazioni, quale che sia il gruppo etnico al quale esse appartengano.

A questo punto però e dopo questo breve esame del piano Pieraccini e delle sue

previsioni per la nostra regione, io chiedo al Presidente della Giunta regionale quali iniziative siano state poste in essere dalla Regione per prevenire innanzi tutto degli orientamenti, quali sono quelli che ho illustrato precedentemente. Il Presidente della Giunta regionale, la Giunta regionale, hanno detto no a questa impostazione, o hanno detto sì? Cosa hanno fatto? Cosa hanno detto? Io ho visto la corrispondenza, allegata alla relazione, la corrispondenza intercorsa fra la Giunta regionale, il Presidente della Giunta regionale e il Ministero del bilancio, il Vicepresidente del Consiglio, ecc. Però circa questa impostazione, cioè circa l'impostazione di merito, circa le previsioni concrete, io non ho trovato delle pronunce, delle prese di posizione da parte della Regione. È un punto importante, e poi abbiamo diritto, come consiglieri e come consiglieri di opposizione, di sapere se la Regione è rimasta acquiescente di fronte a queste impostazioni, o ha resistito o ha valutato delle controposte, o ha detto no, insomma cosa ha fatto la Regione. Questa è una domanda che io pongo alla Giunta regionale, e ripeto, una domanda che riguarda un problema importantissimo per la nostra Regione.

Ma un fatto però è certo: che se anche la Giunta regionale ha agito, si è battuta, ha risposto no a questa impostazione, ha contrapposto una linea di sviluppo dell'industria nel Trentino - Alto Adige, noi non ne sappiamo niente. Noi consiglieri regionali, noi Consiglio regionale, di queste cose non ne sappiamo niente. Si è parlato di procedure: d'accordo, cosa molto importante; si è parlato di rapporti, si è parlato di collocazione dell'Ente Regione nella programmazione nazionale, questioni procedurali, questioni di competenza importantissime. Ma, signori, per quanto riguarda il me-

rito dei problemi, per quanto riguarda la sostanza, noi consiglieri regionali del Trentino - Alto Adige, fino ad ora non siamo stati edotti di niente, circa queste linee. E già questa è una grave lacuna, è un grave difetto che noi dobbiamo imputare alla Giunta regionale di centro - sinistra, poiché sarete tutti d'accordo che il Consiglio regionale, su queste questioni, abbia una parola da dire, ma soprattutto abbia una parola da dire tempestivamente e non quando i buoi sono scappati dalla stalla. Poichè, signori, fra un paio di mesi o fra tre mesi al massimo, questo programma Pieracini sarà presentato in Parlamento o votato sotto forma di legge, probabilmente. Quando sarà votato, noi cosa faremo? Non era il caso di muoversi prima e tentare, con tutti i mezzi, di modificarne la impostazione prima, in modo che quando fosse stato votato, le nostre esigenze fossero state recepite? Ma nel momento attuale noi invece dobbiamo constatare che per quanto riguarda la programmazione in campo regionale, noi siamo, praticamente, non dico all'anno zero, ma qualcosa di simile. Gli organi della programmazione non sono formati, la legge non è stata ancora presentata, viene preannunciata per quest'anno, si invocano determinate interferenze delle Province, determinati ostacoli, ecc. delle Province, ma questo, signori miei, non è sufficiente a giustificare una carenza di questo tipo. La Regione, la Giunta regionale esiste in quanto Giunta regionale; la Giunta regionale deve assumersi le sue responsabilità, popolari o non popolari che siano, ma su problemi di questo tipo deve muoversi, deve avere una linea politica. La attesa è la peggiore delle soluzioni. Ci si muova da una parte, ci si muova dall'altra, che noi possiamo criticare, che noi possiamo magari approvare determinate soluzioni,

questa è una questione diversa; però la Giunta afferma di avere la maggioranza, la Giunta ha responsabilità di governo, e quindi la Giunta faccia la sua politica, ma non rimanga inerte per anni. Questo è un ulteriore e grave motivo di critica che noi dobbiamo introdurre nei confronti della Giunta di centro-sinistra. Noi abbiamo avanzato tempo fa una interrogazione al riguardo; questa interrogazione è stata ritardata nella discussione, per cui attualmente discutiamo della cosa prescindendo dall'interrogazione, che praticamente è stata sorpassata già dalle dichiarazioni del Presidente della Giunta regionale. Ma, ripeto, dopo il varo dei bilanci, il primo provvedimento che andrà all'attenzione del Parlamento sarà questo; questo documento, così, come è fatto, costituisce un'offesa, costituisce vorrei dire un colpo nei confronti della Regione Trentino - Alto Adige. Bisognava muoversi prima; se vi si è mossi bisognava comunque consultare il Consiglio regionale. Si poteva formare una delegazione del Consiglio regionale che andasse a prendere contatti con i vari gruppi parlamentari, si poteva agire, si poteva interessare l'opinione pubblica, si potevano sentire i sindacati e le altre categorie economiche, si poteva tentare di creare un'unione in difesa della nostra economia. Ciò non è stato fatto e soprattutto questa Assemblea legislativa non è stata informata di nulla, per quanto riguarda il merito dei problemi. Collegata a questa questione, signori, è la questione o le questioni che sono state trattate dal cons. avv. Odorizzi. Evidentemente la programmazione, la questione della programmazione non è una cornice; la programmazione tende a dare un determinato ordinamento dell'economia nazionale, a orientare la economia nazionale in determinati sensi; ma l'economia nazionale è fatta di forze che si

muovono, è fatta di scontri anche fra forze che si muovono, di scontri fra interessi, ecc. E quindi vorrei dire che il cons. Odorizzi si è collocato su questo tema teorizzando, proprio con una impostazione vista veramente da destra, teorizzando la pace sindacale fondata sul controllo delle lotte operaie, sul controllo del diritto di sciopero, attraverso forme arbitrali, attraverso forme, se non arbitrali, par-arbitrali, ma comunque burocratiche, facendo accenno a quanto è avvenuto in altri paesi. Su questa questione io non devo tanto richiamare posizioni del partito comunista, che sono ben note, devo semplicemente rifarmi a quanto dicono i sindacati, tutti i sindacati, non solo la CGIL, ma la CISL, la UIL, i quali rifiutano ogni e qualsiasi forma di imbrigliamento dell'autonomo potere contrattuale dei sindacati; i quali possono essere in parte divisi sul giudizio circa la programmazione, ma per quanto riguarda l'autonomia dei sindacati e la loro libertà di intervenire o non intervenire in ordine alla situazione economica le posizioni dei sindacati sono assolutamente chiare, per cui il cons. Odorizzi, prendiamone pur atto, si scontra con queste posizioni, con una parte stessa del movimento cattolico, anche sindacale, ma anche ritengo con la parte politica del movimento cattolico. D'altra parte io ritengo che queste affermazioni, in base alle quali lo sviluppo economico italiano e anche quello del Trentino - Alto Adige dovrebbe essere fondato sulla tranquillità dei datori di lavoro, tranquillità che deve essere data dal blocco delle retribuzioni, in sostanza, e dalla passività dei sindacati e dalla acquiescenza, degli operai, questa concezione ha ricevuto la più netta smentita da parte di forse uno dei maggiori organi competenti al riguardo, non certo sospetto di essere filocomunista: è il CNEL,

nel quale, sia pure a maggioranza, dopo un animato dibattito, è venuta fuori una linea opposta, e cioè una linea nella quale si afferma che è necessario stimolare i consumi; che non va guardato agli aumenti salariali come a qualcosa di nocivo all'economia nazionale in questo momento e una soluzione di maggioranza, la quale naturalmente ha isolato, invece, quelli che erano gli interessi della destra, della Confindustria, che si opponevano a questa impostazione. D'altra parte, portando il ragionamento al Trentino - Alto Adige, io ritengo che qui, particolarmente qui in questa zona depressa, una dinamica salariale e accentuata abbia benefici influssi sull'economia. Benefici influssi sull'economia perché stimola i consumi e perché dà la possibilità alle forze produttive inutilizzate di essere utilmente impiegate. Non possiamo ignorare il grave rapporto depositi e impieghi delle banche, non possiamo ignorare la disoccupazione, non possiamo quindi ignorare che due dei fondamentali fattori della produzione, cioè il Credito e cioè la forza lavoro, sono disponibili e affinché questi elementi vengano messi in produzione, è necessario senz'altro stimolare i consumi. D'altra parte non sono cose nuove queste, vale la pena di ripeterle, perché è necessario confutare determinate posizioni, ma è una cosa, questa, che data nel tempo non è certo una scoperta dei nostri anni, risale a Keynes.

Ma tuttavia valeva la pena di sottolineare questi elementi.

Detto questo e avviandomi alla conclusione, signori consiglieri, si pone la domanda: che cosa fare in questa situazione? Noi prendiamo atto che la Giunta regionale, in sostanza, una linea non ce la indica; la Giunta regionale non ci indica una linea di uscita. Si dice che le cose non vanno bene, si dice che

le cose forse potranno andar bene in futuro; forse, però è condizionato da tutt'altri elementi e anche le previsioni della stessa Confindustria non sono rallegranti al riguardo. Si dice che il Trentino - Alto Adige non ha risorse proprie tali da consentire la ripresa di un processo economico robusto; detto questo non ci dice più niente, non ci dice quale politica di prospettiva venga indicata. Noi una politica di prospettiva l'avevamo elaborata, signori consiglieri, quanto meno uno schema, un tentativo di politica di alternativa l'avevamo elaborato, e alludo a quel progetto, a quello schema di piano per lo sviluppo economico del Trentino - Alto Adige, che avevamo fatto pervenire a tutti i consiglieri e sul quale avevamo anche consultato diversi partiti. Quel piano si fondava su postulati e su elementi chiari, cioè sulla rivendicazione che, attraverso l'art. 60, tutte le imposte e le tasse di cui all'art. 60 venissero fermate in regione per sovvenzionare un piano di sviluppo economico sociale. Ci si fondava su una norma statutaria importante, si faceva in modo che queste entrate avvenissero attraverso lo Statuto, attraverso una voce dello Statuto, quindi risolvendo anche le questioni della competenza, dei conflitti di competenza con lo Stato; si prevedeva un'opera di programmazione e di elaborazione decentrata, dando il massimo di funzioni che fosse possibile alle Province; si prevedevano i consorzi dei comuni o zone omogenee. Era un'impostazione la quale traeva frutto anche dalla esperienza di altre regioni, come la Sardegna; era fondata sulla valorizzazione dello Statuto regionale, degli istituti autonomistici, e da calcoli fatti risultava che i mezzi finanziari che si sarebbero potuti acquisire dovevano essere ritenuti sufficienti per far fronte alla situazione. Questo contributo che noi inten-

devamo porre all'attenzione, al vaglio, alla critica o all'apprezzamento dei vari consiglieri, questo contributo mi sembra non sia stato sufficientemente apprezzato, come doveva essere apprezzato in fondo, perché era l'unica proposta organica che veniva fatta, e noi saremmo stati lieti di esaminarne delle altre e di confrontarle, e di abbandonare magari la nostra e abbracciare l'altra. Non facevamo questioni di prestigio, evidentemente. Tuttavia, cosa si è preferito fare in alternativa a ciò? In sostanza seguire il moto delle cose, senza dirigere, controllare il moto delle cose stesse, in modo che ora ci troviamo alle soglie dell'approvazione del programma quinquennale, senza avere nè uno strumento per quanto riguarda gli organi di piano, nè delle previsioni economiche e dei contropiani di carattere economico e sostanziale da contrapporre. Ci troviamo quindi senza forza e senza idee, di fronte a una situazione di carattere nazionale che si va muovendo e che minaccia di comprimere ulteriormente i nostri interessi. Noi su questo nostro piano di alternativa insistiamo; insistiamo, non fosse altro perché esso, ripeto, si rifà a delle esperienze positive di altre regioni, non fosse altro, anche perché esso indica la nostra buona volontà, la nostra volontà positiva di affrontare i problemi, non solo attraverso la critica, ma anche attraverso delle controproposte, delle linee d'alternativa; è ciò che il partito comunista italiano si sforza di fare da molto tempo, cioè una politica positiva, non una mera azione di demolizione. Insistiamo, sottoporremo ai sindacati questo piano, faremo in modo che esso venga confrontato con le previsioni del piano Pieraccini, in modo che si veda da che parte vengono proposte positive, da che parte invece vengono soluzioni e proposte che urtano duramente contro gli inte-

ressi di tutte le nostre popolazioni. Ma da quanto ho esposto finora — e qui veramente concludo, signori — da quanto ho esposto finora, che giudizio si può dare, complessivo di questa Giunta regionale di centro sinistra? Su questi grossi temi, su questi temi importanti, dov'è il peso del partito socialista? Dov'è il peso del partito socialdemocratico? Da quali nuove iniziative, da quali nuove strade si vede la presenza di questi due partiti, che pur rappresentano una parte importante del movimento operaio nel Trentino-Alto Adige? Noi non lo vediamo, signori! Abbiamo preso atto che dall'assessore, un socialista, sono state fatte determinate leggi o modificate determinate leggi in campo sociale. Abbiamo votato anche noi per queste leggi, abbiamo proposto degli emendamenti, parte dei quali sono stati anche accettati. Noi queste cose le apprezziamo, signori, ma queste sono un dettaglio rispetto alla mole dei problemi che ci sono davanti, se si vuole effettivamente intendere la Regione come un organo di autogoverno locale, il quale praticamente esamina i problemi a tutti i livelli e non si ritiene estraneo ad alcun problema della nostra gente. L'elemento fondamentale, quello del progresso economico e sociale, viene, in sostanza, ignorato. Si lascia che il meccanismo in atto, l'inesorabile meccanismo in atto delle leggi di mercato che operano in campo nazionale potenziate dal governo, prosegua, ben sapendo che chi ne farà le spese, come le ha fatte per il passato, sarà sempre la nostra regione, quale regione marginale, quale regione destinata ad essere ulteriormente marginalizzata. Quindi la carica, la volontà politica del partito socialista di fare qualcosa di nuovo, di cambiare, di ingaggiare una battaglia, di appoggiarsi, eventualmente, alla sinistra democristiana, qualora sia esistente o

sia abbastanza forte al riguardo, questo tentativo di spostare un asse politico a sinistra, non si ravvisano; non ci sono proposte, non ci sono idee, e il partito socialista su queste cose non si è qualificato. Io tendo a fare una analisi dei fatti, della realtà, poichè è facile fare giudizi, dare giudizi su quanto uno pensa o non pensa. Guardiamo la realtà, e dalla realtà vengono gli ammonimenti e vengono le conclusioni, purtroppo. Da questo esame quindi ci sembra che derivi un ulteriore elemento negativo a carico della Giunta regionale di centro-sinistra e accanto a questa operazione di alleanza fra partito socialista e democrazia cristiana; alleanza che potrà avere degli sviluppi in futuro, stante la progettata unificazione fra partito socialista e partito socialdemocratico. Però quanti ritengono, sulla base dell'analisi delle cose attuali, quanti ritengono che questa fusione, qualora avvenisse, creerebbe uno strumento di condizionamento e in futuro di alternativa alla democrazia cristiana, io ritengo non abbiano vagliati attentamente i fatti, non abbiamo vagliato innanzitutto il fatto che la politica che contraddistingue intanto questi due partiti che vorrebbero unificarsi in futuro, è una politica di acquiescenza alla democrazia cristiana di non portare fatti risolutivi nuovi, e quindi si pone questa unificazione su un binario che è di soggezione alla democrazia cristiana e non di alternativa alla democrazia cristiana. Senza poi citare determinate dichiarazioni rese recentemente in Consiglio provinciale da un autorevole esponente socialdemocratico, il quale ha addirittura prospettato e teorizzato la funzione del nuovo partito unificato, in concorrenza col partito comunista, destinata a lottare contro il partito comunista, a conglobarlo, e non a condizionare la democrazia cristiana, perchè i voti della democrazia cri-

stiana fanno parte dell'area democratica e quindi è tabù il captare questi voti. Parlo di voti tanto per esemplificare un problema politico che certo non consiste solo nei voti ma in ben altri scontri di forze e in ben altre questioni. Quindi anche questo determinato giudizio sulla operazione di questa fusione, mi sembra che debba essere negativo. D'altra parte però noi diciamo che il partito socialista, durante tanti anni di vita, ha svolto nella regione Trentino-Alto Adige, nel Trentino particolarmente, ha svolto la funzione di principale oppositore alla democrazia cristiana, principale nel senso che era il partito più rappresentativo, più grosso, degli operai, dei lavoratori, e quindi ha una tradizione dietro di sé e quindi ha anche un determinato stato d'animo di coloro che vi aderiscono, determinate tendenze, che sono tendenze unitarie, che sono tendenze contrarie alla democrazia cristiana, non tendenze favorevoli alla democrazia cristiana. Anche con questa opinione pubblica, anche con questa tradizione, io penso che il partito socialista dovrà fare i conti nel momento in cui saltasse il Rubicone e arrivasse alla unificazione. Questi sono discorsi che non intendono ingerirsi nei problemi interni dei due partiti — noi non abbiamo mai messo il naso nelle questioni interne — ma vi sono problemi politici che hanno una portata ben più vasta e che riguardano tutte le forze politiche, e sotto questo profilo siamo autorizzati a dare anche noi il nostro giudizio. E il nostro giudizio, ripeto, è negativo, ma d'altra parte non è così negativo come si potrebbe presupporre, poichè nella base tra i lavoratori, nella tradizione, nello spirito di protesta antidemocratico, che esiste fra larga parte dei lavoratori, noi abbiamo fiducia. In esso noi confidiamo, e confidiamo che alla fin fine questo elemento

unitario, questo elemento veramente socialista si imporrà, prevarrà e aprirà la strada alla unità delle sinistre, e non alla discriminazione tra le forze di sinistra, in modo che allora si potranno raggruppare i lavoratori sulla linea del socialismo e si potrà effettivamente porre in essere una efficace alternativa allo strapotere della democrazia cristiana.

(Riassume la Presidenza il Presidente Bertorelle).

PRESIDENTE: Ha la parola il consigliere Jenny.

JENNY (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuerst eine grundlegende Frage: In wessen Namen spreche ich hier? Sie wissen, daß ich seit einigen Monaten von der Südtiroler Volkspartei in eine Art Limbus gesetzt worden bin — in der Meinung gewisser Leute so ungefähr eine Vorhölle — und daß man mir vielleicht demnächst oder gleich anschließend an meine Rede meine Gedanken und meine hier ausgesprochenen Ideen widerlegen möchte. Nun ganz eindeutig und klar: Ich spreche im Namen der Südtiroler Sozialdemokraten, eine Gruppe, die sich zusammengeschlossen hat, die klare Ideen und Programme hat und wahrscheinlich gezwungenermaßen auch in nächster Zeit immer konkreter und sichtbarer in das politische Leben des Landes eingreifen wird. Scherzhaft hat gestern der Assessor Albertini gesagt: « Jenny, Sie sind ein Anarchist! » Nun, ich glaube nicht, daß ein Chirurg ein Anarchist ist. Jeden Tag, bevor ich hierher komme und nachher, leiste ich eine Arbeit, die mit Anarchie gar nichts zu tun hat, sondern mit strenger Logik und Konzentration. Nun, was bewegt mich dazu, hier zu sprechen und welches Problem möchte ich konkret aufgreifen? Ich muß im Namen

meiner Freunde, im Namen meiner Wähler immer wieder das Problem aufgreifen, das uns Südtirolern und hoffentlich auch der Region am Herzen liegt. Es ist das Südtirol-Problem. Ich weiß leider, daß es der Mehrheit des hiesigen Regionalrates, zumindest in der Praxis, nicht sehr viel bedeutet. Und ich selbst finde es immer wieder paradox, daß man dieses Problem gerade hier in Trient behandeln soll. Ich glaube, ein anderer Ort wäre zweckmäßiger und besser. Aber gestatten Sie mir, daß ich konkret auf die aufgeworfenen Fragen eingehe, die der Herr Präsident des Regionalausschusses hier behandelt hat.

Ich habe gestern, bevor ich diese Intervention vorbereitet habe, meine Rede vom 12. Mai vorigen Jahres durchgesehen, in der ich, wie sich der Präsident erinnern wird, Kritik geübt habe, weil das Südtirol-Problem damals kaum erwähnt wurde. Ich bestätige ihm, daß er diesmal dreieinhalb Seiten dieser Frage gewidmet hat. Ich kann mich allerdings, ganz objektiv, ohne Aggressivität, damit nicht zufrieden geben. Er bietet uns sicherlich « *materia di profonda meditazione, concordia e di sforzi per la reciproca comprensione, ricerca di idonei soluzioni* ». Er sagt uns auch: « *L'unico strumento costituito dallo Statuto per responsabili interventi in questa materia . . . è questo voto.* » Dieses Votum habe ich leider nie gesehen. Wo ist es gescheitert? Wo ist es zugrundegegangen? Es wäre doch wirklich interessant und zweckmäßig gewesen, daß der Herr Präsident uns über das Schicksal dieses Votums berichtet hätte, von dem ich ja sehr wenig halte, das aber zumindest eine moralische Verpflichtung gewesen wäre. Sagen Sie uns ganz offen, in welcher Schublade dieses Votum gelandet ist, wer es zu Fall gebracht hat, was man darüber gesagt hat! Es wäre interessant und wichtig

und es wäre auch das, was die Wähler, zumindest die Bevölkerung, von uns verlangen können. Nun — gestatten Sie, daß ich es etwas kraß ausdrücke — in dieser Behandlung der Südtirol-Frage finde ich eigentlich eine Art Beileidserklärung an die Südtiroler: « *Meine Herren, ich wasche mir die Hände, mehr ist nicht zu machen. Das Fazit des Jahres 1965 ist Null — das steht hier eindeutig — und hoffen wir auf bessere Zeiten!* » Bitte, ich möchte mich nicht irren, aber ich glaube, das ist hier enthalten. Nun frage ich mich: Ist es möglich, daß die maßgebende Partei, die, wie ich weiß, in Rom über so mächtige Stützen verfügt, daß sie per Telefon den Ministerpräsidenten so quasi Weisungen gibt oder sie abberuft, ist es möglich, daß diese Mehrheitspartei nichts mehr hervorbringen kann als ein Votum? Das wird doch nicht glaubhaft sein und das glaube ich auch nicht. Wir wissen doch, daß die D.C. als tragende Regierungspartei immer wieder, zurückgreifend auf Degasperi, in den maßgebenden Stellen in Rom Trentiner hat. Und ich bin überzeugt, daß diese Leute, wenn sie wollten, weitaus mehr leisten könnten. Das ist nämlich ein schwerwiegender Punkt und eine wichtige Frage.

Ich will noch etwas hinzufügen: Ich finde, der Herr Dr. Odorizzi hat dieser Beileidserklärung noch den Spott hinzugefügt, indem er gesagt hat: « *Eigentlich geht doch alles ganz gut.* » Ja, es ist eigentlich ganz gut gegangen: Wir bekämpfen die Schildlaus und vielleicht die Peronospora gemeinsam und haben ganz gute Verwaltungsideen gehabt. Wir müssen uns um den Weinabsatz kümmern. Im Grunde genommen müssen wir uns nur ein bißchen bei der Hand nehmen; bitte, es gibt wohl kleine ethnische Reibereien, aber was spielt das für eine Rolle in der

Region? Es gibt ein bißchen Hunger bei den Arbeitnehmern, aber mein Gott, wenn die bösen Klassenkämpfer nicht wären, würden die Leute ja gar nicht merken, daß sie Hunger haben! Das ist überhaupt die ideale Geschichte, dieser Klassenkampf. Mich hat man auch schon gefragt: « Sind Sie für diesen Klassenkampf oder gegen diesen Klassenkampf? » Und da muß ich immer das wiederholen, was mir als witzige oder zumindest treffende Bemerkung erscheint: « Jawohl, ich lehne den Klassenkampf ab, den die Reichen systematisch gegen die Armen führen. Diesen Klassenkampf müssen wir entschieden ablehnen. » So ist die Geschichte. Nun, das wäre alles zu überwinden. Dr. Odorizzi hat gesagt: « Das ist alles nebensächlich, kleine Probleme, das werden wir doch regeln. Wir haben es doch bestens gelöst! » Nun, wie wir es gelöst haben, auf das werde ich zurückkommen. Ich hoffe auch, daß die berufenen Vertreter des Marxismus, also die Sozialisten, da energisch Position ergreifen werden, und ich hoffe auch, daß der Assessor Raffaelli in gewohnter Brillanz die Ideen des Herrn Odorizzi etwas geradepickt.

Alle diese Dinge erinnern mich so schön an diesen Song: « Tout va très bien, madame la Marquise », in dem Fall « monsieur le Président ». Zwar geben wir zu, daß das Regionalgebäude da und dort Risse zeigt, daß es am Dach auch fehlt, daß es da und dort hineinregnet — nicht in das Gebäude der Milliarden da drüben, sondern in die Institution —, ein Teil der Einwohner will in dieses Haus schon lange nicht mehr hineingehen, in den oberen Stöcken prügelt man sich, aber bitte, das ist alles nicht alarmierend! Manchmal gibt es sogar Tote — auch nicht so schlimm! Manche behaupten, das Gebäude kracht demnächst zusammen — aber

bitte, nur keine Beunruhigung! Es erinnert mich an die sehr schöne Paraphrase des Kriegsendes: « Die Lage ist hoffnungslos, aber keineswegs ernst! » Ich will jetzt besonders die gestrigen Darlegungen des Herrn Odorizzi, die ja bisher unwidersprochen geblieben sind, in dem Lichte wiedergeben, in dem ich sie sehe. Was kann man dazu sagen? Gestatten Sie mir, etwas zu zitieren, was — obwohl es auch zurechtgebogen und verfälscht werden kann — immerhin eine gewisse Objektivität hat: die geschichtliche Wahrheit. Ich muß mich wirklich auf diese geschichtliche Wahrheit berufen, weil das eine Basis ist, auf der man — wenn auch mit Meinungsverschiedenheiten — so doch den Verlauf der Dinge verfolgen kann. Ich möchte betonen, daß ich keine nationalitische und schon gar nicht eine Anti-Trentiner-Polemik damit einleiten will, absolut nicht. Das ist nicht der Zweck meiner Ausführungen und wenn ich kritisch und schonungslos sein werde, so werde ich es nicht in dieser allgemeinen Form sein. Gerade weil man dieses Südtirol-Problem immer wieder so nebensächlich findet, weil man es den Fragen der Schildlausbekämpfung und des Straßenbaues usw. gewissermaßen unterordnen möchte, gerade deswegen möchte ich eines wieder in Erinnerung bringen. Herr Dr. Odorizzi hat ja gesagt, er hält uns im großen und ganzen für blöd. Er sagt: « Wenn nicht die paar Leute wären, die "classe dirigente" versteht das nicht. » Also wenn man die Blöden gewissermaßen blöd sein läßt, ist auch die Sache erledigt. So ungefähr hat er es ausgedrückt. Ich kann ihm aber versichern, daß die Südtiroler Bevölkerung, zwar mit verschiedener Sensibilität, ein klares Bewußtsein hat, daß das Abkommen Degasperi-Gruber zum Schutz der Südtiroler Min-

derheit, man kann sagen der österreichischen Minderheit in Italien, gemacht worden ist. Es ist im Rahmen eines Internationalen Vertrages entstanden, der auf die bindenden Versicherungen und Zusagen zurückführt, die der italienische Staat noch im Jahre 1919 den Südtirolern gegeben hat. Es ist also eine verspätete Einlösung einer Versprechung, die an und für sich den Südtirolern durch den Vertrag von St. Germain gegeben wurde, als man dieser Minderheit damals das Selbstbestimmungsrecht verweigerte. Aus diesem Zweck und in diesem Sinne ist der Pariser Vertrag entstanden. Das ist die Wahrheit und das muß man einsehen. Es ist auch heute mit bestem Propagandaaufwand, Herr Dr. Odorizzi, nicht mehr möglich, die Sache umzudrehen; dieses Bewußtsein ist bei uns schon tief eingeprägt.

Der nächste Punkt ist polemisch und ich will ihn nur am Rande streifen. Sie kennen die Geschichte des Rahmens — ich habe den Text hier, ich brauche ihn aber nicht vorzulesen, auf diese Rhetorik will ich verzichten —; die ganze Frage entstand durch den berühmten Rahmen und in diesen berühmten Rahmen hat man auch die Trentiner hineingenommen. Man sagt, Degasperi hätte das mit einer List erreicht, « astuzia », hat der « Astrolabio » geschrieben. Nun, ich möchte sogar eines sagen: Wenn man die Gestalt Degasperis objektiv betrachtet, glaube ich, daß man ihm unrecht tut, wenn man ihm nur « astuzia » unterschiebt. Man muß nach meiner Ansicht den Mann, für den ich vielleicht nicht sehr viel empfinde, in seiner historischen Zeit und in seiner Entwicklung sehen: ein Mann, der Sprachen gesprochen hat, ein Mann, der in der toleranten Atmosphäre des Habsburger-Reiches — ich habe keine Sympathie für den Dr.

Habsburg, aber für die Institution der österreichischen Monarchie als Verwaltungsstaat — aufgewachsen ist . . .

DALVIT (Presidente della Giunta regionale - D.C.): (*interrompe*).

JENNY (S.V.P.): Jawohl, sehr richtig! Er war ein Mann also, der in der toleranten Atmosphäre jenes Vielvölkerstaates aufgewachsen ist, in dem, wie Sie wissen, die Einheit des Trentino und Südtirols in Form Tirols, Welschtirols usw. durch Jahrhunderte hindurch beste Ergebnisse gezeigt hat. Das wissen wir alle. Durch Zufall habe ich neulich die Geschichte Tirols von Herrn Egger gelesen und da sieht man, in welcher objektiven und korrekten Form sich das Zusammenspiel der Trentiner und der Südtiroler, überhaupt des ganzen Tirolerstammes — wollen wir es so nennen, wie er damals bezeichnet worden ist —, abgewickelt hat. Sie wissen auch, daß diese Einheit Jahrhunderte gedauert hat. Und Sie wissen auch, daß selbst die Trentiner in diesem Rahmen eine Freiheit gehabt haben, die sicherlich fern von jeder Rassenverfolgung und von jeder Diskrimination war. Das sind geschichtliche Wahrheiten und darüber brauchen wir uns nicht hinwegzutäuschen.

CONSIGLIERE: (*Interrompe*).

JENNY (S.V.P.): Nun, ich bin überzeugt, daß Degasperi vielleicht aus dieser Sicht heraus es für möglich gehalten hat, daß sich diese historische, zumindest durch Jahrhunderte hindurch andauernde gute Nachbarschaft und gute Beziehung im Rahmen eines gemeinsamen Statutes durchsetzen möge. Er war kein Nationalist, das wissen wir ganz sicher. Er war einer derjenigen Europäer wie

Schuman, Adenauer usw., die ehrlich, glaube ich, an die Möglichkeit eines geeinten, nicht-nationalistischen Europas gedacht haben. Deshalb kann vielleicht seine These von gutem Willen und gutem Glauben getragen worden sein. Nur hat er, der lange Zeit nicht mehr hier gelebt hat, vergessen, daß inzwischen der Nationalismus die Beziehungen besonders zwischen den Trentinern und den Südtirolern weitgehend vergiftet hatte. Das hat der Kollege Mognoni gestern sehr eindeutig und klar aufgezeigt. Der Nationalismus hat schon vor dem ersten Weltkrieg begonnen, er hat die k.u.k. Monarchie gewissermaßen zerstört, hat also überall den nationalen Gegensatz hineingebracht, den der Faschismus noch zur « esasperazione » gebracht hat. Als man dieses Statut entworfen hat, war es ganz klar, als man aber versucht hat, es in die Wirklichkeit umzusetzen, war eine weitgehende Entfremdung entstanden. Die gute Nachbarschaft zwischen Trentino und Südtirol war durch den Faschismus weitgehendst zerstört. Die Südtiroler hatten erfahren, daß man sie durch 25 Jahre hindurch mit allen Schikanen und mit aller Brutalität zu assimilieren versucht hatte. Es hat natürlich auch im Trentino faschistische Bewegungen gegeben. Das waren also Dinge, die von vornherein die von Degasperis gezeichnete europäische Zusammenarbeit schwer belasteten. Aber vielleicht wäre es gelungen, diese historische Einheit wieder herzustellen, wenn sich die Trentiner Mehrheitspartei ihrer Verantwortung und ihrer Aufgaben gegenüber der Südtiroler Minderheit bewußt gewesen wäre, wenn sie die Rechte und Pflichten der schwer geschädigten, in ihrer Entwicklung behinderten Südtiroler Minderheit verstanden hätte, wenn sie imstande gewesen wäre, die Rechte dieser Minderheit kraft ihrer Italia-

nität einerseits, ihrer guten Beziehungen zur Zentralregierung und ihrer exakten Kenntnis der lokalen Verhältnisse andererseits energisch zu vertreten. Das wäre eine Möglichkeit gewesen. Es wäre auch nötig gewesen, dieser durch den Faschismus in ihrer Entwicklung offensichtlich gehemmten Minderheit wieder aus ihrer sozialen und wirtschaftlichen Rückständigkeit herauszuhelfen. Ich habe letztes Jahr einen Vergleich gebracht: Man kann einem eine Ohrfeige geben und ihm dann vorwerfen, er habe ein schiefes Gesicht. Und so, leider, ist es hier geschehen. Ich will jetzt nicht die ganze Entwicklung aufzeigen. Aber wenn man die Sache verfolgen will, muß man bei der Wahrheit bleiben, so unangenehm sie auch sein mag, so unangenehm sie auch dem Herrn Odorizzi sein mag, der ja an dieser Entwicklung entscheidend mitgewirkt hat. Jedenfalls hätte man der Südtiroler Bevölkerung das Vertrauen wiedergeben müssen; dieses Vertrauen in den italienischen Staat, in die italienischen Institutionen und besonders in die Regionalinstitution wiederherzustellen, dazu wären die Trentiner berufen gewesen. Was hat man aber getan? Es ist keine rhetorische Frage, wenn man antworten muß: Man hat in sehr kurzsichtiger Eigennützigkeit die Autonomie ohne und zum Teil gegen die Südtiroler aufgebaut. Man hat lange Zeit eine gewisse Assimilierungspolitik noch geduldet. Aber dann die Sprache! Gestatten Sie mir, Herr Präsident, daß ich sage, Sie sprechen kein Wort deutsch oder kaum. Das ist paradox und lächerlich. Ich werfe es Ihnen nicht vor, aber es gehört zu den elementarsten Voraussetzungen für die Achtung einer Minderheit, daß man deren Sprache kennt. Schauen Sie den Beamtenstand an, schauen Sie unsere höheren Stäbe an; wie stark sind wir dort vertreten? Schauen

Sie auch die industrielle Entwicklung an! Man wird mir vorwerfen: « Ihr seid selber daran schuld! » Ich werde darauf auch noch zurückkommen. Aber ich finde manchmal, daß man die Rückständigkeit der Südtiroler in diesem Sinne geradezu ausgenützt hat, daß man sie, was ich so deutlich aus den Worten des Herrn Odorizzi heraushöre, mit einer gewissen « sufficienza » behandelt hat, daß man ihnen so ab und zu einen Brocken, einen Knochen, hinwirft, daß man nie einen Geist der Großzügigkeit gezeigt hat. Alle Konzessionen mußten in ewig langen Diskussionen erkämpft werden.

CONSIGLIERE: (*Interrompe*).

JENNY (S.V.P.): Dies ist die effektive Entwicklung, die leider stattgefunden hat. Ich will diese Polemik jetzt nicht ad absurdum führen. Aber wenn Herr Odorizzi jetzt sagt: « Ja, es ist alles gut gegangen! », dann erinnern Sie sich doch an die Durchführungsbestimmungen! Ich weiß, daß in dem Moment, in dem man in Rom die Durchführungsbestimmungen festgesetzt hat, man schon die Seiten mit den juridischen Einwänden eingelegt hat, die man im Notfall gegen diese Durchführungsbestimmungen vorbringen könnte. Man kann also gut einen Vertrag machen, es kommt nur darauf an, in welchem Geist er gehalten wird. Und wenn man merkt, daß man mit juridischen Spitzfindigkeiten gerade das Gegenteil von dem erreichen will, was gemacht werden sollte, so ist man — bescheiden ausgedrückt — verstimmt. Diese Verstimmung besteht und ist gerechtfertigt; sie ist nicht aus nationalem Haß und nicht aus einer Anti-Trentiner-Polemik entstanden, sondern aus dem Lauf der Tatsachen. Es ist vielleicht bedauerlich, daß

die Trentiner Rechtskräfte — Odorizzi gehört entschieden zu den Rechten — diese Entwicklung in der Hand gehabt haben, daß sie sie gesteuert haben und daß sie eigentlich dieser Autonomie jenen negativen Stempel aufgedrückt haben, der bis heute besteht und der einfach eine Hinhaltetaktik ist, ein Abwarten, ein Sich-alles-abluchsen- und -abkämpfen-Lassen. Um nicht polemisch zu werden und um in kein nationalistisches Fahrwasser zu geraten oder zumindest um nicht verdächtig zu werden, zitiere ich einen ganz unverfänglichen Mann: den Genossen Ballardini, der am 12. Oktober 1960 in der Kammer gesagt hat: « In che cosa è consistita la mancata applicazione dello Statuto di autonomia per la Regione Trentino-Alto Adige? Si è trattato forse di inosservanze marginali, di errori scusabili, di lentezze necessarie ovvero di sabotaggio programmatico, di una vera e propria politica di svuotamento dello Statuto di ogni suo autentico contenuto autonomistico? » Das sagt ein Trentiner Sozialist. « Purtroppo dobbiamo rispondere che si è trattato di una premeditata azione tesa a limitare l'applicazione dello Statuto per soffocare l'empito di autogoverno che esso doveva favorire per mortificare le istanze a cui esso doveva corrispondere. Noi chiediamo conto al Governo di questa politica che ha fatto fallire l'esperimento. La questione cessò di essere internazionale dopo l'Accordo Degasperi-Gruber. E' tornata internazionale dopo 12 anni di politica interna sbagliata. Quale giustificazione ci saprà dare il Governo del miserevole atteggiamento tenuto per molti anni a proposito dell'uso della lingua tedesca? Solo nell'agosto del 1959, come leggiamo dal Libro verde testé pubblicato dal Ministero degli Esteri, è stato disposto che l'art. 18 del T.U. delle leggi di pubblica sicu-

rezza non è applicabile nella provincia di Bolzano. Ma in che modo e con quale provvedimento ciò è stato disposto? Con una circolare ministeriale, cioè con un provvedimento illegittimo che costituisce il connotato tipico dello stato di polizia e come tale inefficace perché non potrà impedire ad un Pretore di applicare ugualmente il citato articolo di legge, magari in modo proprio o su denuncia di un privato cittadino. Non diversamente dobbiamo arrivare al gennaio del 1960 perché il nostro Governo emani le norme di attuazione in materia di uso della lingua tedesca nei procedimenti giurisdizionali, negli uffici tavolari, negli uffici di stato civile, negli atti notarili e nelle attività di polizia giudiziaria e tributaria. I primi atti di un'istruttoria penale tributaria ancora oggi vengono condotti nei confronti dei cittadini di lingua tedesca da agenti o sottufficiali di polizia tributaria o giudiziaria meridionali o che comunque non conoscono il tedesco, talché le possibili incomprensioni ed i probabili malintesi che si verificano in tale prima fase del procedimento, la più delicata, possono portare inconvenienti che non sempre sono emendabili nemmeno dalla prudenza di lingua del magistrato. E' stato necessario che la mia parte presentasse in Parlamento una proposta di legge tendente a concedere, quale incentivo, una indennità di bilinguismo ai dipendenti statali della provincia di Bolzano, perché il Governo presentasse a sua volta un analogo disegno di legge... » usw. usf. « Tali annunciati provvedimenti concessi con 12 anni di ritardo sono le prove concrete della lunga inadempienza e ormai purtroppo non servono ad annullare le punte deteriori dell'estremismo irrendentistico della S.V.P. » Das ist es, was Ballardini — ein Trentiner Sozialist — im Jahre 1960 in einer klaren und objektiven Kritik

der Region und der Regierung vorwirft und was besser als jede Polemik die ganze Argumentation des Herrn Dr. Odorizzi einfach umwirft und praktisch als falsch erklärt. Jetzt will ich noch den letzten wichtigen Punkt lesen: « Il ritardo ingiustificabile nell'emanazione delle norme di attuazione in molti articoli dello Statuto rappresenta una delle cause principali del deterioramento della situazione. Ancora oggi, in questo momento in cui vi parlo, nonostante il clamore che si è fatto attorno al problema, malgrado la corsa compiuta negli ultimi mesi dal Governo nel tentativo purtroppo inutile di guadagnare il tempo perduto, ancora oggi numerosi sono gli articoli dello Statuto non suscettibili di completa attuazione perché mancano le norme relative. E non sono dei meno importanti. Abbiamo già visto il caso scandaloso ed enorme delle competenze in materia di scuola. Ma altri articoli attendono di essere integrati: l'art. 58 che prevede il passaggio alla Regione dei beni demaniali, l'articolo 73 che contempla le modalità di approvazione delle leggi del bilancio, argomento come ognuno vede di capitale importanza, posto che nel bilancio della Regione si riflette l'intera vita politica ed amministrativa dell'Ente. Ebbene l'articolo è tale nel suo contenuto da far sorgere innumerevoli problemi di applicazione, uno dei quali, di valore squisitamente politico, è dato dal fatto che se il bilancio non viene approvato dal Consiglio regionale può essere approvato in sua vece dal Ministro dell'Interno senza alcuna conseguenza di carattere politico. Tale procedura è divenuta ormai una prassi e da ben tre anni (das sagt Ballardini im Jahre 1960) la Regione gestisce la sua finanza e realizza i suoi programmi sulla base di bilanci preventivi fatti dal Ministero dell'Interno. Si

chiama autonomia questa? Ciò è avvenuto perché mancavano le norme di attuazione dell'articolo ma soprattutto perché mancava una sensibilità democratica ai democristiani trentini che hanno attivamente collaborato con il Governo centrale per trasformare l'autonomia regionale in una burlatta. «Das hat der Herr Ballardini gesagt; ich habe es nur wiedergegeben. Auch ich frage mich: Ist das die Autonomie? Ist das die Verwirklichung dessen, was den Südtirolern, gerade den Südtirolern, im Rahmen dieser Autonomie effektiv zusteht? Ist es Autonomie, daß das Innenministerium die Bilanzen genehmigt? Ist das eine Lösung, die sich nun seit Jahren hinzieht? Und da sagt der Herr Odorizzi ganz froh und heiter: «Mit der Zeit wird sich das schon geben, mit der Zeit werden wir das schon regeln.» Wie? Wo? Wann? Ist das Autonomie, ist das eine korrekte Selbstverwaltung? Ich habe in Rom gehört, Degasperi soll einmal gesagt haben: «Liebe Trentiner! Regiert die Region, wie ihr wollt! Aber niemals ohne die Südtiroler!» De facto regiert man die Region seit Jahren ohne die Südtiroler. Ich will jetzt nicht die ganzen Umstände nennen, ich komme nur kurz darauf zurück. Wir können nur feststellen, daß wenn das das Ergebnis der langjährigen Bemühungen für eine autonome Politik ist, das ein katastrophales Ergebnis ist, ich möchte fast sagen ein Kadaver! Das kann man uns jetzt nicht als ein gelungenes Experiment verkaufen. Das kann man aber auch den Italienern, auch den Trentinern nicht als gelungenes Experiment hinstellen. Denn das sind ja auch vernünftige Leute, die sich — obwohl Herr Odorizzi gesagt hat: «Mein Gott, das kleine Volk weiß ja nicht recht, was los ist.» — auch manchmal überlegen werden: Wie stehen wir da? Wo ist die Ent-

wicklung? Wie geht das weiter? Ich kann nur das wiederholen, was der Kollege Molignoni gesagt hat: In Südtirol ist die Entwicklung jedenfalls so gegangen, daß sich das Verständnis zwischen den Volksgruppen konstant und progressiv verschlechtert hat, und daß diese Situation — das ist eine Diagnose — absolut schlechter ist als vor zehn Jahren, schlechter als zu Beginn dieses Regionalexperimentes. Es ist ganz klar, die Italiener und Südtiroler haben sich immer mehr auseinandergelebt, Mißtrauen und Haß beherrschen das Feld, jede ethnische Gruppe lebt in einem Getto, gegen das die Vernünftigen immer wieder anrennen, ohne durchzukommen. Und irgendwelche Terrorgruppen, die mit Südtirol überhaupt nichts zu tun haben, nützen diese ungelöste Situation zu Mordexpeditionen aus, die sie nur noch verschlechtern. Diese Unsicherheit reflektiert sich selbstverständlich in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Das ist der heutige Status.

Aber jetzt kommt die entscheidende Frage: Wer trägt vor allem die Folgen dieser Situation? Sehen Sie, Herr Dr. Odorizzi, diese Antwort sollten Sie sich wirklich — ich will jetzt nicht gehässig sein — merken. Nicht die Trentiner sind die ersten Opfer einer solchen Situation, sondern die in Südtirol lebenden Menschen — man wird mir jetzt wieder nationale Beweggründe unterschieben wollen, aber ich lasse mich nicht auf diesen Weg treiben —, und zwar die Südtiroler, die Italiener und die Ladinern in gleichem Maße. Sie sind es, die die unmittelbaren Folgen einer ungelösten politischen Situation zu tragen haben mit all dem Rattenschwanz der Komplikationen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Die Trentiner sagen: «Ja, wir spüren davon nicht viel. Ja,

lästig sind sie halt die Südtiroler, sie kommen ab und zu nach Trient und schreien im Regionalpalast, jetzt noch im alten, später im neuen kann man es vielleicht ein bißchen dämpfen. Aber im Grunde genommen ist es für uns nicht so tragisch. Wir sind ja nicht unmittelbar davon betroffen. Im übrigen müssen wir auf diese Leute immer ein bißchen aufpassen, sie sind nicht ganz zuverlässig.» Sehen Sie, diese Mentalität empfinden wir heute in Südtirol krasser denn je. Und ich freue mich, daß Mognoni sie in so objektiver und mutiger Form aufgezeigt hat, denn er hat bei seinen Leuten dasselbe Gefühl festgestellt. Es war nicht nur seine persönliche Stellungnahme, sondern die, die die «federazione» seiner Partei beschlossen hat: damit drückt er jene Unsicherheit, jenes Gefühl der Unklarheit und der Angst aus, das in Südtirol praktisch herrscht. Ich weiß, die Trentiner sind davon nicht so betroffen. Wie oft kommt einer von den Assessoren auf Blitzbesuch nach Bozen, schaut sich einmal das und einmal jenes an, ohne die Leute zu verstehen, ehrlich gesagt, kann er sich über diese ganzen Verhältnisse, objektiv und ohne Gehässigkeit, nicht genau orientieren. Der einfache Mann der Straße, ohne Rücksicht auf seine Nationalität, ist nicht so dumm, wie man ihn gerne haben möchte. Er merkt diese Unsicherheit und die Unsicherheit der Politiker. Er merkt, wie die Wirtschaft abwärts geht. Er merkt das schwindende Vertrauen. Ob die Politiker diese Dinge merken? Aber der einfache Mann weiß es, das kann ich Ihnen ganz objektiv sagen, das ist kein Geheimnis. Dem kann man nicht mit frommen Zitaten kommen; dem kann man nicht weiterhin sagen, daß er warten soll, daß das und das Gebet vielleicht hilft. Wir brauchen nur der Entwicklung zu folgen: die Wirtschaft, die

schlechten sozialen Zustände und die zunehmende Abwanderung aus Südtirol habe ich schon erwähnt, wobei noch andere Faktoren hinzukommen. Alle diese Dinge verschlechtern das Verständnis zwischen den Volksgruppen, die in Südtirol leben müssen und leben sollen. Den Mann der Straße können Sie fragen, ganz gleich wo: Es wird Ihnen der Italiener, der in Bruneck lebt, genauso wie der Südtiroler, der in Neumarkt lebt, die Situation klar und präzise erläutern. Er wird dann die Schuld bei dem oder jenem suchen, denn jeder gibt gerne die Schuld dem anderen, das ist bei den Menschen schon so üblich, aber immerhin ist die Diagnose richtig. Die Leute möchten Gerechtigkeit, Ordnung und Frieden. Es wäre aber falsch, wollte man die Schuld nur dem Unverständnis der Trentiner D.C. in die Schuhe schieben. Sicherlich hat sie als Mehrheitspartei und als numerisch stärkste Fraktion eine ganz entscheidende Mitschuld an dieser Entwicklung. Aber sicherlich — und das kann ich ganz objektiv sagen — ist das eigenartige Verhalten gewisser Rechtsgruppen in unserer Sammelpartei der S.V.P. an dieser Entwicklung auch schuld, weil die Rechtsgruppen diese Entwicklung zu einem hemmungslosen Nationalismus, zu einer hemmungslosen Diskriminierung in nationaler Hinsicht zum Vorwand genommen haben und nehmen, die keineswegs geeignet ist, das Zusammenleben zwischen den Volksgruppen zu fördern. Das muß hier gesagt werden, denn eine ehrliche Kritik muß auch bereit sein, die Fehler aufzuzeigen, die auf der eigenen Seite gemacht wurden. Als Arzt weiß ich auch, daß man vor der Behandlung einer Krankheit deren Ursachen ermitteln muß. Lesen Sie nur die Presse: Sie verteidigt Interessen, die als patriotisch hingestellt werden.

Wenn man näher hinsieht, sind es wirtschaftliche Interessen, ist es die Erhaltung eines sozialen Status quo, der von den Ereignissen überholt ist. Ich teile keineswegs die Meinung des Assessors Benedikter über die Wirtschaftsfragen. Das kann ich nicht, weil sie meiner Ansicht nach der Tod für eine fortschrittliche Entwicklung der Südtiroler Bevölkerung wäre, da sie bedeutet, daß wir wohl keine Zuwanderung mehr haben — vielleicht erreichen wir dadurch, daß 200 Italiener weggehen —, aber gleichzeitig auch, daß 2.000 Südtiroler abwandern müssen, weil sie nicht Brot und Arbeit finden. Darüber sind wir uns im klaren und diese Dinge will ich hier ganz offen sagen. Vielfach stecken auch wahltechnische Spekulationen dahinter: Es ist so schön, eine politische Monopolstellung zu haben! Ich verüble es niemandem, daß er sie bis zum letzten hält. Es wird nur gefährlich, wenn er sie auf Kosten der Entwicklung der Volksgruppe hält und auf Kosten jener Entwicklung, die dazu geeignet ist, aus Südtirol eine autonome Provinz zu machen, die im Rahmen des Staates ihre Aufgaben und ihre Möglichkeiten erfüllen kann. Es ist auch so schön, wenn man keine direkte Verantwortung übernehmen muß oder will und die Schuld diesem und jenem geben kann! Und die jetzige Unordnung im Regionalstatut liefert dazu die beste Gelegenheit. Man kann mit nationalem Pathos immer wieder darauf hinweisen, daß das Statut nicht verwirklicht worden ist, und man kann sich jeder eigenen Verantwortung entziehen. Bitte, das sind sehr kritische und scharfe Worte, aber sie müssen gesagt werden, wenn man eine objektive Stellung einnehmen will.

Und deshalb, weil wir Südtiroler Sozialdemokraten eine solche Politik entschieden ablehnen, sind wir heute praktisch aus dem

Leben der Sammelpartei ausgeschaltet worden. Wir sind aber überzeugt — und dies sei hier ganz offen gesagt —, daß wir unseren Weg gehen müssen und gehen werden, weil wir glauben, daß wir damit zugunsten der Südtiroler, aber auch zugunsten einer objektiven und friedlichen Lösung des Südtirol-Problems arbeiten werden. Unsere Stimme ist deshalb so machen ungelegen. Ich weiß es. Bedauerlich für einen gewissen Teil der SVP-Führung, weil damit ihre Monopolherrschaft auf dem Sektor des öffentlichen Lebens in Südtirol bedroht ist, weil man sich nun effektiv mit den neuen Kräften der zunehmenden Arbeitnehmer, der jungen Intelligenz, auseinandersetzen muß, weil man sich jetzt nicht mehr hinter nebelhaften Orakelsprüchen oder einer vagen Taktik verbergen kann. Nein! Man muß zu den aktuellen Problemen politischer, wirtschaftlicher, sozialer Art Stellung nehmen, weil wir uns auch erlauben werden, dazu etwas Konkretes zu sagen. Deshalb werden wir auch die Südtiroler Volkspartei zwingen, ihre Stellung einzunehmen, ob rechts oder links, auch wenn von links gar keine Rede sein kann.

Unsere Stimme, scheint mir, ist aber manchmal auch der Trentiner D.C. ungelegen, weil man das Spiel, das sich zwischen Bozen und Trient eingeführt hat, diese Art « mezzadria » bedroht sieht. Ich habe mich so oft gefragt: Wo stehen wir eigentlich als S.V.P.? Stehen wir in der Opposition? Stehen wir in der Regierung? Stehen wir an beiden Seiten? Das sind Fragen, die durch unser Auftreten — ich will mich nicht überbewerten, es ist gar keine Überheblichkeit — sicherlich eine Klärung finden werden. Die Konfusion, die heute herrscht, wird sicherlich etwas gemildert werden: man muß klare Stellungen beziehen.

Was sagen wir eigentlich zu den konkreten Problemen der Region? Aus der Diagnose, die wir gemacht haben, aus der Meinung, die wir darüber gewonnen haben, glauben wir, daß unser Herzens- und auch Lebensproblem, das Südtirol-Problem, sich in diesem regionalen Rahmen nicht gelöst, sondern eher verschlechtert hat. Mag sein, daß die Schildlaus abgenommen hat, mag sein, daß der Weinexport gestiegen ist, aber an den Menschen — und wir müssen die politische Wirksamkeit am Menschen messen, der Mensch ist für uns das Maß aller Dinge — hat sich diese Sache nicht positiv ausgewirkt. Was ist das Ziel, klar ausgedrückt? Jetzt zitiere ich die Meinung vom Bundesminister Kreisky, die eigentlich von allen vernünftigen Leuten geteilt wird — das ist die Meinung auch vom Präsidenten Saragat und jeder von uns hat sie in irgendeiner Form schon geäußert, es kommt nur darauf an, mit welcher Absicht —: « Das Ziel ist die Gewährung einer echten Selbstverwaltung an die Bevölkerung Südtirols in allen sie betreffenden Fragen und die Lösung des Problems im Geist der UNO-Charta. » Das sind klare, festumrissene, unzweideutige Forderungen, zu denen wir voll und ganz stehen. Sie schließen auch jede andere Interpretation aus. Ich habe den Minister Kreisky auch deshalb zitiert, weil er mitten im Wahlkampf in Tirol folgende klare Stellung genommen hat: « Selbstbestimmung ist für Südtirol nicht anwendbar. Man muß heute die Situation sehen, wie sie ist: Die Selbstverwaltung ist das, was wir in Südtirol erreichen müssen. » Das sind deutliche und klare Worte, die man als Grundlage nehmen muß, weil man von beiden Seiten — das habe ich auch in Rom feststellen können — immer wieder « in malafede », aber auch « in buona fede » Zweifel an dieser ganzen

Entwicklung äußert. Ich bin mir klar und wir sind uns klar, daß die heutige Regionalform diese Idee nicht verwirklichen kann.

Ich habe das Gefühl, daß die Einschaltung Trients eine ständige Quelle von Mißverständnissen, Quengeleien und Unruhen und eigentlich eine ständige Ursache der Verfälschung der Autonomiebestrebungen ist. Das ist wiederum keine Polemik, das ist ein « dato di fatto ». Und Herr Molignoni hat das auch klar und deutlich ausgedrückt, als er gestern sagte: « Auch im deutschen Raum ist diese Idee klar verwurzelt, man kann sie nicht ausmerzen; die lokale Situation und die lokale Entwicklung spricht in diesem Sinne. » Ich möchte mir einen ganz banalen Vergleich erlauben: Mir kommt so vor, als ob Trient die Schwiegermutter im Leben eines jungen Paares spielen würde, die vielleicht im besten Glauben und mit finanziellen Mitteln das Paar so ein bißchen kommandieren und fördern möchte; diese Einschaltung eines dritten Partners — ich glaube, die Trentiner werden mir das nicht übelnehmen — erreicht sicherlich das Gegenteil von dem, was man wünscht. Sie wissen, Schwiegermütter sind wunderbar und man besucht sie gerne, wenn sie aber nicht ständig im Hause sind. Und das ist vielleicht bei uns auch so. Unsere Beziehungen würden bestimmt herzlich und viel inniger werden, wenn wir nicht ständig dieser Bevormundung, sei es nun im bösen oder im guten Sinne, ausgesetzt wären. Ich bin auch überzeugt, daß diese Nachbarschaft zwischen Trentino und Südtirol im Rahmen einer großzügigen Planung auf wirtschaftlichem Sektor durchaus zustandekommen wird. Das ist doch ganz klar. Warum soll man denn fünf Jahrhunderte praktisch Seite an Seite gelebt haben, trotz aller Verschiedenheiten der Kultur, trotz aller Verschiedenheit der

Sprache, warum sollen wir denn auf den nüchternen wirtschaftlichen Gebieten nicht zu einer Zusammenarbeit gelangen, die ohne « ombra di sopraffazione » — wie man so schön auf italienisch sagt — ist.

Wir sind auch diejenigen, die absolut die Autonomie der Provinz Trient fordern. Es ist auch klar: Die Trentiner haben diese Autonomie schon traditionsmäßig, sie haben ein Recht darauf. Ich verstehe manchmal ihre Angst, wenn es sich um Angst handelt. Sie fürchten, daß in dem Moment, in dem man die Region abschaffen würde, sie gewissermaßen zum Rang einer Provinz heruntersinken müßten, so wie es z.B. die Provinz Verona und jegliche andere italienische Provinz ist. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir die Beziehungen auf dieser Basis lösen werden. Aber das noch zu lösende Grundproblem ist wirklich die Gestaltung einer echten und vollkommenen Selbstverwaltung für Südtirol, die natürlich und logisch allen in Südtirol lebenden — nicht im Trentino, weil das Trentino ja außerhalb dieses Kreises steht — ethnischen Gruppen zugute kommen muß. Es ist ja gerade das, was man auch den Italienern der Provinz Bozen sagen möchte — schade, daß heute die Kollegin Menapace fehlt, weil sie in gewisser Hinsicht denselben « discorso » führen würde.

CONSIGLIERE: (*interrompe*).

JENNY (S.V.P.): Pasqualin? Ja, ich weiß nicht, ob Pasqualin mit Menapace konform geht. Oft kann man nicht sagen, ob es sich um « destra » oder « sinistra » handelt. Ich glaube aber, daß auch in der D.C. der linke Flügel zu diesen Problemen offener und klarer steht. Aber wie gesagt, das Problem ist, auch die Italiener davon zu

überzeugen und ihnen klarzumachen, daß diese Autonomie nicht gegen sie, sondern auch für sie da ist. Ich weiß, das große Problem, über das ich auch kürzlich in Rom debattiert habe, ist, der italienischen Bevölkerung Südtirols die Angst vor einer Majorisierung zu nehmen. Wenn also der Präzedenzfall wieder eintritt, den der Herr Odorizzi mit einem juridischen Trick so schön gerechtfertigt hat — d.h. wenn die italienischen Assessoren aus dem Landesausschuß austreten —, haben sie Angst, daß in Bozen dasselbe wie hier in Trient passiert: gar nichts!, und daß deshalb die italienische Gruppe ihren Einfluß und ihre Verantwortung nicht geltend machen könne. Ich habe mir gestern abend noch mit ziemlicher Gründlichkeit die Ergebnisse durchgelesen, die Kreisky und Saragat, d.h. die Experten in Genf, erzielt haben. Sagen wir es ganz offen: Da ist enorm viel drinnen! Ein Problem ist die internationale Verankerung, d.h. daß eine Garantie für die Südtiroler gegeben wird, und das zweite Problem ist die Verhinderung, daß die italienische Gruppe sozusagen majorisiert wird. Das sind die wesentlichen Grundprobleme, die in gutem Willen zu lösen sein werden.

Ich teile keineswegs die Meinung des Herrn Odorizzi, daß das alles sekundär sei und daß es auf die Leute ankomme. Das mag richtig sein, aber zuerst müssen die Gesetze da sein. Es ist sicherlich wahr, daß einer nicht stehen soll, aber es ist ganz gut, wenn das Gesetz da ist, das es bestimmt. Man muß also diese Institutionen schaffen, man muß sie fördern. Der Herr Albertini lächelt, weil er mir vorhin gesagt hat, er glaube nicht an die Möglichkeit einer objektiven Verwaltung der Südtiroler. Ich möchte ihm widersprechen. Eine Selbstverwaltung ist in einer auf die Provinz Bozen

beschränkten Region auch deshalb leichter, weil der ethnische Gegensatz nie mehr so stark wäre, weil auf dem deutschen Sektor eine Liberalisierung eintreten würde, die auch den Italienern nur zugute kommen würde. In einer Zeitung, die ich erst kürzlich bekommen habe, im « Astrolabio », steht ein sehr interessanter und schöner Artikel: « I sogni della Farnesina ». Unter vielen richtigen Bemerkungen ist dort zu lesen: « All'indomani di un accordo incomincerebbe per l'Alto Adige un'autonomia che non solo dovrebbe avere i propri quadri tecnocratici ma le proprie ideologie e formazioni e forze politiche evidentemente diverse da quelle della vigilia. » Das sind klare Erkenntnisse, die mit normalem Menschenverstand zu erfassen sind. Ich weiß, vielleicht paßt es den Trentinern nicht, die Region zu verlieren, die sie so ein bißchen als « patrimonio proprio » betrachten. Ich glaube, daß auch die Schwierigkeiten, die man den Vorschlägen von Herrn Molignoni entgegengehalten hat, leicht zu überwinden sind. Man meint, es könnte dann vielleicht noch schlimmer werden, weil sich der italienische Staat dann direkt einmischen würde. Nein! Wenn man die Berichte über die Ergebnisse der Verhandlungen von Genf durchliest, weiß man, daß dort zwischen Saragat und Kreisky unter anderem eine direkte Einschaltung der Südtiroler mittels einer ständigen Einrichtung in Rom erreicht worden ist, so daß immer, wenn im Ministerrat oder grundsätzlich in der Regierung Südtirol-Fragen besprochen werden, ein Vertreter der deutschen Minderheit dort anwesend ist. Das sind Sachen, die bereits erreicht worden sind. Natürlich, wenn man keine Lösung wünscht, ganz gleich wo man steht, dann kann man sie immer ablehnen,

dann treibt man das Spiel « tanto peggio, tanto meglio ». Das ist die Alternative.

Ich selber glaube auch nicht, daß bei den maßgebenden Kräften Italiens — eines Staates, der nach meiner Ansicht immer mehr nach links, zu einem demokratischen Sozialismus geht — an eine Assimilierung der Südtiroler in völkischer Hinsicht gedacht wird. Ich muß ehrlich sagen, auch in Rom gibt es noch alte Faschisten. Es gibt überall auf der Welt Leute, die in diesem Wahn leben. Aber im großen und ganzen herrscht bei den maßgebenden und höchsten Stellen — man braucht nur an den Herrn Aldo Moro zu denken — bestimmt nicht das Bestreben, eine Assimilierungspolitik zu betreiben. Bei denen also kann man es nicht finden und wird man es nicht finden, und gerade die Zeitungsnachrichten von heute bestätigen mir das indirekt; obwohl das, was Moro gesagt hat, in mancher Hinsicht absolut korrekt, richtig, positiv und zu unterschreiben ist. Es gibt da und dort noch Initiativen in diesem Sinne, z.B. diese Fernseh-Initiative, die einer überholten Ansicht entspringt und die meine Heiterkeit erweckt. Aber darüber werde ich ausführlich im Landtag Bozen sprechen. Auch hier hat man schon begonnen, Hebel in Bewegung zu setzen, um das zu ändern, auch weil diese ganzen Initiativen heute komplett nutzlos sind. Heute ist eine Assimilierungspolitik in diesem Sinne absolut nicht mehr möglich oder nur mit Gewaltmaßnahmen. Es ist ganz klar, daß, auch wenn die Südtiroler ihre Existenz im Rahmen des italienischen Staates anerkennen, ihnen trotzdem die kulturelle Zugehörigkeit zum deutschsprachigen Raum gewährleistet und offen sein muß. Das ist ganz klar; darüber gibt es keine Diskussion.

Das ist im wesentlichen das, was ich zu sagen habe. Man kann mir auch nicht sagen,

daß man abwarten soll, daß es morgen, übermorgen besser wird. Es wäre falsch und es wäre auch eine Verkennung der Notwendigkeit und der Dringlichkeit einer Sache, um die sich Leute wie Saragat, seinerzeit als Außenminister, und Kreisky monatelang bemüht haben, für die sie Lösungen gesucht und zum Teil auch gefunden haben. Aber ich sage noch etwas: Die schönsten internationalen Unterschriften sind nichts wert, wenn die Lösung nicht auf lokaler Ebene vorbereitet und getroffen wird. Ich habe das in Wien vor ungefähr einem Monat gesagt — ich wiederhole es auch heute noch: Es gibt kein noch so perfektes juridisches Abkommen, das alle Seiten des Südtirol-Problems lösen kann! Das kann nur der gute Wille! Hier soll etwas auf lokaler Ebene geschehen! Deswegen sage ich: Es ist mir zu wenig, Herr Präsident Dalvit, was Sie gesagt haben. Ich glaube, wir sind imstande, mehr zu leisten; wir sind imstande, mehr zu tun, wenn wir von den alten Schemas abgeben, wenn wir glauben, daß effektiv neue Möglichkeiten — und Sie sind ja auch, glaube ich oder hoffe ich wenigstens, der Meinung, daß es so wie jetzt wirklich nicht weitergehen kann — gefunden werden können. Wir glauben, daß die Schaffung der autonomen Region Südtirol das Grundlegende und Entscheidende ist. Und wir Südtiroler Sozialdemokraten können dazu ohne Überheblichkeit und ohne unsere Kräfte zu überschätzen sagen, daß wir zu einer aufrichtigen, konstruktiven Arbeit im Rahmen dieser Region Südtirol bereit sind.

Mann kann natürlich auch untätig bleiben; man kann diese Aufgabe den Außenministern überlassen; man kann das Problem, wie Malignoni gesagt hat, « incancrenire » lassen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte sollten alle, die hier sind, über-

zeugen, daß diese Lösung die schlechteste wäre, weil alle wissen, daß ein politisches Problem, das man ungelöst läßt, sich auf seine eigene Art löst und manchmal in einer Form, die die Politiker nicht beabsichtigt haben, manchmal auf Kosten der Interessen der lokalen Bevölkerung und oft in einer Form, die wir dann vielleicht gar nicht mehr beeinflussen oder steuern können.

Das ist alles, was ich sagen wollte. Ich glaube, ich habe maßvoll und klar unsere Absichten und unsere Wünsche ausgedrückt. Und ich muß noch einmal sagen, Herr Assessor Albertini: Als Anarchist können Sie mich schlecht einstufen. Bestenfalls können Sie sagen, ich sei ein Utopist, weil jeder Mensch, der einen guten Willen hat, der eine Möglichkeit sucht, der bereit ist Fehler aufzudecken, auch eigene, ein Utopist ist. Und letzten Endes glaube ich, ist jeder Sozialist in mancher Hinsicht ein Utopist; nur ist es eine Utopie, die sich durchgesetzt hat und die, wie ich hoffe, sich auch hier behaupten wird.

(Signor Presidente, Signore e Signori! Prima di tutto una domanda fondamentale: a nome di chi parlo? È noto che da alcuni mesi la S.V.P. mi ha confinato in una specie di limbo — nella mente di certa gente pressapoco un'anticamera dell'inferno — e che in un prossimo futuro od immediatamente dopo il mio intervento si vorrebbero confutare i miei pensieri e le idee che ho esposte. Lo dico ora chiaro e tondo: io parlo a nome dei socialdemocratici sudtirolesi, un gruppo che si è unito intorno a idee chiare e chiari programmi e che probabilmente in futuro interverrà, per necessità di cose, sempre più concretamente ed apertamente nella vita politica della Provincia. L'Assessore Albertini ha detto ieri per scherzo: Jenny Lei è un anar-

chico! Ora io non credo che un chirurgo sia un anarchico: ogni giorno, prima e dopo le sedute, io faccio un lavoro che non ha niente a che fare con l'anarchia ma è fatto di severa logica e di concentrazione. Che cosa dunque mi muove a parlare e qual'è il problema concreto che intendo affrontare? In nome dei miei amici, in nome dei miei elettori, devo continuare ad affrontare quel problema che sta a cuore a noi sudtirolesi, e, voglio sperarlo, anche alla Regione: il problema altoatesino. Purtroppo so che per la maggior parte del Consiglio regionale, almeno in pratica, questo problema non ha molta importanza; ed io stesso continuo a trovare paradossale che tale problema debba essere trattato proprio qui a Trento. Credo che un altro luogo sarebbe migliore e più adatto di questo. Ma permettetemi di affrontare in concreto il problema sollevato, problema che qui è stato trattato anche dal Presidente del Governo regionale.

Ieri, prima di preparare questo intervento, ho scorso il mio intervento del 12 maggio dello scorso anno, in cui, come il signor Presidente ricorderà, ho criticato il fatto che allora quasi non si era menzionato il problema altoatesino. Ricosco che quest'anno egli ha dedicato al problema tre pagine e mezza: obiettivamente, senza aggressività non posso comunque dichiararmene soddisfatto. Egli ci offre senza dubbio « materia di profonda meditazione, concordia e di sforzi per la reciproca comprensione, ricerca di idonee soluzioni ». Egli ci dice anche: « L'unico strumento costituito dallo Statuto per responsabili interventi in questa materia... è questo voto ». Purtroppo questo voto io non l'ho mai visto. Dove è naufragato? Dove è affondato? Sarebbe stato veramente interessante ed utile

che il Presidente ci avesse informati sul destino di questo voto, di cui io non ho un'alta opinione ma che almeno avrebbe costituito un impegno morale. Ci dica francamente in quale cassetto è finito questo voto, chi lo ha fatto cadere, che cosa si è detto in proposito! Ciò sarebbe interessante ed importante ed oltretutto sarebbe quanto gli elettori, od almeno la popolazione, possono pretendere da noi. Permetta ora che io mi esprima un po' grossolanamente: nel modo di cui trattare la questione altoatesina io vedo in fondo quasi condoglianze fatte ai sudtirolesi: « Signori miei io me ne lavo le mani, di più non si può fare. Il risultato dell'anno 1965 è zero, questo è chiaro, e vogliamo sperare in tempi migliori! ». Prego, non vorrei sbagliarmi, ma credo che proprio questo sia il contenuto. Ora mi chiedo: È possibile che il partito più autorevole, il quale secondo le mie informazioni, dispone a Roma di appoggi tanto potenti da dare telefonicamente in un certo qual modo istruzioni al Presidente del Consiglio dei ministri o da revocarle, è possibile che questo partito di maggioranza non sia in grado di partorire niente di più che un voto? Ciò è incredibile ed io non lo credo affatto. Sappiamo ormai che la D.C., quale partito di maggioranza e richiamandosi a Degasperi, ha sempre dei Trentini nei posti chiave di Roma. Io sono convinto che questa gente, se lo volesse, potrebbe fare molto ma molto di più. Questa è infatti una questione molto grave ed importante.

Voglio aggiungere ancora qualcosa: io trovo che l'avv. Odorizzi ha aggiunto alle condoglianze anche la beffa affermando: « In fondo va tutto bene ». Sì, in fondo è andato tutto piuttosto bene: noi lottiamo insieme contro la cocciniglia e forse la peronospora,

ed abbiamo avuto buone idee in campo amministrativo. Noi dobbiamo curarci del mercato per i nostri vini. In fondo dobbiamo soltanto darci una mano: c'è un po' di attrito per questioni etniche, ma che importanza ha ciò nella Regione? Gli operai fanno un po' la fame, ma Dio mio, se non esistessero i malvagi agitatori la gente non si accorgerebbe neanche di aver fame! Questa lotta di classe è addirittura una storia ideale. Anche a me è stato chiesto: « Lei è favorevole o contrario alla lotta di classe? ». Ed allora io devo sempre dare una risposta che mi sembra spiritosa od almeno appropriata: « Sì, io rifiuto la lotta di classe che i ricchi sistematicamente fanno ai poveri. Questa lotta di classe dobbiamo rifiutarla decisamente ». Così stanno le cose. Tutto ciò sarebbe superabile. L'avv. Odorizzi ha detto. « Tutto ciò è secondario, piccoli problemi che regoleremo. Li abbiamo risolti nel migliore dei modi, no? ». Ma sul modo come li abbiamo risolti tornerò ancora: io spero anche che i rappresentanti eletti del marxismo, cioè i socialisti, prendano energicamente posizione in proposito e spero anche che il collega Raffaelli, come al solito brillantemente, rimetta un po' a posto le idee dell'avv. Odorizzi.

Tutto ciò mi ricorda la canzone: « Tout va très bien, madame la Marquise... », in questo caso « monsieur le Président ». Noi ammettiamo che l'edificio della Regione mostra qua e là delle crepe, che anche il tetto è danneggiato e fa acqua da alcuni buchi — non il palazzo dei miliardi qui vicino, ma l'istituzione —, che una parte degli abitanti da tempo non vuole ormai più entrare in casa, che nei piani superiori ci si prende a botte, ma prego, tutto ciò non è per niente allarmante! Qualche volta ci sono perfino dei morti — neanche questo è grave!

Qualcuno afferma che l'edificio crollerà quanto prima, ma per favore non perdetevi la calma! Ciò mi ricorda quella bella parafrasi del dopoguerra: « La situazione è disperata ma non seria! ». Ho intenzione ora di presentare le dichiarazioni fatte ieri dall'avv. Odorizzi, che finora non sono state contraddette, nella luce in cui le vedo io. Che cosa si può dire su di esse? Permettetemi di citare qualcosa che, anche se può essere adattato e falsificato, ha pur sempre una certa obiettività: la verità storica. Veramente devo riferirmi alla verità storica perchè questa è una base su cui si può seguire, anche se con diversa opinione, il corso degli eventi. Vorrei sottolineare che non intendo con ciò introdurre una polemica nazionalistica ed ancor meno una polemica antitrentina; assolutamente non è mia intenzione farlo. Questo non è lo scopo delle mie dichiarazioni e se sarò critico e senza riguardi non lo sarò in questa forma generica. Proprio perchè si continua a trovare tanto secondario questo problema altoatesino, proprio perchè lo si vorrebbe in un certo modo passare in seconda linea in confronto alla lotta contro la cocciniglia ed alle costruzioni stradali, proprio per questa ragione vorrei riportarvi alla memoria una cosa. L'avv. Odorizzi ha affermato in fondo di considerarci tutti stupidi. Egli ha detto: « Se non fosse per quel paio di uomini, la "classe dirigente" questo non lo capirebbe ». Se dunque non ci si cura degli stupidi la faccenda è risolta. Pressapoco queste sono state le sue espressioni: io posso però assicurargli che la popolazione sudtirolese, anche se con diversa sensibilità, ha una chiara coscienza del fatto che l'Accordo Degasperi-Gruber è stato stipulato a tutela della minoranza sudtirolese, si può dire della minoranza austriaca in Italia. Esso è stato creato

nell'ambito di un trattato internazionale che si ricollega alle assicurazioni ed alle promesse fatte ai sudtirolesi dallo stato italiano ancora nel 1919. Si tratta dunque del ritardato adempimento di una promessa data praticamente ai sudtirolesi già col trattato di S. Germain, quando si rifiutò a questa minoranza il diritto di autodecisione. Per questa ragione ed in questo senso è nato il trattato di Parigi: questa è una verità e bisognerà ammetterla. Neanche con i migliori mezzi propagandistici è oggi ormai possibile, avv. Odorizzi, cambiare le carte in tavola; noi abbiamo ormai profonda coscienza di ciò.

Il prossimo argomento che tratterò è di natura puramente polemica ed io intendo accennarvi soltanto. Voi conoscete la storia della cornice — il testo ce l'ho qui ma non occorre che lo legga, voglio rinunciare a questa retorica —; tutta la questione è sorta dalla famosa cornice in cui si sono compresi anche i trentini. Si dice che Degasperi avrebbe raggiunto ciò con una « astuzia », come la chiama l'« Astrolabio ». Ora io vorrei perfino affermare che se si considera obiettivamente la figura di Degasperi, credo che gli si faccia torto anche soltanto volendogli attribuire un'« astuzia ». Secondo me bisogna vedere l'uomo, per cui io forse non ho molta tenerezza, nel suo periodo storico e nel suo sviluppo: un uomo che parla molte lingue, un uomo cresciuto nella tollerante atmosfera dell'Impero asburgico. Dico ciò nonostante non abbia alcuna simpatia per il dott. Habsburg, ma soltanto per l'istituto monarchico austriaco come amministrazione statale...).

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.):
(Interrompe).

JENNY: (Sì, giustissimo! Era dunque un uomo cresciuto nella tollerante atmosfera

dello Stato plurinazionale; come Lei sa, la unità del Trentino e del Sudtirolo sotto il nome di Tirolo e Tirolo italiano ha dato per secoli i migliori risultati. Questo lo sappiamo tutti. Ho letto per caso tempo fa la storia del Tirolo di Egger, in cui si legge come sia stata corretta ed obiettiva la forma in cui si è svolta la cooperazione dei Trentini e dei Sudtirolesi o di tutta la razza Tirolese, se vogliamo chiamarla come la si chiamava allora. Voi sapete anche che tale unità è durata per secoli; sapete che anche i trentini hanno avuto in questa compagine una libertà scevra di ogni persecuzione razziale e di ogni discriminazione. Queste sono verità storiche e non occorre che noi cerchiamo di passar oltre illudendoci).

CONSIGLIERE: (Interrompe).

JENNY: (Ora io sono convinto che Degasperi, da questo punto di vista, ha creduto possibile l'affermazione di questo storico, o almeno durato per secoli, rapporto di buon vicinato e di queste ottime relazioni nell'ambito di un comune Statuto. Egli non è stato un nazionalista, questo è certo, egli era uno di quelli europei, come Schumann, Adenauer, ecc., che hanno pensato sinceramente, credo, alla possibilità di un'Europa unita non nazionalistica. Per questo la sua tesi può essere stata sostenuta con buona volontà e in buona fede: soltanto egli per lungo tempo era vissuto altrove ed aveva dimenticato che nel frattempo il nazionalismo aveva profondamente avvelenato le relazioni fra i trentini ed i sudtirolesi. Ciò è stato detto ieri, chiaramente ed apertamente dal collega Molignoni: il nazionalismo era sorto già anteriormente alla prima guerra mondiale, esso in un certo senso ha distrutto la monarchia austro-unga-

rica, ha introdotto dappertutto i contrasti nazionalistici portati poi all'esasperazione dal fascismo. Alla sua progettazione lo Statuto era chiarissimo; quando però si è cercato di applicarlo, si verificò una profonda alterazione: i rapporti di buon vicinato fra il Trentino ed il Sudtirolo erano stati ormai quasi distrutti dal fascismo. I sudtirolesi erano venuti a sapere che per 25 anni si era tentato di assimilarli, con brutalità e con ogni mezzo. Naturalmente anche nel Trentino ci sono stati movimenti fascisti. Tutti questi erano fatti che già da principio ipotecavano quella cooperazione in campo europeo che De Gasperi auspicava. Forse però sarebbe riuscito nonostante ciò, ricostruire tale unità storica, se il partito di maggioranza trentino avesse avuto coscienza della sua responsabilità e dei suoi compiti nei confronti della minoranza sudtirolese, se esso avesse compreso i diritti ed i doveri di questa minoranza gravemente danneggiata ed ostacolata nel suo sviluppo, se esso fosse stato in grado di difendere con energia i diritti di questa minoranza, prima di tutto proprio grazie alla sua italianità, alle sue buone relazioni con il Governo centrale e non da ultimo grazie alla sua profonda conoscenza della situazione locale. Tutto ciò si sarebbe potuto fare. Inoltre sarebbe stato necessario aiutare questa minoranza, chiaramente ostacolata nel suo sviluppo dal fascismo, a superare la sua arretratezza in campo sociale ed economico. L'anno scorso ho fatto un paragone: si può dare uno schiaffo ad uno e poi rimproverargli di avere la faccia storta? Purtroppo qui è successo proprio questo. Non voglio ora riportare tutto lo sviluppo: se però si intende seguire la cosa bisogna attenersi alla verità per quanto essa sia spiacevole, per quanto ciò sia spiacevole all'avv. Odorizzi, il quale ha collaborato in modo deci-

sivo a tale sviluppo. In ogni caso si sarebbe dovuta restituire alla popolazione sudtirolese la fiducia; sarebbero stati i Trentini a dover ricostruire questa fiducia nello Stato italiano, nelle istituzioni italiane e specialmente nell'istituto della Regione. Che cosa si è fatto invece? Non si tratta di una frase retorica, quanto la risposta suona: con miope egoismo si è costruita la autonomia senza i sudtirolesi ed in parte contro di loro. Si è sopportata per parecchio tempo una certa politica di assimilazione. E poi la lingua! Mi permetta di farle osservare, Signor Presidente, che Lei non sa una parola di tedesco o quasi. Ciò è paradossale e ridicolo. Non Gliene faccio un rimprovero ma il conoscere la lingua della minoranza costituisce una delle premesse elementari del rispetto per questa minoranza. Veda un po' l'organico degli impiegati, i nostri più alti funzionari: qual'è la nostra rappresentanza in queste file? Veda un po' anche lo sviluppo industriale! Mi si rinfaccerà: « Ma la colpa è vostra! ». Ritornerò anche su questo argomento, ma qualche volta trovo che l'arretratezza dei sudtirolesi in tal senso è stata addirittura sfruttata, che li si è trattati, secondo quanto mi par di capire dalle parole del cons. Odorizzi, con una certa sufficienza, che si getta loro di tanto in tanto un boccone, un osso, che non si è mai mostrato uno spirito generoso. Ogni concessione ha dovuto essere addirittura strappata, in eterne discussioni).

CONSIGLIERE: (Interrompe).

JENNY: (Così purtroppo si sono svolte effettivamente le cose. Non voglio portare ora tale polemica all'assurdo, però se l'avv. Odorizzi afferma che è andato tutto bene, allora vi prego di ricordavi delle norme di esecuzione! So che a Roma,

quando si sono disposte le norme di attuazione, vi sono state introdotte anche le pargine con le obiezioni giuridiche che all'occorrenza si potrebbero opporre a tali norme d'attuazione. Si può fare dunque benissimo un accordo, tutto dipende però dallo spirito con cui lo si rispetta. E quando ci si accorge che con sottigliezze giuridiche si vuole raggiungere esattamente il contrario di quello che bisognerebbe raggiungere allora si è, per esprimersi blandamente, di malumore. Tale malumore esiste ed è giustificato: esso non è sorto dall'odio nazionalistico né da una polemica anti-trentina ma è nato dalla realtà. Forse è deplorabile che siano state le forze trentine di destra, ed Odorizzi appartiene decisamente alla destra, ad avere in mano tale sviluppo, che lo abbiano diretto e che abbiano impresso a questa autonomia quel marchio negativo che essa ha tuttora e che è semplicemente una tattica dilatoria, una attesa, un farsi strappare tutto con l'astuzia o con la lotta. Per non diventare polemico e per non lasciarmi trascinare su un terreno nazionalistico, od almeno per essere insospettabile, cito un teste inoppugnabile; il compagno Ballardini, che il 12 agosto 1960 ha detto alla camera: « In che cosa è consistita la mancata applicazione dello Statuto di autonomia per la Regione Trentino - Alto Adige? Si è trattato forse di inosservanze marginali, di errori scusabili, di lentezze necessarie ovvero di sabotaggio programmatico, di una vera e propria politica di svuotamento dello Statuto di ogni suo autentico contenuto autonomistico? ». Questo lo dice un socialista trentino. « Purtroppo dobbiamo rispondere che si è trattato di una premeditata azione tesa a limitare l'applicazione dello Statuto per soffocare l'empito di autogoverno che esso doveva favorire, per mortificare le

istanze a cui esso doveva corrispondere. Noi chiediamo conto al Governo di questa politica che ha fatto fallire l'esperimento. La questione cessò di essere internazionale dopo l'Accordo Degasperi - Gruber. È tornata internazionale dopo 12 anni di politica interna sbagliata. Quale giustificazione ci saprà dare il Governo del miserevole atteggiamento tenuto per molti anni a proposito dell'uso della lingua tedesca? Solo nell'agosto del 1959, come leggiamo dal Libro verde testé pubblicato dal Ministero degli Esteri, è stato disposto che l'art. 18 del T.U. delle leggi di pubblica sicurezza non è applicabile nella provincia di Bolzano. Ma in che modo e con quale provvedimento ciò è stato disposto? Con una circolare ministeriale, cioè con un provvedimento illegittimo che costituisce il connotato tipico dello stato di polizia e come tale inefficace perché non potrà impedire ad un Pretore di applicare ugualmente il citato articolo di legge, magari in modo proprio o su denuncia di un privato cittadino. Non diversamente dobbiamo arrivare al gennaio del 1960 perché il nostro Governo emani le norme di attuazione in materia di uso della lingua tedesca nei procedimenti giurisdizionali, negli uffici tavolari, negli uffici di stato civile, negli atti notarili e nelle attività di polizia giudiziaria e tributaria. I primi atti di un'istruttoria penale tributaria ancora oggi vengono condotti nei confronti dei cittadini di lingua tedesca da agenti o sottufficiali di polizia tributaria o giudiziaria meridionali o che comunque non conoscono il tedesco, talché le possibili incomprensioni ed i probabili malintesi che si verificano in tale prima fase del procedimento, la più delicata, possono portare inconvenienti che non sempre sono emendabili nemmeno dalla prudenza di lingua del magistrato. È stato necessario che la mia

parte presentasse in Parlamento una proposta di legge tendente a concedere, quale incentivo, una indennità di bilinguismo ai dipendenti statali della provincia di Bolzano, perché il Governo presentasse a sua volta un analogo disegno di legge . . . » ecc. ecc. « Tali annunciati provvedimenti concessi con 12 anni di ritardo sono le prove concrete della lunga inadempienza e ormai purtroppo non servono ad annullare le punte deteriori dell'estremismo irredentistico della S.V.P. ». Questo è quanto Ballardini, un socialista trentino, ha rimproverato nel 1960, in una critica obiettiva, alla Regione ed al Governo e ciò che meglio di qualsiasi polemica smonta semplicemente tutte le argomentazioni dell'avv. Odorizzi e dimostra praticamente come esse siano false. Voglio leggere ora l'ultimo importante punto: « Il ritardo ingiustificabile nell'emanazione delle norme di attuazione in molti articoli dello Statuto rappresenta una delle cause principali del deterioramento della situazione. Ancora oggi, in questo momento in cui vi parlo, nonostante il clamore che si è fatto attorno al problema, malgrado la corsa compiuta negli ultimi mesi dal Governo nel tentativo purtroppo inutile di guadagnare il tempo perduto, ancora oggi numerosi sono gli articoli dello Statuto non suscettibili di completa attuazione perché mancano le norme relative. E non sono dei meno importanti. Abbiamo già visto il caso scandaloso ed enorme delle competenze in materia di scuola. Ma altri articoli attendono di essere integrati: l'art. 58 che prevede il passaggio alla Regione dei beni demaniali, l'art. 73 che contempla le modalità di approvazione delle leggi del bilancio, argomento come ognuno vede di capitale importanza, posto che nel bilancio della Regione si riflette l'intera vita politica ed amministrativa dell'Ente. Ebbene l'articolo

è tale nel suo contenuto da far sorgere innumerevoli problemi di applicazione, uno dei quali, di valore squisitamente politico, è dato dal fatto che se il bilancio non viene approvato dal Consiglio regionale, può essere approvato in sua vece dal Ministro dell'Interno senza alcuna conseguenza di carattere politico. Tale procedura è divenuta ormai una prassi e da ben tre anni (questo lo dice Ballardini nel 1960) la Regione gestisce la sua finanza e realizza i suoi programmi sulla base di bilanci preventivi fatti dal Ministero dell'Interno. Si chiama autonomia questa? Ciò è avvenuto perché mancavano le norme di attuazione dell'articolo ma soprattutto perché mancava una sensibilità democratica ai democristiani trentini che hanno attivamente collaborato con il Governo centrale per trasformare l'autonomia regionale in una burletta ». Anch'io mi domando: è un'autonomia questa? È questa la realizzazione di quanto spetta effettivamente ai sudtirolesi, proprio ai sudtirolesi, nell'ambito di questa autonomia? È autonomia, quando il Ministero dell'Interno approva i bilanci? È una soluzione questa, che si trascina da anni ed anni? E qui l'avv. Odorizzi dice sereno e contento: « Col tempo si risolverà tutto, col tempo regoleremo tutto ». Come? Dove? Quando? È autonomia questa, è corretta autoamministrazione? Ho sentito a Roma che Degasperi avrebbe detto una volta: « Cari Trentini, governate la Regione come volete, ma mai senza i Sudtirolesi! ». Di fatto la Regione la si governa da anni senza i sudtirolesi. Non ho intenzione di rivangare ora tutte le circostanze, vi accennerò soltanto brevemente. Noi possiamo soltanto constatare che, se questi sono i risultati di lunghi anni di sforzi verso una politica autonoma, si tratta di risultati veramente catastrofici, quasi vorrei dire di un cadavere! Questo non si può affib-

biarlo a noi come un esperimento riuscito ma neanche agli italiani, neanche ai trentini si può presentarlo come un esperimento positivo. Anch'essi sono persone di buon senso e nonostante che l'avv. Odorizzi affermi che, Dio mio, il popolino non afferra bene che cosa sta succedendo, penseranno qualche volta: A che punto siamo? Dov'è il progresso? Come si va avanti? Io posso soltanto ripetere quanto ha detto il cons. Molignoni: nel Sudtirolo il progresso è stato comunque tale che la comprensione fra i due gruppi etnici è peggiorata costantemente e progressivamente e che questa situazione, e questa è una diagnosi, è assolutamente peggiore di quella di dieci anni fa, peggiore che all'inizio di questo esperimento regionale. È chiaro, le strade degli italiani e dei sudtirolesi sono andate sempre più dividendosi, ovunque regna la diffidenza e l'odio, ogni gruppo etnico vive in un ghetto contro le cui mura vanno a urtare i più ragionevoli senza riuscire a passare attraverso di esse. E bande terroristiche, che con il Sudtirolo non hanno niente a che fare, sfruttano questa situazione non risolta per intraprendere spedizioni omicide che contribuiscono a peggiorarla. Tale insicurezza si riflette logicamente sullo sviluppo economico e sociale. Questa è dunque la situazione attuale.

Ma ora arriva la domanda decisiva: chi sopporta in primo luogo le conseguenze della situazione attuale? Veda, avv. Odorizzi, di questa risposta Lei dovrebbe veramente prender nota, e non voglio essere astioso. Non sono i trentini le prime vittime di questa situazione, ma quelli che vivono nel Sudtirolo (ora mi si attribuiranno di nuovo moventi nazionalistici, ma non mi lascio trascinare per questa strada) e cioè i sudtirolesi, gli italiani ed i ladini in egual misura. Sono essi che

devono sopportare le conseguenze immediate di una situazione politica non risolta con tutto lo strascico delle sue complicazioni economiche e sociali. I trentini dicono: « Noi non sentiamo molto di tutto ciò. Che importanti questi sudtirolesi, arrivano di tanto in tanto a Trento e si mettono a gridare nel palazzo regionale, per ora ancora nel vecchio, più tardi nel nuovo si potrà forse smorzarli un po'. Ma in fin dei conti per noi è poi così tragico, noi non ne siamo direttamente colpiti. Per il resto dobbiamo sempre un po' badare a questa gente, non sono del tutto fidati ». Vedete, questa mentalità la sentiamo noi in Sudtirolo più intensamente che mai e sono contento che Molignoni la abbia presentata in una forma tanto coraggiosa ed obiettiva, poiché egli ha constatato la stessa sensazione fra la sua gente. Non è stata soltanto una presa di posizione sua personale ma anche quella decisa della Federazione del suo partito: con essa egli esprime quell'insicurezza quella sensazione di mancanza di chiarezza e di paura che praticamente regna in Sudtirolo. Lo so che i trentini non ne sono altrettanto colpiti. Quante volte succede che uno degli assessori venga per una visita-lampo a Bolzano, prenda visione una volta di questo ed una volta di quello senza capire la gente; detto francamente, egli non può orientarsi esattamente, obiettivamente e senza astio, su tutta la situazione. Il semplice uomo della strada, indifferentemente dalla sua nazionalità, non è così stupido come lo si vorrebbe. Egli si accorge di questa insicurezza e dell'insicurezza della classe politica. Egli si accorge che l'economia è in declino, nota che la fiducia sta scomparendo. Si accorgono gli uomini politici di tutto ciò? Ma l'uomo semplice lo sa; posso dirvelo in tutta obiettività, non è affatto un segreto. Non si può pascerlo

soltanto di belle frasi, non si può dirgli ancora che aspetti, che forse pregando si va avanti. Basta che seguiamo lo sviluppo delle cose: ho già accennato all'economia, alle cattive condizioni sociali, all'aumento dell'emigrazione nel Sudtirolo, ed a questi si aggiungono ancora altri fattori. Tutte queste sono cose che peggiorano la comprensione fra i gruppi etnici che devono vivere ed è bene che vivano in Sudtirolo. Potete porre la domanda all'uomo della strada in qualsiasi luogo: tanto l'italiano che vive a Brunico quanto il sudtirolese che vive a Ora vi potranno spiegare chiaramente e con precisione la situazione. Essi daranno la colpa a questo o a quello, poiché ognuno dà volentieri la colpa all'altro, come è costume, ma la diagnosi è quella giusta. La gente desidera giustizia, ordine e pace. Sarebbe però sbagliato dare la colpa di tutto ciò soltanto all'incomprensione della D.C. trentina. Senz'altro essa, come partito di maggioranza e come gruppo consiliare numericamente più forte, ha una responsabilità decisiva in questo sviluppo: certamente però, e questo lo posso dire con altrettanta obiettività, anche la strana condotta di certi gruppi di destra nel nostro partito unico della S.V.P. è responsabile di questo sviluppo della situazione; i gruppi di destra hanno preso e prendono tale sviluppo a pretesto di un nazionalismo sfrenato, di una sfrenata discriminazione dal punto di vista nazionale, cose entrambe assolutamente inadatte a favorire la convivenza fra i gruppi etnici. Bisogna dire anche questo perché una critica onesta deve essere pronta a mettere in rilievo anche gli errori commessi dalla propria parte. Come medico so anche che prima di curare una malattia bisogna indagarne le cause. Leggete la stampa: essa difende interessi che vengono presentati come

patriottici. Se li si guarda più da vicino, si tratta di interessi economici, della conservazione di uno status quo sociale ormai sorpassato dagli eventi. Non condivido il parere dell'assessore Benedikter sulle questioni economiche. Non posso farlo perché esso secondo me significherebbe la morte per il progresso della popolazione sudtirolese; ciò significherebbe la cessazione dell'immigrazione, forse raggiungeremo anche la partenza di 200 italiani, ma contemporaneamente anche la forzata emigrazione di 2000 sudtirolesi che non troverebbero più qui lavoro e pane. Queste sono cose che sappiamo benissimo e che voglio dire qui francamente. Spesso dietro a tutto ciò si nascondono delle speculazioni di tecnica elettorale: è tanto piacevole godere di una posizione politica di monopolio! Non ne voglio a nessuno che cerchi di mantenerla fino all'ultimo: la faccenda si fa pericolosa soltanto quando si vuol mantenerla a spese dello sviluppo del gruppo etnico ed a spese di quel progresso che porterebbe il Sudtirolo a diventare una provincia autonoma, che nell'ambito dello Stato può adempiere ai suoi compiti e sfruttare le sue risorse. È tanto comodo non doversi addossare nessuna diretta responsabilità e poter dare la colpa a questo ed a quello! E l'attuale disordine nello Statuto regionale offre la migliore occasione di farlo. Si può continuare ad accennare con pathos nazionalistico alla mancata applicazione dello Statuto e sottrarsi ad ogni responsabilità. Prego, mi rendo conto che queste sono parole di critica tagliente, ma se si vuole essere obiettivi bisogna dirle.

Appunto perché noi socialdemocratici sudtirolesi rifiutiamo decisamente tale forma di politica siamo stati praticamente esclusi dalla vita del partito unico. Dobbiamo però esprimere qui chiaramente la nostra convin-

zione di dover andare avanti per la nostra strada, ciò che faremo senz'altro: questo perché crediamo di lavorare in favore dei sudtirolesi ma anche in favore di una obiettività e pacifica soluzione del problema altoatesino. Per questa ragione la nostra voce disturba qualcuno, questo lo so. Ciò disturba una certa parte della direzione della S.V.P., perché ne risulta minacciato il suo monopolio nel settore della vita pubblica in Sudtirolo, perché bisogna aprire un discorso con le nuove forze operaie che stanno aumentando di numero e con le nuove leve della cultura, perché non si può più nascondersi dietro oscure frasi da oracolo o dietro una tattica non ben definita. Basta! Bisogna ormai prendere posizione nei confronti degli attuali problemi di natura politica, economica e sociale, perché anche noi ci permetteremo di dire qualcosa di concreto in proposito. Per questo costringeremo la S.V.P. a decidere la sua posizione, di destra o di sinistra, anche se di sinistra non è proprio il caso di parlare.

Mi sembra però che la nostra voce sia qualche volta incomoda anche alla D.C. trentina, perché vi si scorge una minaccia al gioco che ormai si è affermato fra Trento e Bolzano, a questa specie di « mezzadria ». Spesso mi sono chiesto: qual'è la nostra posizione come S.V.P.? Siamo all'opposizione? Siamo al governo? Siamo in entrambi i campi? Queste sono domande che troveranno una risposta con l'approvazione del nostro partito, e non voglio sopravvalutarmi, non è affatto presunzione. La confusione che regna oggi ne sarà senz'altro alquanto mitigata: bisogna dichiararsi in tutta chiarezza.

Che cosa possiamo dire sui problemi concreti della Regione? In base alla nostra diagnosi ed all'opinione che ci siamo fatta, crediamo che il problema che ci sta più a cuore

e contemporaneamente anche il nostro problema vitale, il problema altoatesino, con la Regione non sia andato incontro ad una soluzione ma piuttosto ad un peggioramento. Può darsi che la cocciniglia sia diminuita può essere che l'esportazione dei vini sia aumentata, ma per l'uomo — ed è nei confronti dell'uomo che dobbiamo misurare l'efficacia politica di un sistema, l'uomo è per noi la misura di ogni cosa — gli effetti non sono stati positivi. Qual'è la mèta, per dirla chiaramente? Ora citerò il parere del Ministro Kreisky, parere che è condiviso da ogni persona ragionevole: questa è anche l'opinione del Presidente Saragat ed ognuno di noi l'ha già espressa in qualche forma, anche se con diverse intenzioni: « Il fine ultimo è la concessione di un'autentica autoamministrazione alla popolazione del Sudtirolo in tutti i campi che la riguardano direttamente, come pure la soluzione della questione nello spirito della Carta dell'ONU ». Queste sono esigenze, chiare, ben delimitate, affatto ambigue, che appoggiamo senza riserve. Esse escludono inoltre qualsiasi altra interpretazione. Ho citato il Ministro Kreisky anche perché egli nel corso della campagna elettorale nel Tirolo, ha fatto la seguente franca dichiarazione: « L'autodecisione è inapplicabile in Sudtirolo. Bisogna vedere la situazione quale essa oggi si presenta: l'autoamministrazione è quanto noi dobbiamo raggiungere in Sudtirolo ». Queste sono parole chiare e aperte, su cui bisogna basarsi, perché da entrambe le parti, come ho potuto constatare anche a Roma, si esprimono dei dubbi su questo sviluppo, talvolta in malafede ma anche in buona fede. Io so, noi sappiamo benissimo che l'attuale forma regionale non è in grado di realizzare quest'idea.

Ho la sensazione che l'ingerenza di Trento sia una fonte continua di incomprensioni, di querimonie, di agitazioni ed in fondo una continua occasione di falsificazione delle tendenze autonomistiche, e questa non è una polemica ma un dato di fatto. Il collega Molignoni ha espresso ciò ieri chiaro e tondo dicendo: « Anche nell'area tedesca tale idea è radicata profondamente e non si può eliminarla: la situazione locale ed il suo sviluppo depongono in tal senso ». Vorrei portare un paragone banalissimo: mi sembra che Trento si potrebbe paragonare alla suocera nella vita di una giovane coppia, suocera che forse con la migliore buona volontà e con mezzi finanziari vorrebbe comandare e tutelare un po' la coppia; tale ingerenza di terzi, e credo che i Trentini non me ne vogliano per quanto dico, raggiunge il contrario di quanto si persegue. Voi sapete che le suocere sono simpatichissime e si vanno a trovare volentieri, purché non le si abbia sempre in casa. Forse è questo che succede anche da noi: le nostre relazioni diventerebbero senz'altro più cordiali e più intime se non fossimo continuamente sottoposti a tale tutela, sia in senso buono che in senso cattivo. Io sono inoltre persuaso che fra il Trentino ed il Sudtirolo tale rapporto di vicinato verrà senz'altro realizzato nell'ambito di una vasta pianificazione in campo economico. Questo è chiaro. Poiché abbiamo vissuto per 5 secoli praticamente fianco a fianco, nonostante tutte le diversità di lingua e di cultura perché non dovremmo arrivare, nel campo concreto dell'economia, ad una collaborazione, che sia, come dice tanto bene l'Italiano, senz'ombra di sopraffazione?

Noi siamo inoltre fra coloro che assolutamente caldeggiavano l'autonomia per la provincia di Trento, ed è una cosa logica: i

Trentini godono ormai per tradizione di tale autonomia, ne hanno diritto. Io comprendo qualche volta la loro paura, se di paura si tratta: se si dovesse eliminare la Regione, essi temono di dover tornare al rango di Provincia, com'è per es. la provincia di Verona ed ogni altra provincia italiana. Ciò non elimina naturalmente la nostra intenzione di sciogliere i rapporti su questa base. Ma il problema che resta ancora da risolvere è veramente l'instaurazione di un'autentica e completa autoamministrazione per il Sudtirolo, autoamministrazione di cui naturalmente devono beneficiare tutti i gruppi etnici che vivono nel Sudtirolo, e non nel Trentino, perché esso si trova al di fuori di questa cerchia. E questo è proprio quanto vorremmo dire anche agli Italiani della provincia di Bolzano; peccato che manchi la signora Menapace perché in un certo senso farebbe lo stesso discorso).

CONSIGLIERE: (Interrompe)

JENNY: (Pasquelin? Non so se Pasquelin e Menapace siano dello stesso parere. Spesso non si può dire se si tratti di destra o di sinistra: io credo però che anche nella D.C. l'ala sinistra affronti più apertamente e con maggiore chiarezza questi problemi. Come ho già detto, la questione è però quella di far capire anche agli italiani che l'autonomia non è a loro svantaggio ma anche a loro vantaggio e di persuaderli di ciò. So che il grosso problema, su cui ho discusso anche poco tempo fa a Roma, è quello di togliere alla popolazione italiana in Sudtirolo la paura di essere messa in minoranza. Se dunque dovesse verificarsi il precedente che l'avv. Odorizzi ha giustificato con una sottigliezza giuridica, cioè se gli assessori italiani dovessero riti-

rarsi dalla Giunta provinciale, gli italiani hanno paura che si verifichi a Bolzano quello che si è verificato a Trento: assolutamente niente!, e che perciò il gruppo italiano non possa esercitare la propria influenza e la propria responsabilità. Ieri sera mi sono riletto piuttosto esaurientemente i risultati raggiunti da Kreisky e Saragat, cioè dagli esperti di Ginevra. Diciamo pure francamente che il contenuto è enorme. Uno dei problemi è quello dell'ancoraggio internazionale, cioè della garanzia per i sudtirolesi, ed il secondo problema è di evitare che il gruppo italiano venga per così dire messo in minoranza. Questi sono i più importanti problemi di base che bisognerà risolvere con buona volontà.

Assolutamente non condivido l'opinione dell'avv. Odorizzi, secondo cui tutto ciò sarebbe di secondaria importanza e dipenderebbe dalle persone. Questo può essere vero, prima di tutto bisogna però che esistano le leggi. E' senz'altro vero che non bisogna rubare, ma sarà bene che ci sia una legge che lo stabilisce. Bisogna perciò creare tali istituzioni, bisogna incoraggiarle. Il signor Albertini sorride perché mi ha detto prima di non credere a una possibilità di un'amministrazione obiettiva da parte dei sudtirolesi. Per parte mia vorrei contraddirlo: un'autoamministrazione in una Regione limitata alla sola provincia di Bolzano risulterebbe più facile, anche perché il contrasto etnico non sarebbe più tanto forte e perché nel campo tedesco si realizzerebbe una liberalizzazione che non potrebbe mancare di andare a favore anche degli italiani. In un giornale che ho ricevuto poco tempo fa, l'« Astrolabio », trovo un articolo molto interessante: « I sogni della Farnesina ». Fra le altre giuste osservazioni vi si legge: « All'indomani di un accordo comincerebbe per l'Alto Adige un'autonomia che non

solo dovrebbe avere i propri quadri tecnocratici ma le proprie ideologie e formazioni e forze politiche, evidentemente diverse da quelle della vigilia ». Si tratta di concetti chiarissimi, comprensibili al normale buon senso. So che forse ai Trentini non va di perdere la Regione che essi considerano un po' « patrimonio proprio ». Io credo che anche le difficoltà avanzate alle proposte del collega Mognoni siano facilmente sormontabili. Si può pensare che le cose peggiorerebbero ancora perché subentrerebbe una diretta ingerenza dello Stato. Invece, leggendo le relazioni sui risultati delle trattative di Ginevra, si viene a sapere che fra Saragat e Kreisky era stata raggiunta una diretta partecipazione dei sudtirolesi attraverso un organismo permanente con sede a Roma: così, quando il Consiglio dei Ministri o comunque il Governo avesse discusso questioni riguardanti il Sudtirolo, vi avrebbe sempre presenziato un rappresentante della minoranza tedesca. Queste sono cose ormai acquisite. Naturalmente quando non si auspica una soluzione, indipendentemente dalla posizione in cui si è, si può sempre rifiutarla e fare il gioco del « tanto peggio, tanto meglio ». Questa è l'alternativa.

Io stesso non credo che le forze più influenti dell'Italia attuale, di uno Stato che a parer mio sta andando sempre più verso sinistra, verso un socialismo democratico prendano in considerazione un'assimilazione etnica dei sudtirolesi. Devo ammettere francamente che anche a Roma esistono ancora vecchi fascisti, come esistono in tutto il mondo persone che vivono ancora in questa follia. In generale però, nelle posizioni più alte e più autorevoli non esiste senz'altro la tendenza — si pensi soltanto ad Aldo Moro — a praticare una politica di assimilazione. Non

è lì dunque che la si potrà trovare e che la si troverà, e proprio le odierne notizie di stampa mi danno di ciò indiretta conferma, anche se le parole di Moro sono per alcuni lati assolutamente corrette, giuste, positive e da sottoscrivere. Qua e là ci sono ancora iniziative in questo senso, per es. questa iniziativa televisiva, che nasce da una visione ormai superata e che desta la mia ilarità. Ma di ciò parlerò esaurientemente in Consiglio provinciale. Anche qui si è già cominciato a mettere in movimento delle leve per cambiare questo stato di cose, anche perché tutte queste iniziative sono oggi completamente inutili. Oggi una politica di assimilazione in questo senso è ormai assolutamente impossibile o possibile soltanto con misure coercitive. È chiaro che anche quando i Sudtirolesi riconoscano la loro esistenza nell'ambito dello Stato italiano, deve rimanere loro aperta e garantita l'appartenenza culturale all'area linguistica tedesca. Questo è chiaro e non occorre discuterne.

Questo è quanto ho da dire, per sommi capi. Nemmeno mi si può dire di voler attendere che domani o posdomani le cose migliorino. Sarebbe sbagliato e sarebbe oltre a ciò un disconoscere la necessità e l'urgenza di un problema su cui Saragat, allora Ministro degli esteri, e Kreisky hanno lavorato per mesi, cercando ed in parte anche trovando, delle soluzioni. Ma voglio dire ancora qualcosa: le più autorevoli firme internazionali non valgono niente se la soluzione non viene preparata e presa su piano locale. Ho detto questo a Vienna circa un mese fa e lo ripeto oggi: non esiste nessun accordo tanto perfetto dal punto di vista giuridico che sia in grado di risolvere tutti i lati della questione sudtirolese. Questo può farlo soltanto la buona volontà e qui bisogna fare qualcosa su piano

locale! Per questo affermo, Presidente Dalvit, che quanto Lei ha detto è troppo poco. Credo che siamo in grado di fare di più se ci scostiamo dai vecchi schemi, se crediamo che si possano veramente trovare nuove possibilità; ed io credo o almeno spero che anche Lei sia del parere che così non si può proprio più andare avanti. Noi crediamo che la creazione di una Regione autonoma nel Sudtirolo sia il fattore fondamentale e decisivo: e noi socialdemocratici sudtirolesi possiamo dire, senza presunzione e senza sopravvalutare le nostre forze, di essere pronti a collaborare apertamente e costruttivamente nell'ambito di questa Regione del Sudtirolo.

Naturalmente si può anche rimanere inattivi; si può lasciare questo compito ai Ministri degli Esteri; si può lasciare « incancrenire » il problema, come ha detto Molignoni. Le esperienze dei decenni passati dovrebbero convincere tutti i presenti che quest'ultima soluzione sarebbe la peggiore, perché tutti sanno che un problema politico lasciato insoluto si risolve a modo suo e talvolta in un senso che gli uomini politici non si erano prospettato, talvolta perfino a spese degli interessi della popolazione locale e spesso in una direzione che forse è poi impossibile influenzare o guidare.

Questo è quanto volevo dire. Credo di aver espresso con chiarezza e moderazione le nostre intenzioni ed i nostri desideri. E devo aggiungere ancora qualcosa, Assessore Albertini: difficilmente Lei potrà collocarmi fra gli anarchici. Nel migliore dei casi potrà chiamarmi un utopista, perché ogni uomo di buona volontà che cerchi una soluzione, che sia disposto ad additare errori, anche i propri, è un utopista. In fondo credo che ogni socialista sia per qualche riguardo un utopi-

pista: soltanto si tratta di un'utopia che si è affermata e che io spero si affermerà anche qui dentro).

PRESIDENTE: Facciamo dieci minuti di sospensione.

Ore 12.30.

Ore 12.47.

PRESIDENTE: La seduta riprende. La parola al cons. Mattivi. Altri consiglieri chiedono la parola oggi? C'è tempo perché il cons. Mattivi parla brevemente. Se non c'è nessun altro, io sospendo la seduta, però domani recupero il tempo perduto.

(Interruzione).

PRESIDENTE: Domani tutto il giorno, appunto, ma oltre l'orario previsto. Quindi se qualcuno ha da parlare, poi ha tempo un'ora ancora.

La parola al cons. Mattivi.

MATTIVI (D.C.): Nell'ampia panoramica del Presidente Dalvit a nessuno può sfuggire il ripetersi del tema che tratta di sicurezza sociale, che al di là di vedute etniche o di partito è quanto mai oggi attuale ed impellente.

Asserendo che il dovere della Giunta di centro-sinistra era ed è che questo piano di sicurezza sociale regionale vada man mano ad estendersi, a prendere forma nelle sue linee essenziali, gradualmente senza scosse pur in questo clima di congiuntura il quale sebbene a poco a poco vada rischiarandosi, presenta ancora note di stasi e di incertezza. Ripeto gradualmente, dopo aver attentamente studiato

il problema nella sua globalità cercando di risolvere i vari quesiti che si presentano e rapportandoli a quelli già risolti e a quelli ancora da risolvere perché alla risoluzione di un determinato problema altre nuove e varie situazioni possono presentarsi e veramente grave sarebbe il danno qualora esse non fossero a pieno valutate e rapportate, sia al problema in generale, sia al fattore uomo in particolare.

Lavoro duro, che può sembrare lento, ma che con piena responsabilità attentamente seguito dovrà dare i suoi frutti e primo fra tutti l'adesione della nostra gente, che trovando in esso valido e moderno elemento di difesa contro la malattia e la miseria e i bisogni umani, sente nello stesso tempo in esso la difesa della propria personalità e delle esigenze dello spirito.

Problema che va sviluppato al di là dei partiti e al di là dei problemi etnici e si dirà che è facile trovarsi d'accordo su queste iniziative, ma invece dico che non è. È facile in teoria, ma è difficile in pratica. Bisogna svestirsi di visioni aprioristiche basate più sulle teorie che non sulla realtà obiettiva di quella mentalità che vede l'uomo in funzione di sovrastrutture da creare, siano esse internazionali o locali.

Mentalità che sotto giustificazioni diverse è ancora e più che mai oggi presente anche nella soluzione di questi problemi. Bisogna invece vedere qui il problema dell'uomo, dell'uomo solo, della sua paura nel domani. La paura del domani che nei tempi ha spinto l'uomo a formarsi in gruppi, in tribù, in popoli. È oggi la paura di non comprenderci perché parliamo una lingua diversa, perché non abbiamo matrici di cultura eguali, più grande di quella paura che ci prende perché viviamo nei paesi moderni in cui la tecnica e

le più ampie esigenze di vita sociale ci costringono lentamente a trasformarsi in strumenti, in un vuoto senza anima, se non le vivifichiamo con esigenze nostre particolari e locali insopprimibili?

Lo spirito di europeismo della nostra gioventù che ci incalza ci fa comprendere come la vera paura che deve vederci uniti, è proprio quest'ultima illustrata dianzi. La paura cioè di una società astratta che pur nella lodevole visione di un benessere collettivo non tenga in giusto conto le esigenze locali e particolari nostre. Abbiamo la nostra autonomia regionale, non perfetta ma perfettabile, ci sono delle leggi di natura che hanno voluto che al di là di rapporti etnici esistesse una regione nella quale, per vari aspetti geografici ed economici, le nostre genti hanno eguali esigenze ed eguali aspirazioni.

Ingiusto sarebbe oggi esasperare una differenza etnica od operare solo in questo senso, quando lo spirito di una grande Europa unita è alle porte, e non valutare invece a pieno la forza dei due gruppi etnici nella difesa della libertà dell'uomo regionale visto come soggetto di interesse comune. Non si può oggi valutare la propria forza in virtù di differenze etniche che domani potrebbero valere nulla o ben poco e non considerare a voce il problema economico, politico-geografico regionale in una prospettiva comune proiettata in un futuro più lontano. Ragionevole risulterà sicuramente una sovrastruttura di gruppo etnico quando, un domani, saremo chiamati a difendere le nostre strutture economiche assieme e allora non vorrei che tale sovrastruttura non avesse creato una barriera insormontabile fra noi e non fosse nel tempo stesso il nostro comune tallone d'Achille.

La gioventù coi suoi ideali, quell'ideale di Europa Unita ci faccia meditare su tali problemi.

Il problema ospedaliero in Regione è problema comune delle due province. Si tratta di creare una rete ospedaliera efficiente in una situazione geografica particolare. Oggi la medicina con i suoi progressi sia nel campo delle ricerche che in quello della cura ha fatto sorgere la necessità di sviluppare ampiamente le cosiddette specializzazioni mediche. Gli ospedali sono tanto più efficienti oggi tanto più specializzazioni con reparti e relativi specialisti essi hanno. Altro interessante dato è l'enorme massa di cittadini che negli ultimi anni si reca agli ospedali con ricoveri che vanno dalla ricerca ed esami fino agli interventi più audaci e poco tempo fa impossibili.

In regione siamo passati da un tasso di ospedalizzazione che va dal 10,30% nel 1954, fino ad arrivare ad un tasso medio oggi di 13,38 su 100 cittadini. Altro dato importante è che oggi il 95% dei cittadini della regione risulta iscritto presso le varie Casse mutue di malattia.

Abbiamo assistito da ultimo alla nascita della Cassa Malattia Coltivatori Diretti nel 1954, alla Cassa Mutua Artigiani nel 1957, e quella commerciale nel 1960. Dati questi che fanno capire come oggi l'ospedalizzazione sia molto più facilitata che nei tempi andati. La necessità quindi, di nuovi ospedali efficienti risulta evidente, necessità dovuta al progresso, alla maggiore educazione sanitaria dei cittadini facilitata dalla presenza delle varie Casse Mutue di Malattia.

La Regione ancora nel 1959 varò un piano per la costruzione di nuovi ospedali e ammodernamento di quelli già esistenti con

una spesa nel quadriennio 1960 - 1964 di Lire 1.445.000.000.

Intervenire nel 1965 la legge dello Stato (maggio 1965, n. 574), oggi la situazione però necessita ancora di una spinta ed ecco che nelle dichiarazioni del Presidente della Giunta il piano decennale di aiuti all'Amministrazione ospedaliera che dovrebbe, accanto agli aiuti dello Stato, portare a termine l'opera di ammodernamento e di costruzioni dei nostri artigiani.

Le spese sono ingenti 1.445.000.000 come abbiamo visto nel 1964 oltre un miliardo saranno spese nel prossimo decennio, più sono da scrivere le spese a carico dello Stato.

Si dice oggi che l'*optimum* è di 12 posti-letto ospedalieri per 1.000 abitanti; 6 in ospedali per acuti e lungodegenti, 2 in convalescenziari, 1 in ospedali sanatoriali e 3 in ospedali neuro-psichiatrici.

Oggi in regione si è al rapporto di 7,4 posti-letto per 1.000 abitanti. Ci avviciniamo all'*optimum* con 4,8 per mille in ospedali per acuti e lungodegenti.

Interessante è osservare come i mutuatari oggi cerchino ricoveri ospedalieri in grandi centri quando, o si tratti di malattie di una certa gravità o di interventi chirurgici a tipo specialistico, mentre ricorrono all'ospedale della periferia per lo più con ricoveri a tipo pronto soccorso e maternità. Per cui si rende necessario valutare tale dato e vedere come disporre i vari reparti di specializzazione, i quali giustamente possono funzionare sia tecnicamente che economicamente se vivono in centri di grande afflusso e disporre a che gli ospedali di periferia risultino efficienti con reparti di medicina e chirurgia di pronto soccorso, maternità e lungodegenti (gerontocomi)

come la tecnica e la coscienza sanitaria oggi richiedono e una sana economia vuole.

Bisogna considerare oggi come le mutue abbiano contribuito alla formazione della coscienza sanitaria ed abbiano contribuito gradatamente all'alleggerimento dei bilanci comunali dal peso che sugli stessi gravava allorché la popolazione assistibile era limitata. Come le rette di degenza pagate dalle mutue abbiano nonostante certi giustificati ritardi, permesso alla gestione ospedaliera essere proiettate verso visioni più ampie di quanto le stesse non potessero, quanto per i pagamenti dovevano principalmente far capo ai comuni se non si aggiunge che con il pagamento dei compensi sanitari non dovuti dai comuni, la classe medica è stata maggiormente incentivata ad un'opera di collaborazione nell'ambito degli ospedali e nelle loro specializzazioni.

Giacché ho accennato al ritardo dei pagamenti il ritardo può derivare da diverse cause in quanto non è pensabile che enti che perseguono fini pubblici sottoposti alla vigilanza e tutela dello Stato e della Regione non paghino per dispetto, la vera causa va ricercata nelle disponibilità finanziarie degli enti. Questi hanno entrate ben definite dalla legge. Entrate che si riversano nella maggioranza dei casi direttamente su determinati costi di produzione. La difficoltà derivante dall'altra difficoltà di non gravare ulteriormente detti costi è data pertanto dalla legge la quale, mentre da una parte consente alle amministrazioni ospedaliere di determinare autonomamente la retta di degenza di anno in anno alle esigenze amministrative non consente dall'altro, se non previo provvedimento amministrativo in sede regionale o statale, adeguare le proprie entrate ai propri bisogni che sono quelli degli assistibili.

D'altra parte gli enti mutualistici lamentano che nel computo della retta gli ospedali considerano come dovuto anche l'importo afferente a nuove spese immobiliari, quale l'ingrandimento dei reparti e la costruzione di nuovi complessi.

Le mutue non sono contrarie a queste costruzioni ma per le anzidette difficoltà finanziarie vedrebbero di buon occhio che le stesse fossero fatte con i soldi di tutta la collettività e non dei vari settori ai quali appartengono gli assistiti.

Alla base del contrasto stanno leggi antiquate che favoriscono anziché derimere questi motivi di lagnanze di cui per brevità non cito altri.

Concludendo occorre addivenire tanto ad una ristrutturazione degli enti mutualistici quanto ad una riorganizzazione degli enti ospedalieri nel senso di armonizzare tali enti lasciando loro libertà propria limitando solo dall'esterno il campo d'azione.

Libertà che ha permesso in altri tempi che ospedali con innate limitazioni di capienza potessero svolgere egregiamente la loro attività con l'aiuto privato. Libertà però che oggi va temperata in una visione regionale del problema onde evitare doppioni e sperperi. Libertà che ha permesso il sorgere di vari enti mutualistici con indubbi vantaggi alla salute pubblica, libertà però che va temperata onde evitare che vari enti mutualistici possano tra loro agire in contrasto ed in concorrenza ed abbiano visioni in campo restrittivo, cioè limitate ai loro bilanci.

Armonizzazione che significa in sostanza limitare le sfere di azione e di possibile concorrenza tra i vari ospedali e stabilire nel tempo stesso delle direttive comuni in campo amministrativo e tecnico ed adeguamento a tali direttive dei vari enti mutualistici in

quanto in tale programmazione le situazioni economiche presenti o future degli enti sono adeguate di volta in volta alle necessità in campo sanitario e di sicurezza sociale del tempo moderno, aiutate in ciò anche con provvidenze di carattere pubblico se saranno esse ritenute necessarie.

Si tratta di dare alle direttive un carattere contingente cioè di legge regionale creando allo scopo un comitato che studi la situazione e ne determini il programma.

In tale situazione si fa avanti un tema di attualità cioè la necessità delle case di riposo per anziani intese come case albergo non come ricoveri vecchio tipo o come casa di riposo a tipo infermeria, e la correlazione di queste con i vari reparti geriatrici o gerontocomi della Regione.

I dati nell'ultimo decennio circa, che riguardano il movimento demografico della popolazione in regione acclarano che la popolazione che va dai 65 anni in su è aumentata del e sul problema delle case albergo per persone anziane, in Regione siamo purtroppo ancora in fase iniziale. A che serve una pensione di vecchiaia e di inabilità se poi non esiste la possibilità di essere liberi dai bisogni e dall'aiuto pubblico? Deve giustamente esistere una casa, un ambiente in cui il pensionato anziano possa vivere libero dai bisogni della vecchiaia, nella quale egli possa pagare la retta entro i limiti possibili dati dalla sua pensione e possa, se la situazione lo permette, vivere anche assieme alla compagna della sua vita.

Oggi purtroppo siamo ancora al tempo delle case di ricovero o alle case di riposo moderne sì, ma con circa la metà degli occupanti che è lì come degente per una malattia a lungo decorso. Un sistema di case albergo per anziani paganti, con rette sostenibili, in

rapporto alle loro possibilità economiche collegate a gerontocomi che altro non sono che ospedali con reparti per lunghe degenze potrebbe essere un domani vicino alla realtà per i nostri anziani e la serenità per la nostra vecchiaia. Bisognerebbe che leggi Regione-Provincia operassero al riguardo con tempestività ed in armonia anche alla situazione ospedaliera regionale come il servizio sociale regionale dopo che un attento studio al riguardo auspica.

Interessante, riguardo al tema di sicurezza sociale è la proposta della Giunta che concede assistenza medica ospedaliera ai pensionati dei coltivatori diretti che per carenza legislativa oggi ne sono ancora privi. Tale proposta colma la carenza legislativa nazionale che colpisce una categoria di persone per lo più anziane e senza validi aiuti e che versano in uno stato di disagio oltre che economico, anche morale.

Da un esame seppure rapido e parziale si può osservare come la Giunta regionale attuale prosegua nel suo programma in questo settore con decisione e con conoscenza profonda dei problemi che se veramente vasti ed importanti hanno tuttavia delle caratteristiche proprie particolari e locali, delle quali nella tempestività e qualità di intervento bisogna tenerne giustamente conto.

PRESIDENTE: Prende la parola lei, cons. Corsini?

CORSINI (P.L.I.): Sì, sull'ordine dei lavori. Io vorrei fare una proposta, signor Presidente, anche per potere, ciascuno di noi, orientare per i futuri impegni. Ho sentito che domani ci sarà seduta mattina e po-

meriggio, dopodomani, abbiamo appreso dalla stampa, saranno assenti dalle sedute, per impegni improrogabili e indifferibili in sede romana, l'on. Presidente della Giunta regionale e i signori Presidenti delle Giunte provinciali. A me pare che sia, anche se non impossibile, comunque inopportuno proseguire un dibattito in assenza del signor Presidente della Giunta regionale, non per sminuire la figura e l'importanza dei signori assessori, ma perché il Presidente converge in sé evidentemente quelle che sono le linee di politica generale. Pertanto la mia proposta è chiara, ed è questa: di prevedere fin d'ora di non tenere seduta venerdì e di riprendere con maggior lena e con maggior buona volontà e intensità, a cominciare da martedì della prossima settimana.

PRESIDENTE: Nessun altro prende la parola a questo riguardo? Oggi non è iscritto nessun altro. Guardate, io non ho niente in contrario ad esaminare la proposta fatta dal cons. Corsini, però ci siamo posti un programma e questo programma dobbiamo mantenerlo, altrimenti i lavori del nostro Consiglio si prolungano nel tempo con danno poi di tutta l'amministrazione. Io non ho niente in contrario a non fare seduta venerdì, a patto che martedì e mercoledì si faccia seduta mattina e pomeriggio; quindi che si recuperi il tempo. Così se noi abbiamo detto di lavorare oggi fino alle due e invece lavoriamo fino alle 13.10, domani ricupereremo questi cinquanta minuti. Almeno questo minimo di tempo che ci siamo proposti di osservare, dobbiamo osservarlo. Allora, se non ci sono osservazioni, la seduta è chiusa adesso e riprende domani mattina alle ore 9.30

precise; domani sarà prevista la mattina e pomeriggio, con mezz'ora in più la mattina e venti minuti il pomeriggio. La seduta di venerdì non ha luogo. Martedì prossimo non possiamo far seduta pomeriggio, perché c'è già la riunione dei capigruppo convocati per la questione dell'art. 10; invece mercoledì

faremo seduta mattina e pomeriggio, salvo vedere poi dall'ordine dei lavori e d'accordo con i capigruppo, qualche altra soluzione per i prossimi giorni.

Allora la seduta è tolta e rinviata a domani mattina alle ore 9.30.

Ore 13.10.

